

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1954

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Stefan Kreuzberger und H el ene Miard-Delacroix

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland
1954

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1954

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiterin
Mechthild Lindemann

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-113998-2
e-ISBN (PDF) 978-3-11-114083-4
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-114108-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2022951541

© 2023 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXXV
Abkürzungsverzeichnis.....	XCVII
Dokumente	
Band I (Dokumente 1–222).....	3
Band II (Dokumente 223–470).....	687
Register	
Personenregister	1385
Sachregister.....	1457
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1954	

Vorwort

Mit den Jahressbänden 1954 wird die Publikation von Dokumenten des Auswärtigen Amtes für die Jahre 1949 bis 1962 fortgesetzt – ein Zeitraum, dessen Bearbeitung im Juni 1990, als in Bonn die dem Institut für Zeitgeschichte angehörende Editionsgruppe die Arbeit aufnahm, vertragsbedingt zunächst zurückgestellt werden mußte.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv unter seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager.

Großer Dank gebührt ferner Professor Dr. Hélène Miard-Delacroix und Professor Dr. Stefan Kreuzberger, die sich als Mitherausgeber der anspruchsvollen Aufgabe mit ihrer großen Expertise gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag DeGruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände gebührt der mit der Dokumentensammlung und der Kommentierung befaßten Bearbeiterin Dr. Mechthild Lindemann. Zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin Dr. Ilse Dorothee Pautsch sei ihr für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes und Jutta Bernlöhr.

Berlin, den 1. Dezember 2022

Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1954“ (Kurztitel: AAPD 1954) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II findet sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1954.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1954“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundeskanzlers und Bundesministers des Auswärtigen. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Bei der Auswahl der Dokumente wurde besonderes Gewicht auf die Aktenbestände gelegt, die größtenteils als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren. Die VS-Bestände des PA/AA für die frühen Jahre der Bundesrepublik stehen der Forschung und Öffentlichkeit mittlerweile zur Verfügung. Sie sind im vorliegenden Band anhand der Bezeichnung B 130 erkennbar und im PA/AA mit dieser Bestandsangabe zugänglich. Weiterhin unter Verschluss blieb Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO.

Berücksichtigung fanden zudem die offenen Bestände des PA/AA, neben der Leitungsebene nicht nur diejenigen der Politischen und der Länderabteilung sowie der Rechts- und Kulturabteilung, sondern auch Einzelbestände wie etwa diejenigen des für die Saarfragen zuständigen Referats 219, die Akten zur Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bzw. zur Vorbereitung des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu NATO und Westeuropäischer Union oder auch der heute in Vergessenheit geratenen Konferenz zur Organisation der Europäischen Agrarmärkte. Eingesehen wurden zudem im PA/AA vorhandene Handakten und Nachlässe der seinerzeit maßgeblichen Akteure, wie diejenigen des Staatssekretärs Walter Hallstein, der Abteilungsleiter Herbert Blankenhorn und Wolfgang Freiherr von Welck, der Unterabteilungsleiter Carl Friedrich Ophüls und Albert Hilger van Scherpenberg sowie des kommissarischen Abteilungsleiters und Beauftragten für außenpolitische Sonderaufgaben Wilhelm G. Grewe.

Zur Dokumentation wesentlicher historischer Vorgänge – wie insbesondere des Zustandekommens der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 – wurden in eini-

gen Fällen bereits an anderer Stelle veröffentlichte Schriftstücke von besonderer Bedeutung in die Auswahl aufgenommen.

Dokumentenfolge

Die 470 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet, zu der sie im Auswärtigen Amt eingingen oder von dort abgesandt wurden. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretende Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachzuweisen, wird die ausfertigen Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Breiten Raum nehmen Gesprächsaufzeichnungen sowie Niederschriften über Besprechungen und Konferenzen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächs-, Besprechungs- oder Konferenzdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Eine wichtige Dokumentengruppe sind darüber hinaus Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Dazu gehören insbesondere die Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderrlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nicht wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Sofern die Paraphe datiert ist, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe B 130 bzw. im Falle der – ebenfalls offengelegten – Verschlusfakten des Büros Staatssekretär „B 2-VS“ versehen. Liegt ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von

Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche

Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (4.11.2022) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen angeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Februar 1954 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|---|---|-------|
| 1 | 04.01. Botschaftsrat Schlitter, London, an das Auswärtige Amt | S. 3 |
| | Schlitter informiert über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, in dem Roberts die britischen Positionen für die bevorstehende Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte erläuterte. | |
| 2 | 05.01. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck | S. 4 |
| | Aus einer Unterredung mit dem stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissar Dowling notiert Welck dessen Befürchtung, daß die sowjetische Regierung auf der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte die EVG zum Scheitern bringen könnte. Außerdem vermerkt er Dowlings Überlegungen zu einer Lösung für Österreich. | |
| 3 | 05.01. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls | S. 6 |
| | Ophüls setzt sich mit dem Vorschlag auseinander, den EVG-Vertrag schrittweise und zunächst nur die politischen Teile in Kraft zu setzen. | |
| 4 | 07.01. Gesandter Kaumann, Bangkok, an das Auswärtige Amt | S. 9 |
| | Mit Blick auf die bevorstehende Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte gibt Kaumann eine Einschätzung der französischen Politik in Indochina. | |
| 5 | 11.01. Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer | S. 14 |
| | Adenauer faßt ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer zusammen. Im Mittelpunkt stand das weitere Vorgehen bei der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes zur Wehrhoheit. | |
| 6 | 11.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Allardt | S. 16 |
| | Allardt resümiert Gespräche über die Bestrebungen eines deutsch-schweizerischen Konsortiums, die Bundesregierung dazu zu bewegen, sich vermittelnd in den britisch-iranischen Ölkonflikt einzuschalten. | |
| 7 | 11.01. Staatssekretär Hallstein an die Diplomatischen Vertretungen in London, Paris und Washington | S. 19 |
| | Hallstein informiert über die Vorbereitungen auf die Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte, insbesondere über die von den Drei Mächten übergebenen Aufzeichnungen zur Organisation freier gesamtdeutscher Wahlen und zur Rechtsstellung einer gesamtdeutschen Regierung. | |

- | | | |
|-----------|---|-------|
| 8 | 11.01. Botschafter Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt | S. 24 |
| | Hausenstein berichtet über eine Kontaktaufnahme der Gesandtschaft der Republik Korea in Paris, die das Interesse der südkoreanischen Regierung an der Errichtung einer Handels- oder konsularischen Vertretung in der Bundesrepublik bzw. an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen signalisiert habe. | |
| 9 | 12.01. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls | S. 26 |
| | Ophüls äußert sich zur Frage des Oberbefehls über die Kontingente der Bundesrepublik in den nach dem EVG-Vertrag zu bildenden europäischen Streitkräften. | |
| 10 | 12.01. Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, an das Auswärtige Amt | S. 28 |
| | Mühlenfeld beschreibt den Stand der gegenwärtigen Beziehungen mit den Niederlanden und benennt die seit dem Zweiten Weltkrieg noch ungelösten Fragen, insbesondere Finanz- und Territorialfragen sowie die Begnadigung der Kriegsverurteilten. | |
| 11 | 13.01. Staatssekretär Hallstein an Bundesminister Erhard | S. 34 |
| | Hallstein antwortet auf ein Schreiben von Erhard zur Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft an den Arbeiten am Kommissionsbericht zu einer europäischen politischen Gemeinschaft. | |
| 12 | 14.01. Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt | S. 35 |
| | Erörtert werden die kulturelle Unterstützung und Betreuung der Deutschen im Ausland sowie das Verhalten gegenüber Bestrebungen, Vereine wie den Verband der Auslandsdeutschen neu zu begründen. | |
| 13 | 14.01. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein | S. 41 |
| | Krekeler berichtet über ein Gespräch mit dem Berater des amerikanischen Außenministeriums, MacArthur. Themen waren die bevorstehende Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte, die Aussichten für die Ratifizierung des EVG-Vertrags in Frankreich und die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Dulles vom 12. Januar zur Außen- und Sicherheitspolitik. | |
| 14 | 14.01. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 44 |
| | Krekeler äußert sich zu den Aussichten für eine baldige Rückgabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens. | |
| 15 | 15.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Salat | S. 47 |
| | Salat bekräftigt seine frühere Anregung, aus Anlaß des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer in Griechenland im März Stipen- | |

- dien für griechische Studenten und Freiplätze für Kinder in Ferienkolonien zu stiften.
- 16** 16.01. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 49
- Welck legt dar, wie die UdSSR die bevorstehenden Gespräche mit den USA über Atomenergie und Atomwaffen nutzen könnte, um die französische Öffentlichkeit gegen die EVG zu beeinflussen. Er unterbreitet Vorschläge, wie dem entgegengewirkt werden könnte.
- 17** 16.01. Memorandum der Bundesregierung für die Drei Mächte S. 51
- Die Bundesregierung legt eine Stellungnahme zu den Überlegungen der Drei Mächte zur Zielsetzung und zum taktischen Vorgehen auf der bevorstehenden Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte vor.
- 18** 18.01. Memorandum der Bundesregierung für die Drei Mächte S. 55
- Die Überlegungen der Bundesregierung für freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung werden zusammengefaßt und insbesondere der Vorschlag begründet, in der DDR gleichzeitig Neuwahlen zu einem die Volkskammer ablösenden Parlament durchzuführen.
- 19** 19.01. Generalleutnant a. D. Heusinger, Dienststelle Blank, an Staatssekretär Hallstein S. 58
- Heusinger setzt sich für Bemühungen ein, die geplante Versteigerung des Marschallstabs des früheren Generalfeldmarschalls von Brauchitsch in Kairo zu verhindern.
- 20** 20.01. Aufzeichnung des Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe S. 59
- Grewe resümiert Informationen der Stadtkommandanten der Drei Mächte in Berlin über deren Gespräche mit dem Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission, Dengin, zur Festlegung des Tagungsortes der Außenministerkonferenz. Außerdem berichtet er von einer Unterredung mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schreiber, zu eventuellen Wahlen in Berlin im Zusammenhang mit Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung.
- 21** 21.01. Memorandum der Bundesregierung (Entwurf) S. 62
- In Abänderung des früheren Vorschlags, zeitgleich mit Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung auch solche zu einem neuen Parlament in der DDR abzuhalten, werden Überlegungen zu Landtagswahlen in der DDR unterbreitet.

- 22** 21.01. Botschaftsrat Schlitter, London, an das Auswärtige Amt S. 65
 Schlitter skizziert die britischen Ziele für die Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte: Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, Wahrung des Verteidigungssystems in Europa und Abschluß eines Staatsvertrags für Österreich.
- 23** 21.01. Botschafter Krekeler, Washington, an das S. 69
 Auswärtige Amt
 Krekeler zieht eine Bilanz der amerikanischen Außenpolitik des Vorjahres und gibt eine Einschätzung der außenpolitischen Zielsetzungen der Regierung sowie ihrer verteidigungspolitischen Vorstellungen.
- 24** 22.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 73
 Trützschler von Falkenstein
 Trützschler informiert über eine Denkschrift der Außenpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenverbände zur Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte. Wert gelegt werde vor allem auf eine Selbstverpflichtung der Drei Mächte, sich weiterhin für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 einzusetzen.
- 25** 22.01. Gesandter von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), S. 75
 an das Auswärtige Amt
 Etzdorf berichtet von Gesprächen mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär Vredenburg und dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Gruenther, zu den Folgen eines Scheiterns der EVG. Die amerikanische Unterstützung für die europäische Verteidigung stünde dann in Frage.
- 26** 23.01. Gesandter von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), S. 77
 an das Auswärtige Amt
 Etzdorf übermittelt die Aufzeichnung des militärischen Chefdelegierten beim EVG-Interimsausschuß, Speidel, über dessen Gespräch mit Generalmajor Ganeval, dem Chef des Militärkabinetts des Präsidenten Coty. Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden Verfahren gegen deutsche Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen in Frankreich.
- 27** 24.01. Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, an Bundeskanzler S. 79
 Adenauer und Staatssekretär Hallstein
 Blankenhorn gibt die Stellungnahme der Drei Mächte zu den Überlegungen der Bundesregierung wieder, im Zusammenhang mit gesamtdeutschen Wahlen eine Reduktion der Volkspolizei und Landtagswahlen in der DDR vorzuschlagen.
- 28** 26.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 81
 Thierfelder
 Thierfelder faßt eine Unterredung mit dem Chef der saarländischen Präsidialkanzlei, Schlehofer, zusammen, dem die Ziele der Saarpolitik der Bundesregierung erläutert wurden.

-
- 29** 26.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Staatssekretär Hallstein S. 83
Blankenhorn äußert sich zur Beschwerde des Bundesministers Kaiser wegen mangelhafter Unterrichtung seines Ressorts während der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte.
- 30** 27.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 84
Blankenhorn informiert über die ersten Sitzungen der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte, insbesondere die bislang von sowjetischer Seite gesetzten Themenschwerpunkte.
- 31** 29.01. Sonderbevollmächtigter Grewe, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 87
Grewe berichtet von der Besprechung mit der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe über die Änderungsvorschläge der Bundesregierung am Deutschland-Plan, der am 29. Januar auf der Berliner Außenministerkonferenz eingebracht werden soll.
- 32** 29.01. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 89
Welck resümiert ein Gespräch mit dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard zur erneuten Verhaftung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Straßburg, Ernst.
- 33** 30.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 91
Blankenhorn skizziert die Diskussion auf der Berliner Außenministerkonferenz über die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung und Entspannung der internationalen Beziehungen sowie die Forderung nach Beteiligung von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Er berichtet, daß der britische Außenminister Eden den Fünf-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands eingebracht habe.
- 34** 31.01. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 94
Blankenhorn übermittelt den Wunsch des Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Roberts, nach einer klaren und positiven Stellungnahme der Bundesregierung zum Deutschland-Plan der Drei Mächte (Eden-Plan).
- 35** 01.02. Aufzeichnung des Generaldirektors des Eschweiler Bergwerks-Vereins, Burckhardt S. 96
Burckhardt notiert Eindrücke aus einem kurzen Aufenthalt in Frankreich. Als Gründe für eine dort wachsende Europa-Skepsis nennt er die Anti-Kartell-Politik der Hohen Behörde der EGKS, die Teile der kartellgeschützten französischen Wirtschaft be-

- unruhige, und eine Verunsicherung durch die insgesamt noch unklare Politik der Hohen Behörde.
- 36** 01.02. Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 99
- Blankenhorn berichtet von einem Gespräch mit dem britischen Außenminister, in dem Eden sich skeptisch zu den Aussichten für eine Annahme des von ihm auf der Berliner Außenministerkonferenz vorgelegten Deutschland-Plans durch die UdSSR äußerte.
- 37** 02.02. Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 100
- Blankenhorn informiert über ein Abendessen beim französischen Außenminister, bei dem Bidault auf das sowjetische Interesse an einer Verbesserung insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik hinwies, aber insgesamt Zweifel am tatsächlichen sowjetischen Verhandlungswillen auf der Berliner Außenministerkonferenz zum Ausdruck brachte.
- 38** 03.02. Aufzeichnung des Senatsdirektors Klein, Berlin S. 102
- Klein stellt Überlegungen an, wie bei einem ergebnislosen Ausgang der Berliner Außenministerkonferenz auf die Öffentlichkeit in der DDR eingewirkt werden sollte. Er nennt zudem Absprachen zwischen den Drei Mächten und dem Berliner Senat zur Stärkung von Berlin (West).
- 39** 03.02. Botschafter Pawelke, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 104
- Pawelke teilt mit, daß Ägypten vorläufig die DDR und die Volksrepublik China nicht anerkennen werde.
- 40** 04.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 105
- Mit Blick auf ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, resümiert Brückner den Stand der in Rom laufenden Verhandlungen über das Vermögen der Tempelgesellschaft.
- 41** 04.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Müller S. 107
- Müller faßt die Ergebnisse der zweiten Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster zusammen, die vor allem engeren Handelsbeziehungen zwischen den kontinental-europäischen Staaten mit Großbritannien und dem Commonwealth sowie mit den französischen Überseegebieten gewidmet war.
- 42** 04.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Freiherr von Wendland S. 110
- Wendland informiert über die vom Presse- und Informationsamt vorgesehene finanzielle Unterstützung für die Pressearbeit in Frankreich. Außerdem resümiert er den Stand weiterer Über-

- legungen zur Beeinflussung französischer Abgeordneter im Sinne der Bundesregierung, vor allem mit Blick auf die Ratifizierung des EVG-Vertrags.
- 43** 04.02. Generalkonsul Koenning, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 114
- Koenning berichtet von einer Unterredung mit dem Staatssekretär im finnischen Außenministerium, Seppälä, aus der er den Schluß zieht, daß das Tätigkeitsfeld der Handelsvertretung deutlich erweitert werden könnte.
- 44** 05.02. Aufzeichnung des Referenten Meissner S. 117
- Meissner notiert Informationen von Rückkehrern aus sowjetischen Straflagern über die innenpolitische Situation in der UdSSR. Er konstatiert eine Schwächung der Organe des Innenministeriums seit dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Stalin, und dem Sturz des Innenministers Berija im März bzw. Juli 1953.
- 45** 05.02. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Staatssekretär Hallstein S. 119
- Blankenhorn bewertet die Stellungnahmen und Vorschläge des sowjetischen Außenministers zur Deutschland-Frage, die von Molotow in den vergangenen vier Tagen auf der Berliner Außenministerkonferenz vorgebracht wurden.
- 46** 06.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 124
- Brückner unterrichtet über den Stand der Bemühungen um eine Vertagung des Prozesses gegen den wegen Kriegsverbrechen in Frankreich angeklagten früheren SS- und Polizeiführer Oberg und den früheren Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Frankreich, Knochen.
- 47** 07.02. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 127
- Blankenhorn übermittelt Informationen zur Diskussion auf der Berliner Außenministerkonferenz über die Deutschland-Frage und das weitere Vorgehen.
- 48** 08.02. Generalleutnant a. D. Heusinger, Dienststelle Blank, an das Auswärtige Amt S. 129
- Vor dem Hintergrund inneramerikanischer Diskussionen äußert sich Heusinger zur Bedeutung von Luft- und Atomwaffen für die strategische Konzeption.
- 49** 09.02. Ressortbesprechung im Bundesministerium der Finanzen S. 132
- Erörtert werden eine Aufstockung bzw. Verlängerung des Kredits für Jugoslawien und Möglichkeiten zur Konsolidierung der aufgelaufenen jugoslawischen Schulden.

- 50** 09.02. Staatssekretär Hallstein an Bundesminister Seebohm S. 138
 Hallstein informiert Seebohm darüber, daß er – möglicherweise ohne sein Wissen – als Kuratoriumsmitglied der „Stiftung des Europäischen Verlages“ genannt werde, bei der ein national-sozialistischer Hintergrund zu vermuten sei.
- 51** 09.02. Botschaftsrat Ostermann von Roth, Berlin (West), an S. 139
 das Auswärtige Amt
 Ostermann befaßt sich mit möglichen Reaktionen der Bevölkerung der DDR bei einem ergebnislosen Ausgang der Berliner Außenministerkonferenz und betont die Bedeutung der geplanten Rede des Bundeskanzlers Adenauer in Berlin.
- 52** 09.02. Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, an Bundeskanzler S. 142
 Adenauer
 Blankenhorn teilt mit, daß die Außenminister der Drei Mächte ein baldiges Ende der Berliner Außenministerkonferenz anstreben. Einigkeit bestehe hinsichtlich der Notwendigkeit einer Rede des Bundeskanzlers Adenauer in Berlin, mit der im Anschluß an die Konferenz auch in die DDR hineingewirkt werden könne. Ergänzend berichtet Blankenhorn über den Besuch des Präsidenten der Hohen Behörde der EGKS, Monnet, in Berlin und dessen Überlegungen zur Erleichterung einer Ratifizierung des EVG-Vertrags in Frankreich.
- 53** 10.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit S. 145
 Ministerpräsident St. Laurent in Rhöndorf
 Die Gesprächspartner erörtern die Entwicklung in Indien und mögliche Auswirkungen der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Gefahren der Atomwaffen, an die Adenauer die Hoffnung auf Entspannung und damit bessere Voraussetzungen für eine Lösung der Deutschland-Frage knüpft. Der Bundeskanzler gibt zudem Eindrücke aus seinen Gesprächen mit Rückkehrern aus sowjetischen Straflagern wieder.
- 54** 11.02. Aufzeichnung über ein Gespräch des Botschafters S. 149
 Blankenhorn mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Berlin
 Die Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR geben eine Einschätzung der Berliner Außenministerkonferenz und nennen aus ihrer Sicht mögliche Zugeständnisse an die UdSSR für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Weitere Themen sind die „kleine Lösung“ und die Notwendigkeit einer Rede des Bundeskanzlers Adenauer im Anschluß an die Konferenz.
- 55** 11.02. Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, an Bundeskanzler S. 151
 Adenauer und Staatssekretär Hallstein
 Blankenhorn berichtet über ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im britischen Außenministerium. Nutting

- haben die Reaktion der Drei Mächte auf den Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow vom Vortag zur europäischen Sicherheit beschrieben und sich für ein baldiges Konferenzende ausgesprochen. Jedoch sollten die vier Hohen Kommissare beauftragt werden, über Erleichterungen im innerdeutschen Verkehr zu sprechen.
- 56** 11.02. Gesandter von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), an das Auswärtige Amt S. 153
- Etzdorf skizziert eine Reihe von Gegen- und Abänderungsvorschlägen zum EVG-Vertrag von 1952, die in der französischen Öffentlichkeit diskutiert werden.
- 57** 12.02. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 156
- Krekeler informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Smith, zu möglichen Ergebnissen der Berliner Außenministerkonferenz. Smith habe sich zudem für die Ernährungssituation in der DDR interessiert.
- 58** 12.02. Botschafter Mackeben, Lima, an das Auswärtige Amt S. 158
- Mackeben resümiert den Stand der Gespräche mit der peruanischen Regierung über eine Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens.
- 59** 13.02. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Berlin, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 160
- Blankenhorn übermittelt Informationen des Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Roberts, über die Geheimsitzungen der Berliner Außenministerkonferenz zum Thema Ostasien. Er resümiert zudem die Einschätzung von Roberts zur sowjetischen Haltung in der Österreich-, Deutschland- und Sicherheits-Frage und dessen Überlegungen zur Beendigung der Konferenz.
- 60** 13.02. Aufzeichnung des CDU-Abgeordneten und ehemaligen Bürgermeisters von Berlin, Friedensburg S. 163
- Friedensburg gibt eine Unterredung mit dem Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium, Slawin, wieder. Im Mittelpunkt standen die sowjetischen Sicherheitsbedenken gegen den EVG-Vertrag von 1952 und eine Wiedervereinigung Deutschlands sowie der sowjetische Wunsch nach einer Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik.
- 61** 15.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Trützschler von Falkenstein S. 167
- Trützschler informiert über die Bemühungen um Begnadigung und Freilassung der deutschen Kriegsverurteilten aus der unter amerikanischem Oberbefehl stehenden Haftanstalt Landsberg.

- 62** 16.02. Botschafter Krekeler, Washington, an Ministerialdirigent Löns S. 169
Krekeler teilt mit, daß der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Lewis, Bedenken gegen die geplante Einrichtung einer Informationsstelle der Bundesrepublik in New York geäußert habe.
- 63** 17.02. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats I. Klasse Freiherr von Braun, z.Z. Bonn S. 170
Braun faßt Äußerungen von Mitarbeitern des britischen Außenministeriums zu Fragen im Zusammenhang der Berliner Außenministerkonferenz zusammen, insbesondere zu den voraussichtlich in der außenpolitischen Unterhausdebatte zur Sprache kommenden Themen.
- 64** 17.02. Staatssekretär Hallstein an Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin S. 173
Hallstein übermittelt die Stellungnahme des Bundeskanzlers Adenauer zu den sowjetischen Vorschlägen, gesamtdeutsche Delegationen oder Komitees zur Abstimmung bilateraler Fragen zu bilden sowie eine Polizeivereinbarung abzuschließen.
- 65** 18.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 175
Hallstein bewertet die sowjetischen Vorschläge zur Neutralisierung Deutschlands und zum Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes.
- 66** 18.02. Vermerk des Staatssekretärs Hallstein S. 177
Hallstein vermerkt, daß er Botschafter Blankenhorn, z.Z. Berlin, angewiesen habe, sich dafür einzusetzen, Gespräche über innerdeutsche Fragen nicht den Hohen Kommissaren, sondern Gremien aus der Bundesrepublik und der DDR zu übertragen.
- 67** 18.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Diehl S. 178
Diehl empfiehlt Maßnahmen mit Blick auf die DDR und Berlin, um die zu erwartende Enttäuschung über das ergebnislose Ende der Berliner Außenministerkonferenz aufzufangen.
- 68** 18.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Dulles in Porz-Wahn S. 179
Die Gesprächspartner erörtern die Ergebnisse der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte und die Aussichten auf Ratifizierung des EVG-Vertrags von 1952 in Frankreich, wobei Dulles die Bedeutung einer Regelung der Saarfrage betont.
- 69** 19.02. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 188
Ophüls resümiert den Stand der Pariser Sachverständigengespräche über die Schaffung einer europäischen politischen Gemeinschaft.

- | | | |
|-----------|---|--------|
| 70 | 19.02. Botschaftsrat von Walther, Paris, an Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck | S. 193 |
| | Walther nimmt zu den Plänen Stellung, durch vermehrte Weinkäufe in Frankreich Abgeordnete der entsprechenden Departements für die EVG zu gewinnen und dies durch Einladungen an prominente französische Politiker in die Bundesrepublik abzustützen. | |
| 71 | 26.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Salat | S. 197 |
| | Salat faßt ein Gespräch mit dem französischen Gesandten Spitzmuller zusammen. Erörtert wurden das geplante bilaterale Kulturabkommen, die Gründung deutsch-französischer Kulturgesellschaften, der Austausch von Theatergastspielen sowie eine Rückgabe des Goethe-Hauses in Paris. | |
| 72 | 26.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Voigt | S. 201 |
| | Voigt legt die rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem niederländischen Ersuchen um Auslieferung der aus der Haftanstalt Breda in die Bundesrepublik entflohenen niederländischen Kriegsverurteilten dar. | |
| 73 | 01.03. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan | S. 205 |
| | Maltzan setzt sich mit britischen Überlegungen auseinander, die Arbeiten der Europäischen Konferenz zur Organisation der Agrarmärkte an die OEEC zu übertragen. | |
| 74 | 02.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Weber | S. 208 |
| | In Vorbereitung eines Besuchs des Bundesministers Erhard in lateinamerikanischen Staaten legt Weber eine Übersicht über die Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Staaten vor. | |
| 75 | 02.03. Botschaftsrat Ostermann von Roth, Berlin (West), an das Auswärtige Amt | S. 214 |
| | Ostermann übermittelt eine Aufzeichnung des Vizekonsuls Loewe zu Problemen der Informationsbeschaffung über die Situation in der DDR und Ost-Berlin und bittet um Mittel zur Finanzierung der Quellen. | |
| 76 | 04.03. Aufzeichnung des Gesandten von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß) | S. 223 |
| | Etzdorf gibt eine amerikanische Einschätzung der Ergebnisse der Berliner Außenministerkonferenz wieder. Als Fazit werde u.a. gezogen, daß sich eine Wiedervereinigung Deutschlands in späterer Zukunft vermutlich eher als Angliederung der DDR an die Bundesrepublik vollziehen werde. | |
| 77 | 05.03. Saar-Übereinkunft mit Frankreich (Entwurf) | S. 225 |
| | Die aktuellen Vorschläge der Bundesregierung zu Grundsätzen für eine Saar-Übereinkunft mit Frankreich werden dargelegt. | |

-
- 85** 16.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Lahr S. 248
Lahr faßt ein Gespräch mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann vom 9. März zusammen, in dem er diesem die Überlegungen der Bundesregierung zu einer Saar-Regelung und insbesondere die Vorstellungen zu Wirtschaftsfragen erläutert habe.
- 86** 16.03. Vorschlag für eine Saar-Übereinkunft mit Frankreich S. 251
Der neue Vorschlag der Bundesregierung für eine Saar-Übereinkunft mit Frankreich wird vorgelegt.
- 87** 16.03. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Arhaia, an Botschafter Blankenhorn S. 255
Hallstein übermittelt eine Weisung des Bundeskanzlers Adenauer für die Gespräche über eine Genehmigung des Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes, das für die Ratifizierung des General- und des EVG-Vertrags notwendig ist, durch die AHK.
- 88** 16.03. Gesandter Mueller-Graaf, Wien, an das Auswärtige Amt S. 256
Mueller-Graaf resümiert eine Unterredung mit dem österreichischen Finanzminister Kamitz zur Frage bilateraler Verhandlungen über das in Österreich beschlagnahmte deutsche Vermögen.
- 89** 17.03. Botschafter Blankenhorn an Staatssekretär Hallstein, z. Z. Ankara S. 258
Blankenhorn übersendet einen Drahtbericht des Botschafters Krekeler, Washington, zur öffentlichen Debatte in den USA über die Ernennung des bisherigen Abteilungsleiters Pfeiffer zum Beobachter der Bundesrepublik bei der UNO in New York.
- 90** 18.03. Botschaftsrat von Walther, Paris, an Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 260
Walther berichtet über die Hintergründe und Schwierigkeiten des geplanten Geschäfts mit Frankreich über eine größere Abnahme von Wein.
- 91** 19.03. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Menderes und dem türkischen Außenminister Köprülü in Ankara S. 262
Im Mittelpunkt der Unterredung zu außenpolitischen Fragen stehen die Einschätzung der sowjetischen Politik und die Aussichten für ein Zustandekommen der EVG.

- 92** 19./20.03. Deutsch-türkische Regierungsgespräche in Ankara S. 268
03.
Die türkischen Gesprächspartner erläutern die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei und die daraus erwachsenden Schwierigkeiten, ehe Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in diesem Bereich erörtert werden.
- 93** 20.03. Generalkonsul Dittmann, Hongkong, an das S. 274
Auswärtige Amt
Dittmann informiert über seine Gespräche in Manila über eine Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Philippinen.
- 94** 22.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von S. 278
Grolman
Grolman erläutert die im Verhältnis zum Heiligen Stuhl offenen konkordatsrechtlichen Fragen. Diese umfassen insbesondere die Schulgesetzgebung in einzelnen Bundesländern sowie die geplante Neuregelung des Ehe-, Familien- und Personenstandsrechts.
- 95** 24.03. Gespräch des Vizekanzlers Blücher mit dem S. 281
amerikanischen Beobachter beim EVG-
Interimsausschuß in Paris, Bruce
Im Mittelpunkt stehen die Schwierigkeiten bei der Genehmigung des für die Ratifizierung des General- und des EVG-Vertrags notwendigen Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes durch die AHK, die durch zusätzliche französische Forderungen entstanden sind. Auch mit Blick auf die fehlenden Fortschritte in den Saar-Verhandlungen empfiehlt Bruce ein weiteres Treffen des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Außenminister Bidault.
- 96** 26.03. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit S. 288
Ministerpräsident Scelba in Rom
Die Gesprächspartner erörtern die sowjetischen außenpolitischen Absichten, insbesondere mit Blick auf das Zustandekommen der EVG. Scelba weist zudem auf die Bedeutung der Triest-Frage für eine Ratifizierung des EVG-Vertrags in Italien hin.
- 97** 26.03. Botschafter Kroll, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 297
Kroll berichtet über eine Unterredung mit dem jugoslawischen Stellvertretenden Außenminister Bebler, der Überlegungen zum Abschluß bilateraler Beistandspakte als Alternative zur EVG anstellte.
- 98** 27.03. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Strohm S. 300
Strohm analysiert die sowjetische Erklärung zur Übertragung der Souveränität an die DDR und deren Folgen mit Blick auf die Deutschland-Frage.

- 106** 03.04. Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard S. 322
- Im Mittelpunkt stehen Einzelfragen einer Saar-Regelung wie diejenige des Eigentums und der Verwaltung der Kohlebergwerke, eines Kulturabkommens, der Fortgeltung der französisch-saarländischen Abkommen, der Freiheiten an der Saar, einer Volksabstimmung und anschließender Neuwahlen zum Landtag sowie die von Frankreich gewünschte Bestandsgarantie einer Regelung über einen Friedensvertrag mit Deutschland hinaus.
- 107** 03.04. Gesandtschaftsrat I. Klasse Haack, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 328
- Haack informiert über ein Gespräch im schwedischen Außenministerium zu einer möglichen Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens und möglichen Entschädigungszahlungen an Schweden.
- 108** 05.04. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den Hohen Kommissaren Conant (USA), François-Poncet (Frankreich) und Hoyer Millar (Großbritannien) in Rhöndorf S. 331
- Erörtert wird der Entwurf einer Regierungserklärung, die Adenauer zur sowjetischen Souveränitätserklärung für die DDR abgeben will.
- 109** 06.04. Botschaftsrat Siegfried, Brüssel, an Botschafter Blankenhorn S. 335
- Vor dem Hintergrund der Möglichkeit, daß künftig in einigen Staaten auch die DDR vertreten sein könnte, schlägt Siegfried vor, die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik rechtzeitig in „Deutsche Botschaft“ bzw. „Deutsche Gesandtschaft“ oder „Deutsches Konsulat“ umzubenennen und bei den Bezeichnungen von deren Leitern ebenso zu verfahren.
- 110** 06.04. Botschafter Meyer, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 337
- Meyer gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im indischen Außenministerium, R. K. Nehru, über die Haltung der indischen Regierung zur DDR wieder.
- 111** 07.04. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Zahn-Stranik S. 339
- Zahn-Stranik informiert über eine Ressortbesprechung, in der das amerikanische Ersuchen um bilaterale Verhandlungen über die Kontrolle des Transitverkehrs von Material und Ausrüstung für Atomenergie-Programme erörtert wurde.

-
- 112** 07.04. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 341
Krekeler gibt eine Einschätzung der jüngsten amerikanischen Wasserstoffbomben-Tests und möglicher Änderungen im Herstellungsverfahren, die eine erhebliche Verstärkung des amerikanischen Atomwaffenpotentials bedeuten würden.
- 113** 08.04. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Strohm S. 343
Strohm faßt Erläuterungen des Staatssekretärs im finnischen Außenministerium, Seppälä, zur finnischen Politik der Gleichbehandlung von Bundesrepublik und DDR zusammen.
- 114** 08.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Schmoller S. 344
Schmoller resümiert eine Unterredung des Sonderbeauftragten des Europarats für Flüchtlingsfragen, Schneiter, mit Bundesminister Oberländer zur Eingliederung bäuerlicher und nicht-bäuerlicher Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Schneiter erläuterte zudem Pläne zur Schaffung eines europäischen Finanzinstituts für derartige Eingliederungsaufgaben.
- 115** 08.04. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats z.Wv. von Waldheim S. 347
Waldheim schildert einen Besuch des früheren Staatssekretärs im österreichischen Kultusministerium, Mühlmann, der Hintergründe zum Schicksal des Bildes des niederländischen Malers Vermeer „Die Malkunst“ seit dessen Verkauf im Jahre 1940 an Reichskanzler Hitler erläuterte.
- 116** 08.04. Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, an Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 348
Mühlenfeld äußert sich zur Notwendigkeit und den Möglichkeiten einer Regelung der Vermögensansprüche des Prinzen Bernhard der Niederlande gegen das Land Nordrhein-Westfalen.
- 117** 09.04. Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Schumann, in Paris S. 352
Hallstein und Schumann legen die jeweiligen Positionen zur Saar-Frage dar und befassen sich ausführlich mit den abweichenden Punkten in den beiderseitigen Vorschlägen.
- 118** 09.04. Aufzeichnung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano, z. Z. Paris S. 363
Brentano resümiert ein Gespräch mit dem stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten Teitgen. Im Mittelpunkt standen die schwierigen Saar-Verhandlungen und insbesondere die offenkundig weit auseinanderliegende Interpretation des Begriffs „Europäisierung“.

-
- 125** 13.04. Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 387
Riesser berichtet von einem Treffen mit dem amerikanischen UNO-Botschafter Lodge, der sich deutlich gegen eine Entsendung von Peter Pfeiffer als Beobachter der Bundesrepublik bei der UNO ausgesprochen habe.
- 126** 13.04. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 388
Krekeler gibt ein Gespräch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium mit einer Delegation des Bundestages wieder, in dem Smith sich zu den Aussichten für ein Abkommen mit der UdSSR über Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, zur EVG und zur Debatte über den „New Look“ äußerte.
- 127** 14.04. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn S. 390
Blankenhorn resümiert eine Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem spanischen Botschafter Aguirre, der Interesse an einer stärkeren Einbindung Spaniens in die europäische Verteidigung erkennen ließ und sich für eine Intensivierung der bilateralen politischen Beziehungen aussprach.
- 128** 14.04. Referent Meesmann, Berlin (West), an Abteilung 4 S. 391
Meesmann gibt Informationen des Geschäftsführers der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, über den Stand des Interzonenhandels weiter.
- 129** 14.04. Botschafter Terdenge, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 394
Terdenge übermittelt einen Bericht über den Besuch des Bundesministers Erhard in Argentinien, insbesondere über dessen Gespräche zu Wirtschaftsfragen sowie die Unterredung mit Präsident Perón.
- 130** 16.04. Gesandter Mueller-Graaf, Wien, an das Auswärtige Amt S. 398
Mueller-Graaf informiert über Gespräche im österreichischen Außenministerium zu möglichen Reaktionen neutraler Staaten auf die sowjetische Souveränitätserklärung für die DDR.
- 131** 21.04. Staatssekretär Hallstein an die Botschaft in Djakarta S. 400
Hallstein erteilt die Weisung, den indonesischen Außenminister Sunario ausdrücklich auf die Folgen hinzuweisen, die der Abschluß eines Handelsabkommens mit der DDR für die bilateralen Beziehungen zwischen Indonesien und der Bundesrepublik haben könnte.

- 132** 22.04. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 402
 Ophüls resümiert eine Unterredung des Staatssekretärs Hallstein mit dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard. Themen waren der französische Wunsch nach Unterzeichnung und Hinterlegung der Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag und die Verhandlungen über die Saar-Frage.
- 133** 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten S. 407
 van Scherpenberg
 Scherpenberg faßt die Ergebnisse der Tagung der Consultative Group in Paris zusammen, auf der eine Lockerung der Embargo-Bestimmungen gegenüber den Ostblock-Staaten im Mittelpunkt stand.
- 134** 22.04. Gesandter von Etdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), S. 410
 an das Auswärtige Amt
 Etdorf berichtet über eine Unterredung mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär, in der sich van Vredenburg zur Skepsis in der NATO hinsichtlich einer baldigen Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich und möglichen Alternativlösungen äußerte.
- 135** 22.04. Botschafter von Twardowski, Mexiko, an das S. 412
 Auswärtige Amt
 Twardowski gibt eine Unterredung mit dem mexikanischen Finanzminister Carillo Flores wieder, in der die Folgen der Abwertung des Peso und insbesondere die daraus resultierenden Verluste für die Firmen zur Sprache kamen, die auf der Deutschen Industrieausstellung Verkäufe in mexikanischer Währung getätigt hätten.
- 136** 22.04. Botschafter Krekeler, Washington, an das S. 414
 Auswärtige Amt
 Krekeler spricht sich dafür aus, hinsichtlich des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens nicht juristisch zu argumentieren, sondern in erster Linie die positive politische Wirkung einer Rückgabe hervorzuheben.
- 137** 23.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Lahr S. 416
 Lahr resümiert ein Gespräch mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann, in dem die Zulassung der Oppositionsparteien im Saarland, Fragen im Zusammenhang einer Europäisierung der Saar und Wirtschaftsfragen erörtert wurden.
- 138** 24.04. Aufzeichnung des Gesandten von Etdorf, Paris S. 422
 (EVG-Interimsausschuß)
 Etdorf gibt Informationen über die NATO-Ministerratstagung wieder, in deren Mittelpunkt die EVG und der Entwurf zu einer EntschlieÙung zur Nichtanerkennung der DDR standen.

- seitige Erklärungen aufzugeben, mit möglichen Reaktionen Frankreichs darauf und mit den rechtlichen Folgen für den Status der Bundesrepublik.
- 147** 30.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 455
- Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des britischen Schatzkanzlers Butler nennt van Scherpenberg die wesentlichen strittigen Themen: der Zeitpunkt einer Rückkehr zur vollen Konvertibilität der Währungen, die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion und die von Großbritannien beanstandeten Exportförderungsmaßnahmen in der Bundesrepublik.
- 148** 30.04. Gesandter von Etdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), an das Auswärtige Amt S. 458
- Etdorf übermittelt Äußerungen des niederländischen NATO-Botschafters van Starckenborgh zur bevorstehenden Behandlung einer Resolution über die demokratische Kontrolle Europas im niederländischen Kabinett und zur vorläufigen Einstellung der Bemühungen um eine europäische politische Gemeinschaft.
- 149** 30.04. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 460
- Walther informiert über Gespräche mit Vertretern der südkoreanischen Gesandtschaft über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea.
- 150** 30.04. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 462
- Vor dem Hintergrund des Prozesses gegen den früheren SS- und Polizeiführer Oberg und den früheren Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Frankreich, Knochen, nimmt Walther zu dem französischen Standpunkt Stellung, daß die Genfer Konvention von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen im Verhältnis zur Bundesrepublik nicht mehr in Kraft sei.
- 151** 30.04. Gesandter Klee, San Salvador, an das Auswärtige Amt S. 464
- Klee befaßt sich mit den Beziehungen zu Guatemala, vor allem mit den Aussichten für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und mit eventuellen Verhandlungen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.
- 152** 01.05. Vorschlag für eine Saar-Übereinkunft mit Frankreich S. 466
- Für die bevorstehenden Gespräche mit Frankreich werden die Eckpunkte für ein Grundsatzabkommen über ein Saar-Statut vorgelegt.

-
- 153** 03.05. Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Schumann, in Paris S. 468
- Die Gesprächspartner erörtern den Vorschlag der Bundesregierung für eine Saar-Übereinkunft. Schumann bekräftigt dabei noch einmal die Notwendigkeit von Garantien für die Dauerhaftigkeit einer Saar-Regelung.
- 154** 04.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 476
- Berger faßt die Ergebnisse der Beratungen mit den zuständigen Ressorts über den Umgang mit Reisepässen der DDR zusammen.
- 155** 04.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen S. 478
- Jansen resümiert eine Unterredung mit dem FDP-Abgeordneten Pfeleiderer, der ihm seine Vorstellungen zu einer Reise von Mitgliedern des Bundestags in die UdSSR erläuterte.
- 156** 06.05. Gesandter von Kessel, Washington, an das Auswärtige Amt S. 480
- Vor dem Hintergrund der laufenden Genfer Ostasien-Konferenz erläutert Kessel die amerikanische Politik in Südostasien.
- 157** 09.05. Bundestagspräsident Ehlers an Staatssekretär Hallstein S. 483
- Ehlers gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß das Auswärtige Amt italienische Demarchen zu Äußerungen des Bundestagspräsidenten hinsichtlich der Südtirol-Frage offenkundig unterstützt.
- 158** 11.05. Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Schumann, in Paris S. 485
- Erörtert werden die von beiden Seiten seit dem 3. Mai übermittelten neuen Vorschläge für eine grundsätzliche Saar-Vereinbarung und die Frage einer Zusammenkunft des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Außenminister Bidault.
- 159** 11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bräutigam S. 495
- Bräutigam nimmt eine öffentliche Äußerung des Bundeskanzlers Adenauer zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR zum Anlaß, Überlegungen zu diesem Thema anzustellen.
- 160** 11.05. Aufzeichnung des Sonderbeauftragten Grewe S. 497
- Grewe faßt Gespräche im schwedischen Außenministerium zusammen, in denen eine Klarstellung der beiderseitigen Haltung gegenüber einer Anerkennung der DDR erfolgte.

- 161** 14.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 500
Van Scherpenberg gibt eine Ressortbesprechung über die sowjetischen Schiffsbauaufträge an die Howaldtswerke wieder und erläutert eine Möglichkeit, diese Aufträge anzunehmen, ohne Beschwerden wegen Nichterfüllung der COCOM-Bestimmungen hervorzurufen.
- 162** 14.05. Vortragender Legationsrat Trützschler von Falkenstein an die Botschaft in Kairo S. 502
Trützschler informiert über eine syrische Demarche wegen der angeblichen Erörterung einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen während des Besuchs des CDU-Abgeordneten Böhm in Israel.
- 163** 14.05. Botschafter von Brentano, Rom, an das Auswärtige Amt S. 504
Brentano berichtet von Gesprächen des Vorsitzenden des EZU-Direktoriums, von Mangoldt-Reibold, in Rom über eine Konsolidierung der italienischen EZU-Verpflichtungen und die Möglichkeiten eines Einsatzes italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.
- 164** 15.05. Gesandter von Kessel, Washington, an Botschafter Blankenhorn S. 505
Kessel befaßt sich mit der amerikanischen Haltung zu einer Aufnahme amtlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR.
- 165** 17.05. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Gesundheitsminister Coste-Floret S. 507
Im Mittelpunkt stehen die Aussichten für die Ratifizierung des EVG-Vertrags in Frankreich und die Notwendigkeit einer Regelung der Saarfrage.
- 166** 17.05. Referent Meesmann, Berlin (West), an das Auswärtige Amt S. 511
Mit Blick auf eine verbesserte Information der Bevölkerung in der DDR äußert sich Meesmann zum Rundfunkangebot und zur Programmgestaltung westlicher Sender.
- 167** 17.05. Botschafter Kroll, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 514
Kroll berichtet von einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des jugoslawischen Parlaments, Popović. Thema war eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen, insbesondere ein Besuchsaustausch von Parlamentariern.

-
- 168** 19.05. Regierungsgespräch in Straßburg S. 517
 Erörtert werden einzelne Punkte der Empfehlungen des Allgemeinen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats für einen europäischen Status der Saar als Grundlage für eine Einigung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.
- 169** 19.05. Regierungsgespräch in Straßburg S. 525
 Die Beratungen über eine Regelung der Saarfrage zwischen der Bundesrepublik und Frankreich werden fortgesetzt.
- 170** 20.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hendus S. 539
 Hendus setzt sich mit den rechtlichen Möglichkeiten auseinander, der Bundesrepublik durch einseitige Erklärungen der Besatzungsmächte Souveränität zu verleihen.
- 171** 20.05. Schrifterlaß des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 546
 Brückner informiert über die Entwicklung bei der Entlassung deutscher Kriegsverurteilter in den einzelnen europäischen Staaten sowie in den alliierten Gefängnissen in der Bundesrepublik bzw. in Berlin-Spandau.
- 172** 21.05. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 557
 Welck weist auf die Folgen für die Beziehungen zu den arabischen Staaten hin, falls die Bundesregierung auf die israelischen Wünsche nach einem Kredit eingehen sollte.
- 173** 21.05. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Blomeyer S. 559
 Blomeyer benennt die Schwierigkeiten, die der Errichtung einer Vertretung in Casablanca entgegenstehen.
- 174** 24.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 560
 Hallstein resümiert ein Telefonat mit dem Präsidenten der Hohen Behörde der EGKS, in dem Monnet die Bitte des stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten Teilgen übermittelte, die weitere Erörterung der Straßburger Absprachen in der Saar-Frage nicht zu forcieren.
- 175** 24.05. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 561
 Angesichts der österreichischen Schwierigkeiten mit der sowjetischen Besatzungsmacht wegen der Aufhebung des Sichtvermerkszwangs im Reiseverkehr mit der Bundesrepublik empfiehlt Welck einen vorerst zurückhaltenden Umgang mit amtlichen sowie touristischen Reisen vor allem in die sowjetisch besetzten Teile Österreichs.

- 176** 24.05. Gesandter von Etdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), S. 564
 an das Auswärtige Amt
 Etdorf gibt Informationen des italienischen NATO-Botschafters
 Rossi Longhi aus der Debatte über eine Resolution des NATO-
 Rats zur Nichtanerkennung der DDR weiter.
- 177** 24.05. Botschafter von Brentano, Rom, an das Auswärtige Amt S. 565
 Brentano schildert die innenpolitische Situation in Italien, be-
 sonders vor dem Hintergrund der Triest-Frage, und gibt zu er-
 wägen, ob nicht Bundeskanzler Adenauer seinen persönlichen
 Einfluß auf die italienische Regierung zugunsten einer Ratifi-
 zierung des EVG-Vertrags geltend machen sollte.
- 178** 25.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 570
 Thierfelder
 Thierfelder resümiert den Stand der Bemühungen, die Familie
 Röchling durch Bereitstellung eines Ausgleichsobjekts vom Ver-
 kauf ihrer Stahlwerke in Völklingen abzuhalten, und übermit-
 telt die Aufzeichnung einer Besprechung dazu.
- 179** 25.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse S. 573
 von Zahn-Stranik
 Zahn-Stranik gibt ein Gespräch mit den Leitern der Wirtschafts-
 abteilung im amerikanischen Hochkommissariat wieder, in dem
 Harris und Tuthill um Maßnahmen zur Unterbindung von Rüs-
 tungslieferungen für Guatemala über norddeutsche Häfen baten.
- 180** 26.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 575
 Berger legt die Ergebnisse einer von Staatssekretär Hallstein
 gewünschten Prüfung dar, ob im Zusammenhang mit der aus-
 zugsweisen Wiedergabe geheimer Schriftstücke in einem Artikel
 des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ eine Strafverfolgung an-
 gezeigt wäre.
- 181** 26.05. Gesandter von Etdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß), S. 578
 an Staatssekretär Hallstein
 Etdorf teilt mit, daß der Ständige NATO-Rat die auf der NATO-
 Ministerratstagung am 13. April vereinbarte Resolution zur
 Nichtanerkennung der DDR beschlossen habe.
- 182** 26.05. Gesandter Nöhring, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 579
 Nöhring informiert über die Schwierigkeiten in den Verhand-
 lungen zum Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens
 mit dem Libanon.
- 183** 28.05. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 581
 Ophüls äußert Überlegungen zu den Hintergründen für das
 Abrücken des französischen Außenministeriums von den Straß-
 burger Vereinbarungen über die Saar-Frage.

-
- 184** 28.05. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 583
Ophüls resümiert Gespräche mit Mitarbeitern der amerikanischen Botschaft in Paris, die sich angesichts der französischen Haltung in der Saar-Frage für eine Erhöhung des Drucks auf die französische Regierung aussprachen.
- 185** 28.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Frowein S. 585
Frowein gibt eine Unterredung mit dem irakischen Gesandten wieder, in der Khandan grundsätzliche Einwände gegen das Luxemburger Abkommen äußerte und auf den möglichen Weiterverkauf von an Israel gelieferten Waren hinwies.
- 186** 29.05. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn S. 588
Blankenhorn faßt ein Gespräch mit den niederländischen Außenministern Beyen und Luns zusammen. Im Mittelpunkt standen die offenen territorialen Probleme, die niederländischen Wünsche hinsichtlich der Rheinschiffahrt sowie Finanz- und Eigentumsfragen.
- 187** 29.05. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan S. 591
Maltzan informiert über die Kontakte des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft mit sowjetischen Stellen und stellt die Frage nach einer Intensivierung der Handelsbeziehungen zur UdSSR.
- 188** 31.05. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 594
Welck notiert Ausführungen des Gesandtschaftsrats I. Klasse Groepper, Wien, zu der durch die österreichisch-sowjetischen Spannungen entstandenen Situation und den Folgen für die Beziehungen der Bundesrepublik zum Nachbarland. Er schließt sich der Empfehlung von Groepper an, möglichst auf deutsch-österreichische Soldatentreffen zu verzichten.
- 189** 31.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Frahne S. 598
Frahne legt den Verhandlungsstand zum Kulturabkommen mit Spanien dar und spricht sich für eine baldige Unterzeichnung aus.
- 190** 31.05. Aufzeichnung des Hilfsreferenten von Klewitz S. 600
Mit Blick auf die Wirkung bei den Gegnern der EVG in Frankreich bewertet Klewitz Äußerungen des französischen Vertreters in der UNO-Abrüstungskommission, Moch, über sowjetische Zugeständnisse hinsichtlich der Rüstungskontrollen.
- 191** 01.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 603
Berger erörtert die völkerrechtliche Situation der Bundesrepublik im Fall einer einseitigen Aufgabe der Besatzungsbefugnisse durch Großbritannien und die USA.

- 192** 01.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Trützschler von Falkenstein S. 605
Trützschler berichtet über eine Anfrage des Mitarbeiters im amerikanischen Hochkommissariat, Cash, zum Stand der Gespräche über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea (Südkorea).
- 193** 01.06. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 607
Walther informiert über die Betreuung verwundeter deutscher Fremdenlegionäre, die sich derzeit in Militärhospitälern in Paris befinden.
- 194** 02.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 608
Berger resümiert ein Gespräch mit dem Rechtsberater der amerikanischen Hohen Kommission, Hilles, über den Wunsch der USA, Schiffe unter deutscher Flagge auf einen möglichen Transport von Waffen kontrollieren zu dürfen, wenn sie sich Guatemala nähern.
- 195** 03.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Nahm, Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte S. 611
Nahm faßt einen Vortrag des ehemaligen Reichskanzlers Brüning vor dem Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf zusammen, in dem Brüning sich zur Politik der Westintegration der Bundesrepublik äußerte und für Gespräche mit der UdSSR eintrat.
- 196** 03.06. Ministerialdirektor Wolff, Bundesministerium der Finanzen, an Botschafter Blankenhorn S. 614
Wolff übermittelt eine Aufzeichnung über sein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Goldmann, am 25. Mai über Vermögensfragen. Angesichts fehlender Verhandlungsfortschritte bittet er um eine Besprechung über das weitere Vorgehen.
- 197** 05.06. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 617
Krekeler berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Merchant, der sich zuversichtlich hinsichtlich einer Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich und einer Lösung der Triest-Frage zeigte.
- 198** 05.06. Gesandter Klee, San Salvador, an das Auswärtige Amt S. 619
Klee informiert über die Bemühungen, die honduranische Regierung zu einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu bewegen.

- 207** 19.06. Vermerk des Bundeskanzlers Adenauer S. 643
Adenauer weist auf Mängel am neuen Gebäude des Auswärtigen Amts hin.
- 208** 19.06. Botschafter Jaenicke, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 644
Jaenicke berichtet über ein Gespräch des Botschaftsrats Salat mit dem Apostolischen Nuntius Muench über dessen Besuch in der DDR und über die Frage einer Bayerischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl.
- 209** 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 646
Van Scherpenberg resümiert eine Unterredung mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Hochkommissariat, Kiefer, der Sorge über die unsichere Rechtslage in der Bundesrepublik bezüglich der Prüfung des Transitverkehrs von Waffen und Munition sowie der Ausfuhrkontrollen äußerte.
- 210** 22.06. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 648
Ophüls gibt ein Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissar wieder. Dowling informierte über die vom belgischen Außenminister Spaak geplante Initiative, mit der Frankreich zur Ratifizierung des EVG-Vertrags bewegt werden solle, und äußerte sich zur amerikanischen und britischen Haltung.
- 211** 23.06. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 651
Welck faßt eine Unterredung mit dem Professor an der Akademie für Politische Wissenschaften in Paris, Grosser, zusammen. Themen waren die Hintergründe des Regierungswechsels in Frankreich und die Einschätzung der Lage in Indochina und in Nordafrika durch den neuen Ministerpräsidenten Mendès France sowie seine Überlegungen zur Wirtschaftspolitik. Außerdem äußerte sich Grosser zu den Aussichten für eine Ratifizierung des EVG-Vertrags.
- 212** 23.06. Aufzeichnung des Legationsrats Friedensburg S. 657
Vor dem Hintergrund einer Initiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schreiber, erläutert Friedensburg das vorgesehene Verfahren zur Beteiligung von Berliner Abgeordneten an der bevorstehenden Bundesversammlung.
- 213** 23.06. Gesandter I. Klasse a. D. Fischer, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 659
Fischer resümiert ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium, Huan Hsiang, über Erleichter-

- rungen für die in der Volksrepublik China inhaftierten deutschen Staatsangehörigen.
- 214** 24.06. Botschafter Pfeiffer, Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 662
Pfeiffer informiert über ein Gespräch mit dem belgischen Außenminister Spaak, in dem die in den bilateralen Beziehungen noch ungelösten Fragen thematisiert wurden, insbesondere eine Grenzregelung.
- 215** 24.06. Botschaftsrat von Nostitz-Drzewiecki, Den Haag, an Staatssekretär Hallstein S. 664
Nostitz-Drzewiecki gibt Informationen über das Treffen der Außenminister der Benelux-Staaten, Bech, Beyen und Spaak, weiter, bei dem das weitere Verfahren zur Förderung einer Ratifizierung des EVG-Vertrags beraten worden sei.
- 216** 24.06. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 668
Krekeler berichtet über eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister Dulles über die Frage, ob Bundeskanzler Adenauer ein Schreiben an Präsident Eisenhower zu einer Freigabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens richten sollte.
- 217** 26.06. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 671
Ophüls gibt einen kurzen Überblick über den Bericht für die am 6. Juli beginnende Ministertagung der Europäischen Konferenz über die Organisation der Agrarmärkte und skizziert Richtlinien für die Delegation der Bundesrepublik.
- 218** 26.06. Aufzeichnung des Referenten Berenz S. 674
Berenz resümiert den Stand der Gespräche mit den Drei Mächten über eine Wiederaufnahme des deutschen zivilen Luftverkehrs.
- 219** 28.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wehrstedt S. 677
Wehrstedt informiert über den Stand des Aufbaus des Politischen Archivs und die noch ausstehende Rückgabe der von Großbritannien und den USA beschlagnahmten Akten des früheren Auswärtigen Amtes.
- 220** 30.06. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan S. 680
Maltzan legt dar, daß eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an Bauvorhaben der NATO aufgrund französischer Einwände weiterhin auf Schwierigkeiten stößt.
- 221** 30.06. Vermerk des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 681
Welck äußert sich zu einer von Staatssekretär Hallstein gewünschten Demarche mit der Aufforderung an die syrische Regierung, eine klare Stellungnahme zur ihrer Haltung gegenüber der DDR abzugeben.

- 222** 30.06. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls, z. Z. Paris S. 683
Ophüls gibt die Darstellung des belgischen Außenministers Spaak über dessen Unterredung mit Ministerpräsident Mendès France zur Zukunft des EVG-Vertrags weiter.
- 223** 01.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Papagos in Rhöndorf S. 687
Die Gesprächspartner erörtern aktuelle außenpolitische Themen: die französische Haltung zur EVG, die Bedrohung durch den Kommunismus in Europa und Indochina, die Frage der Souveränität der Bundesrepublik und die Erweiterung des Balkan-Pakts um ein militärisches Beistandsabkommen. Papagos äußert sich zudem zur Zypern-Frage.
- 224** 01.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder S. 697
Thierfelder spricht sich für verstärkte Bemühungen aus, Bundesminister Schäffer für ein finanzielles Ausgleichsangebot an die Familie Röchling zu gewinnen. Damit soll der Verkauf der Eisen- und Stahlwerke in Völklingen an eine französische Firmengruppe abgewendet werden.
- 225** 01.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder S. 700
Thierfelder resümiert ein Gespräch mit dem französischen Ständigen Vertreter beim Europarat in Straßburg, in dem Jouve eine Einschätzung der Haltung des neuen Ministerpräsidenten Mendès France zur EVG und zur europäischen Integration gab. Erörtert wurde außerdem die Saarfrage.
- 226** 03.07. Gesandter Siegfried, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 702
Siegfried berichtet von seinen ersten Unterredungen im schwedischen Außenministerium, bei denen die bilateralen Handelsbeziehungen und die schwedische Haltung zum Umgang mit der DDR im Vordergrund standen.
- 227** 07.07. Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 705
Mühlenfeld informiert über ein Gespräch mit dem niederländischen Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, van der Goes van Naters, der Bemühungen ankündigte, der neuen französischen Regierung den Zusammenhang zwischen einer Lösung der Saarfrage und der Ratifizierung des EVG-Vertrags deutlich zu machen. Außerdem gibt Mühlenfeld eine Unterredung des Botschaftsrats von Nostitz-Drzewiecki mit dem Generalsekretär im niederländischen Außenministerium, Eschauzier, zu aktuellen außenpolitischen Fragen wieder.

-
- 228** 08.07. Botschafter Prinz von Bayern, Madrid, an Staatssekretär Hallstein S. 708
Bayern resümiert ein Gespräch mit Staatschef Franco über den in Spanien beschlagnahmten deutschen Immobilienbesitz und die Wiedererlangung der Souveränität durch die Bundesrepublik.
- 229** 08.07. Botschafter Schwendemann, Bogotá, an das Auswärtige Amt S. 710
Schwendemann schildert Reaktionen auf den Sieg der Fußball-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz und dessen Bedeutung für das Prestige der Bundesrepublik in Kolumbien.
- 230** 09.07. Bundesminister Blücher an Bundeskanzler Adenauer S. 712
Blücher führt Argumente an, warum er neben der Vertretung des Bundesministers der Finanzen und des Bundeskanzlers auch das Amt des Stellvertreters von Adenauer als Bundesminister des Auswärtigen behalten sollte.
- 231** 10.07. Gesandter Holzapfel, Bern, an das Auswärtige Amt S. 713
Holzapfel befaßt sich mit den Reaktionen der schweizerischen Öffentlichkeit auf das Auftreten und den Sieg der Nationalmannschaft der Bundesrepublik bei der Fußball-Weltmeisterschaft.
- 232** 12.07. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Steltzer S. 716
Steltzer faßt die Bemühungen der südafrikanischen Botschaft zusammen, Unterstützung bei dem Versuch zu erlangen, die Übertragung eines Hörspiels nach dem Roman „Das Wort sagte ich nicht“ des südafrikanischen Schriftstellers Paton zu verhindern.
- 233** 13.07. Aufzeichnung des Hilfsreferenten Kaiser S. 718
Kaiser resümiert eine Hausbesprechung zu den Schwierigkeiten eines Übergangs der Bundesrepublik und weiterer europäischer Staaten zur Konvertibilität der Währungen.
- 234** 15.07. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan S. 722
Maltzan skizziert die Grundlagen der handelspolitischen Beziehungen zu den Ostblock-Staaten und informiert über den Stand der Vertragsverhandlungen mit den einzelnen Staaten.
- 235** 15.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 730
Brückner befaßt sich mit der Haltung der Drei Mächte zur Flug-erlaubnis für die vier von der Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf (Luftag) in den USA erworbenen Flugzeuge.

- 236** 16.07. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 733
 Ophüls notiert Informationen über die Gespräche des Ministerpräsidenten Mendès France mit dem amerikanischen Außenminister Dulles in Paris und über das von Mendès France geplante weitere Vorgehen hinsichtlich der Ratifizierung des EVG-Vertrags.
- 237** 19.07. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 735
 Welck informiert über eine Unterredung mit dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard zum weiteren französischen Vorgehen bei der Ratifizierung des EVG-Vertrags.
- 238** 19.07. Vermerk des Gesandten I. Klasse Strohm S. 737
 Strohm äußert die Auffassung, daß Äußerungen des Kaisers Haile Selassie zu seiner Dankbarkeit für die militärische Unterstützung durch das Deutsche Reich im Abessinien-Krieg nicht entgegengetreten werden sollte.
- 239** 20.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Kitt S. 738
 Kitt faßt die Diskussion im Ausschuß „Wiedervereinigung“ zu den Überlegungen des Ministerialdirigenten Fülleln, Bundesministerium des Innern, zusammen, inwieweit und mit welcher Fragestellung eine Volksabstimmung in ganz Deutschland für die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung nützlich sein könnte.
- 240** 21.07. Gesandter I. Klasse a. D. Fischer, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 742
 Fischer zieht ein Resümee der Ergebnisse der Genfer Ostasien-Konferenz für die weitere Entwicklung in Laos, Kambodscha und Vietnam.
- 241** 22.07. Referent Meesmann, Berlin (West), an Staatssekretär Hallstein S. 744
 Meesmann übermittelt bisherige Erkenntnisse über das Verschwinden des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, John, in Ost-Berlin.
- 242** 27.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 744
 Hallstein resümiert ein Gespräch mit dem ägyptischen Botschafter, in dem er Saroit die Haltung der Bundesregierung zu einer möglichen Aufwertung der Handelsvertretung der DDR in Kairo deutlich machte.
- 243** 31.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Rosen S. 746
 Rosen nimmt zu der Absicht der südkoreanischen Regierung Stellung, konsularische Beziehungen zur Bundesrepublik auf-

-
- zunehmen, und plädiert für die Einrichtung von Handelsvertretungen.
- 244** 31.07. Staatssekretär Hallstein an Botschafter Mühlenfeld, Den Haag S. 748
- Mit Blick auf mögliche niederländische Bedenken gegen eine ohne französische Beteiligung gefaßte Entscheidung Großbritanniens und der USA über die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik übermittelt Hallstein die Überlegungen der Bundesregierung zu dieser Frage.
- 245** 03.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützschler von Falkenstein S. 750
- Trützschler nimmt zu den Modalitäten einer Anleihe an Israel Stellung, wie sie vom Vorsitzenden der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Goldmann, vorgeschlagen worden sind.
- 246** 03.08. Aufzeichnung des Referenten Freiherr von dem Bussche, Presse- und Informationsamt S. 755
- Von dem Bussche setzt sich mit einer Aufzeichnung des Ministerialrats Schirmer, Presse- und Informationsamt, auseinander, in der Schirmer vor Bestrebungen bestimmter Kreise in den USA warnt, in der Öffentlichkeit antideutsche Gefühle zu fördern.
- 247** 04.08. Generalkonsul Knapstein, Chicago, an das Auswärtige Amt S. 757
- Knapstein weist darauf hin, daß die schleppende Bearbeitung von Entschädigungsanträgen der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in den USA durch die zuständigen Behörden in der Bundesrepublik nachteilige Auswirkungen auf die überwiegend deutschfreundliche öffentliche Meinung haben könnte.
- 248** 05.08. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 760
- Welck spricht sich gegen die von Israel gewünschte Anleihe über 100 Mio. Dollar aus. Er begründet dies mit der zu erwartenden negativen Reaktion der arabischen Staaten, die erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen für die Bundesrepublik haben könnte.
- 249** 06.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützschler von Falkenstein S. 766
- Trützschler resümiert eine Besprechung mit dem stellvertretenden amerikanischen Hohen Kommissar Dowling. Erörtert wurden die Wiederaufnahme eines deutschen Zivilluftverkehrs sowie die amerikanischen Einwände gegen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf (Luftag) und britischen Fluggesellschaften.

-
- | | | |
|------------|---|--------|
| 256 | 10.08. Referent Meesmann, Berlin (West), an das Auswärtige Amt | S. 794 |
| | Meesmann berichtet von einem Gespräch mit Vertretern der amerikanischen und britischen Stadtkommandanturen über die Folgen der Umorganisation der sowjetischen Hohen Kommission. | |
| 257 | 11.08. Botschaftsrat Salat, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt | S. 796 |
| | Salat gibt eine Unterredung mit dem Privatsekretär des Papstes, Leiber, wieder, der sich zu positiven Aspekten der eventuellen Zulassung einer Vertretung der DDR beim Heiligen Stuhl äußerte. | |
| 258 | 13.08. Gesandter I. Klasse Ophüls, z.Z. Paris, an Staatssekretär Hallstein | S. 799 |
| | Ophüls informiert über ein Gespräch mit dem belgischen NATO-Botschafter de Staercke zu der Frage, ob die bevorstehende Brüsseler Konferenz der EVG-Unterzeichnerstaaten als turnusmäßige oder als Sonderkonferenz gestaltet werden sollte. | |
| 259 | 14.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Zahn-Stranik | S. 800 |
| | Zahn-Stranik skizziert die Aufgaben der Embargo-Organisationen in Paris, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist. Außerdem äußert er sich zu den Forderungen der Wirtschaft und der Öffentlichkeit nach einem Ausbau der Handelsbeziehungen zu den Ostblock-Staaten. | |
| 260 | 15.08. Aufzeichnung der Unterabteilung 21 | S. 803 |
| | Die neuen französischen Vorschläge für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag werden einer Überprüfung unterzogen. Sie würden nicht nur einen ratifizierungsbedürftigen Zusatzvertrag erforderlich machen, den supranationalen Charakter der EVG beseitigen und die Bundesrepublik diskriminieren, sondern im Ergebnis die Verteidigungsgemeinschaft insgesamt konterkarieren. | |
| 261 | 16.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein | S. 808 |
| | Hallstein resümiert ein Gespräch mit dem amerikanischen Hohen Kommissar Dowling, in dem die französischen Vorschläge für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag erörtert wurden. | |
| 262 | 16.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Grolman | S. 811 |
| | Grolman informiert über die Entschädigungsansprüche ehemaliger polnischer Diplomaten. Deren Vertreter Chmielewski halte die von der Bundesregierung angebotene Entschädigungssumme | |

- für zu niedrig, und auch die amerikanische Hohe Kommission habe zu einer Erhöhung des Angebots geraten.
- 263** 16.08. Botschafter Schlange-Schöningen, London, an das Auswärtige Amt S. 815
 Schlange-Schöningen berichtet über den Stand der Beratungen der Drei Mächte über eine Antwort auf die sowjetischen Noten vom 23. Juli und 4. August mit dem Vorschlag der Einberufung einer Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit.
- 264** 17.08. Vermerk des Gesandten von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß) S. 817
 Etzdorf gibt eine vertrauliche Mitteilung weiter, wonach der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Gruenther, sich in einem Gutachten zur strategischen Bedeutung der Beteiligung der Bundesrepublik an der europäischen Verteidigung geäußert habe.
- 265** 17.08. Botschafter Schlange-Schöningen, London, an das Auswärtige Amt S. 818
 Schlange-Schöningen resümiert eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, in der sich Roberts zu den französischen Vorschlägen für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag äußerte.
- 266** 17.08. Botschafter Kroll, z. Z. Bled, an das Auswärtige Amt S. 820
 Kroll gibt einen Bericht über die Tätigkeit von Fachkräften aus der Bundesrepublik im Rahmen des technischen Beistandsprogramms der UNO und befürwortet eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik an dem Programm.
- 267** 18.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatssekretärs Hallstein mit dem belgischen Außenminister Spaak in Brüssel S. 822
 Mit Blick auf die bevorstehende Außenministerkonferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags erörtern Adenauer und Spaak die französischen Vorschläge für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag und die dahinterstehenden Motive des Ministerpräsidenten Mendès France.
- 268** 18.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 828
 Richthofen befaßt sich mit den Auswirkungen in Finnland nach Abschluß des neuen finnisch-sowjetischen Handelsvertrags, der Übereinkunft zur Anhebung der gegenseitigen Gesandtschaften in Botschaften und dem sowjetischen Angebot zu Lieferungen von Jagdflugzeugen und Rüstungsmaterial an Finnland.

-
- 269** 18.08. Aufzeichnung des Hilfsreferenten Peckert S. 831
Peckert legt dar, daß die sowjetische Öffentlichkeit offenbar auf eine Aktivierung der Deutschland-Politik für den Fall eines Scheiterns der EVG vorbereitet werde. Die Presse sei dabei bemüht, mögliche Zugeständnisse bezüglich der Modalitäten freier Wahlen auszuschließen, wie sie im Falle Vietnams und Koreas gewährt worden seien.
- 270** 18.08. Botschaftsrat Freiherr von Mirbach, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 834
Mirbach informiert über das saudiarabische Vorgehen gegen die von zwei deutschen Unternehmen gegründete Firma Govenco und über die Bemühungen um einen Rechtsbeistand für diese.
- 271** 18.08. Gesandter Mueller-Graaf, Wien, an das Auswärtige Amt S. 836
Mueller-Graaf berichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, in dem Kreisky eine Einschätzung der sowjetischen Antwort auf den österreichischen Vorschlag zur Einsetzung eines Fünfer-Ausschusses gab, der sich mit Erleichterungen des Besatzungsregimes befassen solle.
- 272** 19.08. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls, z. Z. Brüssel S. 838
Die Eröffnungssitzung der Außenministerkonferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags wird zusammengefaßt, in der Ministerpräsident Mendès France die politischen Hintergründe und Ziele der französischen Vorschläge für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag erläuterte.
- 273** 19.08. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls, z. Z. Brüssel S. 840
Ophüls gibt eine Sachverständigenbesprechung auf der Außenministerkonferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags wieder. Die französischen Teilnehmer signalisierten Entgegenkommen für den Fall, daß die übrigen Delegationen Einwände gegen die französischen Vorschläge für ein Anwendungsprotokoll zum EVG-Vertrag vorbrächten.
- 274** 20.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Frowein S. 842
Frowein resümiert eine Unterredung mit dem libanesischen Geschäftsträger Bitar zu den Verhandlungen mit Israel über das dortige Vermögen der katholischen Kirche.
- 275** 20.08. Botschafter Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt S. 843
Hausenstein berichtet über Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Botschaft sowie mit dem britischen Gesandten Reilly. Themen waren das weitere Vorgehen auf der Außenminister-

- konferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags und die Aussichten für eine Ratifizierung des Vertrags in Frankreich.
- 276** 20.08. Gesandtschaftsrat I. Klasse Schmidt-Horix, Karachi, an das Auswärtige Amt S. 846
- Schmidt-Horix informiert über ein Gespräch mit dem afghanischen Geschäftsträger, in dem Rafiq über den wachsenden Druck hinsichtlich der Zulassung einer Vertretung der DDR in Kabul berichtete.
- 277** 22.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France in Brüssel S. 848
- Im Mittelpunkt stehen die Haltung der französischen Parteien zum EVG-Vertrag und die Aussichten für dessen Ratifizierung.
- 278** 23.08. Botschafter Kroll, z. Z. Bled, an das Auswärtige Amt S. 850
- Kroll berichtet über eine Unterredung mit dem jugoslawischen Vizepräsidenten Kardelj, der sich zur europäischen Politik nach dem ergebnislosen Ausgang der Außenministerkonferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags in Brüssel äußerte.
- 279** 24.08. Runderlaß des Staatssekretärs Hallstein S. 852
- Hallstein übermittelt eine Sprachregelung zur fehlenden Einigung auf der Außenministerkonferenz der sechs Unterzeichnerstaaten des EVG-Vertrags in Brüssel.
- 280** 25.08. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 854
- Welck gibt ein Gespräch mit dem türkischen Geschäftsträger wieder, in dem Müren die türkische Haltung zu der von Griechenland aufgeworfenen Zypern-Frage erläuterte.
- 281** 25.08. Aufzeichnung des Referenten Klassen S. 857
- Vor dem Hintergrund der Bitte des Instituts für Zeitgeschichte in München, bei der AHK die Herausgabe von mikroverfilmten Akten für Forschungszwecke zu beantragen, legt Klassen den Stand der Gespräche mit den Drei Mächten über die Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amtes dar.
- 282** 25.08. Aufzeichnung des Gesandten von Etzdorf, Paris (EVG-Interimsausschuß) S. 862
- Etzdorf resümiert eine Unterredung mit dem Leiter der niederländischen Delegation beim EVG-Interimsausschuß und NATO-Botschafter van Vredenburg, der Überlegungen zu einer Alternative im Falle der Ablehnung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung anstellte.

-
- 283** 30.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Rosen S. 863
Rosen berichtet über den Besuch des Geschäftsträgers der Republik China (Taiwan) in Paris, Tuan Mao-lan, der Interesse an einer Wiedereröffnung der Konsulate in Hamburg und Stuttgart signalisierte.
- 284** 01.09. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls, S. 865
z. Z. Baden-Baden
Ophüls faßt eine Unterredung mit dem amerikanischen Beobachter beim EVG-Interimsausschuß zusammen. Bruce entwickelte Überlegungen zur Souveränität der Bundesrepublik und zu ihrer Einbindung in die westliche Verteidigung nach dem Nichtzustandekommen des EVG-Vertrags.
- 285** 01.09. Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das S. 868
Auswärtige Amt
Riesser berichtet über ein Gespräch mit UNO-Generalsekretär Hammarskjöld, der sich zu den Folgen des Scheiterns der EVG und zu einem möglichen Antrag zur Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO äußerte.
- 286** 02.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem S. 869
britischen Hohen Kommissar Hoyer Millar auf
Bühlerhöhe
Erörtert werden Auswege aus der Situation, die durch die fehlende französische Zustimmung zum EVG-Vertrag entstanden ist. Für eine Lösung der militärischen Probleme wird von beiden Seiten eine Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO favorisiert. Dafür und auch im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik kündigt Adenauer Vorschläge zu Selbstbeschränkungen hinsichtlich der Rüstungsstärke an.
- 287** 02.09. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Bühlerhöhe, an den S. 876
amerikanischen Hohen Kommissar Conant
Adenauer übermittelt ein Schreiben für den amerikanischen Außenminister Dulles, in dem er für dessen klare Stellungnahme zur französischen Haltung hinsichtlich des EVG-Vertrags dankt und sich zur Fortsetzung der europäischen Integration bekennt.
- 288** 03.09. Aufzeichnung des militärischen Chefdelegierten beim S. 878
EVG-Interimsausschuß in Paris, Speidel
Speidel resümiert Gespräche mit den militärischen Chefdelegierten Calmeyer (Niederlande), Dessain (Belgien) und Fornara (Italien) sowie dem britischen militärischen Beobachter beim EVG-Interimsausschuß, Merer, die übereinstimmend die Notwendigkeit eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik betonten. Eine Lösungsmöglichkeit liege im Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag von 1948 bzw. zur NATO.

- 289** 03.09. Aufzeichnung des militärischen Chefdelegierten beim EVG-Interimsausschuß in Paris, Speidel S. 880
 Speidel informiert über eine Unterredung mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR). Gruenther betonte die Bedeutung sowohl Frankreichs als auch der Bundesrepublik für die Verteidigung und bekräftigte, daß der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung erfolgen müsse.
- 290** 04.09. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 882
 Welck faßt Gespräche mit dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet und dessen Stellvertreter Bérard zusammen. Beide argumentierten für bilaterale Bemühungen um eine Lösung nach dem Nichtzustandekommen des EVG-Vertrags.
- 291** 07.09. Runderlaß des Staatssekretärs Hallstein S. 884
 Hallstein übermittelt Informationen über die britischen Vorschläge zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und zur Einberufung einer Acht- oder Zehn-Mächte-Konferenz. Er teilt mit, daß die Bundesregierung die amerikanische Idee einer Sondersitzung des NATO-Ministerrats vorziehe.
- 292** 08.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 888
 Berger legt die Hintergründe dar, aus denen heraus der Briefwechsel des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Eisenhower über eine Freigabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens entstanden ist.
- 293** 09.09. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 891
 Ophüls stellt Überlegungen zu einer modifizierten EVG-Lösung an für den Fall, daß die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO scheitern sollte.
- 294** 09.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Thierfelder S. 892
 Auf der Grundlage von Gesprächen mit Vertretern der saarländischen Regierung und der Opposition skizziert Thierfelder die gegenwärtige Lage im Saarland und äußert sich zu den Optionen für die weitere Saarpolitik der Bundesregierung.
- 295** 09.09. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hendus S. 897
 Hendus informiert über Überlegungen zu den Möglichkeiten einer Wiedergewinnung der Souveränität durch die Bundesrepublik.

-
- 296** 09.09. Aufzeichnung des Referenten von Plehwe, Paris (EVG-Interimsausschuß) S. 899
Plehwe berichtet über ein Gespräch mit dem Mitglied der französischen Delegation beim EVG-Interimsausschuß, Petiet, der angesichts von Widerständen nicht nur in Frankreich eine Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO für wenig aussichtsreich, wohl aber eine rasche Ersatzlösung für erreichbar hielt.
- 297** 10.09. Aufzeichnung des Gesandten von Etzdorf, z.Z. Bonn S. 901
Etzdorf faßt Informationen über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am Vortag zusammen. Thema war das weitere Vorgehen nach dem Scheitern der EVG.
- 298** 10.09. Staatssekretär Hallstein an die Botschaft in Brüssel S. 904
Hallstein übermittelt die Anregung des Bundeskanzlers Adenauer, zwecks Verhinderung eines französischen Vetos gegen eine Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO die Alternative einer deutschen Wiederbewaffnung außerhalb der NATO in den Raum zu stellen.
- 299** 11.09. Ressortbesprechung bei Staatssekretär Hallstein S. 905
Die Teilnehmer erörtern die Voraussetzungen und Modalitäten eines Beitritts der Bundesrepublik zur NATO, insbesondere die Möglichkeiten zu einer raschen Aufstellung von Streitkräften und die den Bündnispartnern anzubietenden Beschränkungen.
- 300** 12.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Außenminister Eden in Rhöndorf S. 910
Im Mittelpunkt stehen die beiderseitigen Überlegungen für eine Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik als Voraussetzung für deren Verteidigungsbeitrag sowie die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und den revidierten Brüsseler Vertrag von 1948.
- 301** 12.09. Besprechung beim britischen Hohen Kommissar Hoyer Millar S. 924
Erörtert werden die Überlegungen für eine Regelung der Souveränität der Bundesrepublik und die Voraussetzungen für einen Verteidigungsbeitrag.
- 302** 13.09. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 927
Ophüls resümiert die in der Besprechung beim britischen Hohen Kommissar Hoyer Millar am Vorabend diskutierten Vorschläge zu einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Rahmen der NATO und zu den dabei abzugebenden politischen Erklärungen.

- 303** 13.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Außenminister Eden in Rhöndorf S. 931
- Die Erörterung der notwendigen praktischen wie rechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit einer Beendigung des Besatzungsstatuts und einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik wird fortgesetzt. Abschließend wird ein ungefährer Zeitplan für das weitere Vorgehen skizziert.
- 304** 13.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatssekretärs Hallstein mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Murphy, in Rhöndorf S. 939
- Dem amerikanischen Gesprächspartner werden die Überlegungen der Bundesregierung zu den Modalitäten für eine Ablösung des Besatzungsstatuts und den weiteren Aufenthalt von Streitkräften der Drei Mächte in der Bundesrepublik erläutert. Außerdem werden mögliche Selbstbeschränkungen der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag thematisiert.
- 305** 13.09. Aufzeichnung des Angestellten Bock S. 945
- Bock faßt eine Unterredung mit dem Leiter des DRK-Suchdienstes, Wagner, zusammen, der über ein Gespräch in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin zur weiteren Klärung des Schicksals der Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten in der UdSSR berichtete.
- 306** 14.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Murphy, in Rhöndorf S. 948
- Im Mittelpunkt stehen Überlegungen zum Vorgehen für den Fall, daß Frankreich die Wiedererlangung der Souveränität durch die Bundesrepublik und ihre Aufnahme in die NATO ablehnt.
- 307** 14.09. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 956
- Ophüls resümiert ein Gespräch mit dem österreichischen Botschafter Rotter über die Fortsetzung der europäischen Integration und das österreichische Interesse an einer engen Zusammenarbeit.
- 308** 15.09. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Oidtman S. 958
- Oidtman informiert über eine Ressortbesprechung zur Wehrpflicht für im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige, insbesondere zu der Frage, inwieweit das Auswanderungsrecht durch die Wehrpflicht eingeschränkt werden könnte.

-
- 309** 15.09. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 962
- Walther gibt die Einschätzung eines engen Mitarbeiters des französischen Ministerpräsidenten zu dessen Vorstellungen hinsichtlich der europäischen Verteidigung weiter. Mendès France begrüße die Idee einer Wiederbelebung des Brüsseler Vertrags von 1948, betrachte aber eine NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik reserviert.
- 310** 16.09. Botschaftsrat Graf Strachwitz, Rom, an das Auswärtige Amt S. 964
- Strachwitz teilt mit, daß die italienische Regierung einem Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler und zum NATO-Vertrag positiv gegenüberstehe.
- 311** 16.09. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 965
- Walther berichtet von einer Unterredung des Gesandtschaftsrats Böker mit dem Mitarbeiter im französischen Außenministerium, Basdevant. Dieser habe sich positiv zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO geäußert, sich jedoch gegen einen Beitritt der Bundesrepublik ausgesprochen.
- 312** 17.09. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Freiherr von Wendland S. 967
- Wendland resümiert eine Hausbesprechung zur niederländischen Forderung auf Auslieferung der in die Bundesrepublik entflohenen niederländischen, wegen Kriegsverbrechen verurteilten Häftlinge.
- 313** 17.09. Aufzeichnung des CDU-Abgeordneten Gerstenmaier, z. Z. Straßburg S. 969
- Gerstenmaier faßt Besprechungen mit dem belgischen Außenminister Spaak und dem neuen Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Moustier, zusammen. Im Mittelpunkt standen die Aussichten für die Bemühungen des britischen Außenministers Eden, die französische Regierung für seine Vorschläge zur Einbeziehung der Bundesrepublik in den Brüsseler Vertrag und die NATO zu gewinnen.
- 314** 17.09. Botschaftsrat von Walther, Paris, an das Auswärtige Amt S. 973
- Walther übermittelt Informationen zu den Gesprächen des britischen Außenministers Eden mit Ministerpräsident Mendès France, insbesondere zur französischen Stellungnahme auf den Vorschlag zur Einbeziehung der Bundesrepublik in den Brüsseler Vertrag und die NATO.

- 315** 17.09. Runderlaß des Staatssekretärs Hallstein S. 975
Hallstein informiert über den Besuch des amerikanischen Außenministers Dulles und die in den Unterredungen mit Bundeskanzler Adenauer erörterten Überlegungen für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik sowie zur Wiederherstellung der Souveränität.
- 316** 18.09. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Roedel S. 979
Roedel gibt ein Gespräch mit dem amerikanischen ehemaligen General Klein wieder. Klein habe eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit in den USA angemahnt, um eine Freigabe des dort beschlagnahmten deutschen Vermögens erwirken zu können.
- 317** 18.09. Botschafter Schlange-Schöningh, London, an das Auswärtige Amt S. 982
Schlange-Schöningh übermittelt Informationen zu den Gesprächen des britischen Außenministers Eden mit Ministerpräsident Mendès France sowie mit dem amerikanischen Außenminister Dulles bei dessen Besuch in London.
- 318** 18.09. Botschaftsrat von Walther, Paris, an Staatssekretär Hallstein S. 984
Walther berichtet über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Margerie. Dieser übergab und erläuterte ein Memorandum mit den französischen Vorschlägen für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 319** 20.09. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 987
Krekeler resümiert eine Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Smith zeigte sich angesichts der Bestrebungen des Ministerpräsidenten Mendès France, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hinauszuzögern, nicht sehr zuversichtlich hinsichtlich eines Erfolgs der bevorstehenden Neun-Mächte-Konferenz in London.
- 320** 21.09. Memorandum der Bundesregierung S. 989
Mit Blick auf die bevorstehende Londoner Neun-Mächte-Konferenz werden die Vorschläge der Bundesregierung für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik und die Wiederherstellung ihrer Souveränität vorgelegt.
- 321** 22.09. Aufzeichnung des Sonderbeauftragten Grewe S. 992
Grewe faßt die erste Sachverständigenbesprechung mit Vertretern der Drei Mächte zusammen, in der notwendige Schritte zur Ablösung des Besatzungsstatuts erörtert wurden.

-
- 322** 22.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützscher von Falkenstein S. 995
Trützscher schildert die Bemühungen, die Hilfsorganisation der früheren Waffen-SS (HIAG) zur Absage des für den 25./26. September geplanten Treffens in Iserlohn zu bewegen.
- 323** 22.09. Botschaftsrat Velhagen, Brüssel, an Staatssekretär Hallstein S. 997
Velhagen berichtet über eine erste belgische Einschätzung der französischen Vorschläge für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 324** 22.09. Botschaftsrat von Nostitz-Drzewiecki, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 999
Nostitz resümiert eine Unterredung mit dem Generalsekretär im niederländischen Außenministerium, Baron van Tuyll. Im Mittelpunkt standen die französischen Vorschläge für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 325** 22.09. Botschafter Dankwort, Ottawa, an Staatssekretär Hallstein S. 1001
Dankwort informiert über die kanadische Haltung zu den französischen Vorschlägen für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 326** 23.09. Aufzeichnung des Hilfsreferenten Marcus S. 1003
Marcus legt dar, wie es ohne Einschaltung staatlicher Stellen zur Herausgabe des Schädels des Häuptlings Mkwawa, dessen Restitution durch das Deutsche Reich im Versailler Vertrag vorgesehen gewesen sei, durch das Überseemuseum in Bremen gekommen ist.
- 327** 23.09. Aufzeichnung S. 1004
Vorgelegt wird die für die Londoner Neun-Mächte-Konferenz bestimmte Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen vom 18. September für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.
- 328** 24.09. Botschafter Blankenhorn, z. Z. London, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 1007
Blankenhorn informiert über eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Roberts. Thema des ersten Teils waren die zu erwartende französische Haltung auf der Neun-Mächte-Konferenz in London und die Anregung zu einem Treffen des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France.

- 329** 25.09. Botschafter Blankenhorn, z.Z. London, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 1009
 Im Mittelpunkt des zweiten Teils des Gesprächs mit Roberts standen die britischen Vorstellungen zum Ablauf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz.
- 330** 25.09. Botschafter Blankenhorn, z.Z. London, an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein S. 1011
 Blankenhorn beendet seinen Bericht über das Gespräch mit Roberts, dessen dritter Teil dem Verfahren nach Ende der Londoner Neun-Mächte-Konferenz gewidmet war.
- 331** 26.09. Botschaftsrat von Nostitz-Drzewiecki, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 1012
 Nostitz gibt Informationen über eine Besprechung der Außenminister Bech (Luxemburg), Beyen (Niederlande) und Spaak (Belgien) am Vortag in Den Haag weiter. Diese habe Übereinstimmung in der Ablehnung der französischen Vorstellungen zu einem Rüstungspool erbracht.
- 332** 27.09. Gesandter Melchers, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1014
 Melchers übermittelt eine Einschätzung der Lage in Palästina nach der britisch-iranischen Einigung in der Ölfrage und der britisch-ägyptischen Übereinkunft über die Räumung der Stützpunkte am Suez-Kanal. Für die Zukunft hält er die Aussichten auf eine Lösung des Konflikts der arabischen Staaten mit Israel für eher abnehmend angesichts der wachsenden nationalistischen Stimmung insbesondere in der jüngeren Bevölkerung der arabischen Staaten.
- 333** 28.09. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1020
 Krekeler berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Erhard mit seinem britischen Amtskollegen Butler am Rande der Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Thema war die Frage des Übergangs zur Konvertibilität der Währungen.
- 334** 28.09. Botschafter Blankenhorn, z.Z. London, an Botschafter Freiherr von Maltzan S. 1021
 Blankenhorn resümiert die ersten Sitzungen der Londoner Konferenz im Neun-Mächte- bzw. im Vier-Mächte-Rahmen. In der ersten Plenarsitzung zu neunt habe Ministerpräsident Mendès France die französischen Vorschläge für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik erläutert. In der Vierersitzung zur Frage der Beendigung des Besatzungsstatuts habe der britische Außenminister Eden die Erarbeitung einer Absichtserklärung und erste Schritte der drei Hohen Kommissare zur Aufgabe von Zuständigkeiten bereits unmittelbar nach Ende der Konferenz angeregt.

- satzerklärung zur Souveränität der Bundesrepublik erörtert worden; in der Plenarsitzung sei danach sehr kontrovers über die französischen Forderungen zur Rüstungskontrolle debattiert worden.
- 342** 02.10. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1041
- Krekeler befaßt sich mit den Befürwortern und Gegnern einer Rückgabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens im amerikanischen Kongreß und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 343** 04.10. Runderlaß des Botschafters Blankenhorn S. 1044
- Blankenhorn informiert über die Ergebnisse der Londoner Neun-Mächte-Konferenz und hebt besonders die erzielten Kompromisse hervor. Außerdem gibt er einen Überblick über die weitere Planung.
- 344** 05.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Frowein S. 1047
- Frowein faßt eine Unterredung mit dem ägyptischen Handelsattaché zusammen. Fahmy mahnte eine Kennzeichnung der an Israel zu liefernden Waren an, um einen Reexport zu unterbinden.
- 345** 05.10. Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1049
- Riesser berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Justizminister Boscq de Beaumont. Im Mittelpunkt standen die französische Haltung zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen, die Situation nach der Londoner Außenministerkonferenz der Neun Mächte und eine Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Botschaftsgebäudes in Paris.
- 346** 05.10. Gesandter I. Klasse Freiherr von Welck an die Botschaft in Kairo S. 1052
- Welck übermittelt die Antwort auf Noten der Arabischen Liga zur möglichen Gewährung einer Anleihe der Bundesregierung sowie zu Schiffslieferungen an Israel.
- 347** 06.10. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer und der Bundesminister Erhard und Lübke mit Ministerpräsident Menderes S. 1054
- Erörtert werden handelspolitische Fragen, insbesondere eine Unterstützung der türkischen Investitionspläne und deren Finanzierung durch Kredite deutscher Banken.

-
- 348** 07.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1056
Bräutigam
Bräutigam setzt sich mit den jüngsten Äußerungen des sowjetischen Außenministers zur Deutschland-Frage auseinander, in denen Molotow einen Abzug fremder Truppen aus Deutschland an die erste Stelle einer Lösung stellte.
- 349** 08.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1059
Thierfelder
Thierfelder erörtert die Frage, ob Bundeskanzler Adenauer der Bitte des saarländischen Ministerpräsidenten entsprechen und Hoffmann zu einem Gespräch empfangen sollte.
- 350** 08.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1060
Thierfelder
Thierfelder befaßt sich mit Überlegungen zur außenpolitischen Vertretung des Saarlands und legt den Entwurf einer Konzeption für eine Saar-Regelung vor.
- 351** 09.10. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn S. 1064
Vor dem Hintergrund seiner durch Gespräche in Paris gewonnenen Einschätzung der innenpolitischen Situation in Frankreich spricht sich Blankenhorn für ein Treffen des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France aus. Erörtert werden sollten alle in den bilateralen Beziehungen wesentlichen Fragen.
- 352** 09.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützschler S. 1066
von Falkenstein
Trützschler unterstützt den Wunsch des stellvertretenden UNO-Generalsekretärs Pelt, mit Bundeskanzler Adenauer über das Technische Beistandsprogramm der UNO zu sprechen, und befürwortet eine deutliche Erhöhung des Beitrags der Bundesrepublik.
- 353** 09.10. Aufzeichnung des Generalkonsuls I. Klasse a. D. Voigt S. 1070
Voigt resümiert ein Gespräch mit dem irakischen Gesandten Khandan zur arabischen Bewertung des Luxemburger Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Israel.
- 354** 09.10. Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse von S. 1071
Puttkamer
Angesichts der wachsenden Bedeutung multilateraler Organisationen plädiert Puttkamer dafür, neben den am Ort ihres Sitzes tätigen diplomatischen Missionen eigene Vertretungen bei den Organisationen einzurichten.

- 355** 12.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 1073
Van Scherpenberg faßt eine Unterredung mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Hochkommissariat, Kiefer, zusammen. Vor dem Hintergrund geplanter Lieferungen aus Berlin (West) an die DDR wurde die Einbeziehung des Interzonenhandels in die Embargomaßnahmen gegenüber den Ostblock-Staaten erörtert.
- 356** 12.10. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls, z.Z. Paris S. 1076
Ophüls legt eine kurze Stellungnahme zu den Vorschlägen des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay bezüglich einer engeren Verbindung zwischen den Organisationen von NATO und Brüsseler Pakt vor.
- 357** 13.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen S. 1078
Jansen resümiert eine Debatte über die Saarfrage im Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU, in der die Einsetzung des Ministerrats der Brüsseler Pakt-Organisation als Kontrollinstanz für denkbar gehalten wurde.
- 358** 13.10. Der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Menne, an Staatssekretär Hallstein S. 1079
Wegen der Bedeutung atomarer, biologischer und chemischer Stoffe nicht nur für die Kriegführung, sondern auch für Wissenschaft, Technik und Medizin plädiert Menne für die Einbeziehung eines führenden Sachverständigen der chemischen Industrie in die Delegation auf der kommenden Pariser Außenministerkonferenz.
- 359** 14.10. Aufzeichnung des Hilfsreferenten Waldern S. 1083
Waldern informiert über Gespräche des Ministerialdirektors Reinhardt, Bundesministerium für Wirtschaft, mit der griechischen Regierung. Im Mittelpunkt stand die Umsetzung der im Vorjahr mit dem griechischen Koordinationsminister Markesinis getroffenen Vereinbarungen über wirtschaftliche Kooperationsprojekte sowie die Rückgabe des in Griechenland beschlagnahmten deutschen Vermögens.
- 360** 16.10. Gesandter von Etzdorf, Paris (Delegationssekretariat), an das Auswärtige Amt S. 1087
Etzdorf berichtet über die Sitzung des Lenkungsausschusses, die sich mit dem Entwurf eines Protokolls zum Brüsseler Pakt über die Rüstungsagentur befaßte. Der von französischer Seite geäußerte Wunsch nach stärkeren Kontrollmöglichkeiten insbesondere bei der Rüstungsproduktion habe keine Zustimmung gefunden.

- 361** 18.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützschler von Falkenstein S. 1089
 Trützschler faßt eine Besprechung mit Vertretern des Heidelberger Kreises zusammen. Im Mittelpunkt stand der weitere Umgang mit der Frage der Kriegsverurteilten nach Beendigung des Besatzungsstatuts.
- 362** 18.10. Aufzeichnung S. 1091
 Vorgelegt werden mögliche Themenkomplexe für das geplante Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France: Wirtschaftsfragen wie ein langfristiges Handelsabkommen und die industrielle Kooperation, die Saarfrage, der von Frankreich gewünschte Rüstungspool und eine Vertiefung der kulturellen Beziehungen.
- 363** 18.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ripken, Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates S. 1095
 Ripken gibt ein Gespräch mit dem stellvertretenden saudiarabischen Außenminister Jassin in Bad Nauheim wieder. Besprochen wurden eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Warenlieferungen aus der Bundesrepublik an Israel und deren möglicher Reexport sowie die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Vorgehen der saudiarabischen Regierung gegen die von zwei Unternehmen aus der Bundesrepublik betriebene Gemeinschaftsfirma Govenco.
- 364** 18.10. Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 1099
 Krekeler befaßt sich mit einer Äußerung des Bundesministers Strauß in einer amerikanischen Fernsehdiskussion, wonach die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik auch die Freistellung in Europa stationierter amerikanischer Streitkräfte ermöglichen solle.
- 365** 18.10. Generalkonsul Koenning, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 1101
 Koenning weist auf die starke Präsenz der DDR in Finnland auf kulturellem Gebiet hin und spricht sich nachdrücklich für die Beteiligung eines Dirigenten aus der Bundesrepublik an der Sibelius-Woche bzw. die Konzertreise eines hochklassigen Orchesters nach Finnland aus.
- 366** 19.10. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France in La Celle-St. Cloud S. 1103
 Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die französischen Vorschläge für einen Rüstungspool und die unterschiedlichen Vorstellungen zu einer Lösung der Saarfrage.

- 367** 20.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Zahn-Stranik S. 1114
 Zahn-Stranik informiert über Gespräche mit der sowjetischen Delegation am Rande der Tagung des Handelskomitees der ECE in Genf, die möglichen Inhalten eines Handelsabkommens zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und der UdSSR gewidmet waren.
- 368** 20.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Zahn-Stranik S. 1116
 Zahn-Stranik resümiert Besprechungen mit der polnischen Delegation während der Tagung des Handelskomitees der ECE in Genf. Themen waren Möglichkeiten zur Ausreise von Deutschen aus Polen im Rahmen der Familienzusammenführung und polnische Kreditwünsche im Zusammenhang mit einem neuen Handelsabkommen.
- 369** 20.10. Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1118
 Riesser berichtet von einer Unterredung mit dem Leiter der indischen Delegation zur UNO-Generalversammlung, Menon, über dessen Äußerungen zur Notwendigkeit direkter deutsch-deutscher Gespräche über eine Beendigung der Teilung Deutschlands.
- 370** 21.10. Gesandter Nöhring, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 1120
 Nöhring gibt ein Gespräch mit dem libanesischen Außenminister Naccache wieder. Thema war die mögliche libanesishe Zustimmung zur Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Beirut.
- 371** 22.10. Aufzeichnung des Gesandten von Etzdorf, Paris (Delegationssekretariat) S. 1123
 Etzdorf resümiert eine Unterredung mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär van Vredenburg. Erörtert wurde ein Übergangsverfahren für die Beteiligung der Bundesrepublik an der NATO bis zu ihrem offiziellen Beitritt.
- 372** 22.10. Runderlaß des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 1125
 Welck übermittelt einen Bericht der Botschaft in Washington, in dem über Bedenken von Diplomaten aus asiatischen Staaten gegen eine mögliche Rüstungskooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik in Nordafrika informiert wurde.
- 373** 23.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 1126
 Van Scherpenberg faßt eine Unterredung mit dem Landwirtschaftsattaché im amerikanischen Hochkommissariat, Haggerty,

- zusammen, der das amerikanische Interesse an einer Liberalisierung der Einfuhr von Lebensmitteln durch die Bundesregierung erläuterte.
- 374** 23.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 1127
Mit Blick auf den geplanten Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in den USA legt Brückner eine Gesprächsunterlage zur Situation der wegen Kriegsverbrechen in Landsberg bzw. Spandau Inhaftierten vor.
- 375** 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen S. 1129
Jansen nimmt zu der Frage Stellung, ob Botschafter Prinz von Bayern, Madrid, die Einladung zur Ordensverleihung an den Flugzeugkonstrukteur Messerschmitt durch die spanische Regierung annehmen sollte.
- 376** 23.10. Aufzeichnung S. 1130
In knapper Form werden Ablauf und Ergebnisse der Pariser Außenministerkonferenz mit anschließender Sitzung des NATO-Ministerrats sowie der Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mendès France am Rande der Konferenz dargelegt.
- 377** 26.10. Botschaftsrat Salat, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1136
Salat gibt Äußerungen des Pro-Staatssekretärs Montini zur Europapolitik des Bundeskanzlers Adenauer weiter.
- 378** 27.10. Aufzeichnung der Legationsrätin Wallroth S. 1138
Vor dem Hintergrund der Bitte der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das geplante Solidaritätsprogramm für die weniger entwickelten Regionen im Mittelmeerraum zu unterstützen, gibt Wallroth einen Überblick über Zielsetzungen und finanziellen Umfang bestehender internationaler Hilfsprogramme.
- 379** 27.10. Botschafter Blankenhorn an die Gesandtschaft in Beirut S. 1142
Blankenhorn erteilt Weisung zu einer Demarche bei Präsident Chamoun, dem nachdrücklich die Bedenken gegen die Zulassung einer Handelsvertretung der DDR in Beirut nahegebracht werden sollen.
- 380** 28.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Truckenbrodt S. 1144
Truckenbrodt befaßt sich mit den niederländischen Ansprüchen auf Restitution der im Zweiten Weltkrieg entzogenen Auslandsbonds und den Differenzen zwischen den Ressorts zu dieser Frage.

- 381** 28.10. Botschafter Schlange-Schöningen, London, an das Auswärtige Amt S. 1146
 Schlange-Schöningen informiert über die erste Sitzung des erweiterten Ständigen Ausschusses des Rats der Westeuropäischen Union, in dem die weiteren Arbeiten zur Vorbereitung des Beitritts der Bundesrepublik und Italiens festgelegt wurden.
- 382** 28.10. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Washington, an Botschafter Blankenhorn S. 1147
 Hallstein berichtet über eine Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Dulles über eine mögliche amerikanische und britische Garantie der Saarvereinbarung mit Frankreich.
- 383** 28.10. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1149
 Krekeler übermittelt zwei Aufzeichnungen des Gesandtschaftsrats Pelckmann zu einer Regelung der Frage des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens.
- 384** 28.10. Botschaftsrat Freiherr von Mirbach, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1154
 Mirbach gibt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium wieder, in dem El Kouni sich zur möglichen Erteilung von Visa-Befugnissen an die Handelsvertretung der DDR äußerte.
- 385** 30.10. Aufzeichnung des Angestellten Heiser S. 1156
 Heiser skizziert die Unterschiede zwischen dem EVG-Vertrag und der jetzt für die Beteiligung der Bundesrepublik an der westlichen Verteidigung gefundenen Lösung einer Einbeziehung in NATO und WEU.
- 386** 30.10. Botschafter Blankenhorn an Staatssekretär Hallstein, z. Z. New York S. 1159
 Blankenhorn informiert zum Stand der innenpolitischen Debatte über das mit Frankreich abgeschlossene Saarabkommen.
- 387** 02.11. Botschafter Pfeiffer, Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1162
 Pfeiffer berichtet über Befürchtungen in Belgien, daß die angekündigte Verstärkung der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Abkehr von den Bemühungen um eine europäische Integration bedeuten könnte.
- 388** 02.11. Staatssekretär Ripken, Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates, z. Z. Djidda, an das Auswärtige Amt S. 1163
 Ripken informiert über ein erstes Gespräch mit Ministerpräsident Faisal, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

und das Luxemburger Abkommen mit Israel von 1952 im Mittelpunkt standen.

- 389** 03.11. Aufzeichnung des Botschaftsrats Schlitter, z. Z. Bonn S. 1165
Schlitter gibt einen Überblick über die Themen, mit denen die WEU-Interimsarbeitsgruppe in London befaßt ist: zum einen mit der Schaffung einer neuen, ständigen Struktur des WEU-Rats und seiner Anbindung an bestehende Organisationen, zum anderen mit dessen besonderen Aufgaben wie der Errichtung eines Rüstungskontrollamts sowie der Regelung von Rüstungsproduktion und -standardisierung.
- 390** 03.11. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Mexiko, an Botschafter Blankenhorn S. 1170
Hallstein übermittelt ein britisches Aide-mémoire, mit dem um eine Absichtserklärung bezüglich des Umfangs der Erzeugung von Atomenergie für zivile Zwecke in den kommenden Jahren gebeten wird, und erläutert die Haltung des Bundeskanzlers Adenauer. Er erteilt Weisung, ein entsprechendes Gespräch mit dem britischen Hohen Kommissar Hoyer Millar zu führen.
- 391** 03.11. Botschaftsrat Freiherr von Mirbach, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1173
Mirbach nimmt zu einer möglichen gemeinsamen Rüstungsproduktion mit Frankreich in Nordafrika Stellung und skizziert eventuelle ägyptische Reaktionen.
- 392** 04.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Lahr S. 1175
Lahr resümiert eine Besprechung mit Vertretern der Familie Röchling über das weitere Vorgehen, um einen Verkauf der Eisen- und Stahlwerke in Völklingen abzuwenden.
- 393** 04.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mühlenhöver S. 1178
Mühlenhöver befaßt sich mit der Frage der Ratifizierungsbedürftigkeit des Abkommens mit Frankreich über das Statut der Saar und kommt zu dem Schluß, daß die Zustimmung des Bundes tags einzuholen ist.
- 394** 08.11. Staatssekretär Ripken, Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates, z. Z. Djidda, an das Auswärtige Amt S. 1181
Ripken berichtet über das saudiarabische Interesse an einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und an der Entsendung einer Wirtschaftskommission aus der Bundesrepublik zur Prüfung entsprechender Möglichkeiten.

- 395** 09.11. Aufzeichnung des Generalleutnants a. D. Speidel, S. 1184
z. Z. Paris
Speidel faßt Gespräche mit Mitgliedern des Alliierten Hauptquartiers (SHAPE) zusammen, in denen Einigkeit über die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen bestand, um nach Ratifizierung der Pariser Verträge umgehend mit der Aufstellung von Streitkräften der Bundesrepublik zu beginnen. Insbesondere sollten sofort Offiziere in die Stäbe der NATO bzw. zur Ausbildung am NATO Defence College entsandt werden.
- 396** 09.11. Staatssekretär Ripken, Bundesministerium für S. 1186
Angelegenheiten des Bundesrates, z. Z. Djidda,
an das Auswärtige Amt
Ripken gibt eine Unterredung mit dem afghanischen Außenminister Naim wieder, in der die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen angesprochen wurden und Naim sich zu den schwierigen Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR sowie Pakistan äußerte.
- 397** 09.11. Legationsrat I. Klasse Roedel, Berlin (West), an das S. 1188
Auswärtige Amt
Roedel informiert über Bestrebungen, mit Warnplakaten im Notaufnahmelaager Marienfelde die Anwerbung von Flüchtlingen für die französische Fremdenlegion zu unterbinden, und unterbreitet Vorschläge für vorherige Sondierungen bei den französischen Dienststellen in Berlin.
- 398** 09.11. Gesandter von Etzdorf, Paris (Delegationssekretariat), S. 1190
an das Auswärtige Amt
Etzdorf berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Gesandten Baraduc, der sich für die Verwendung gemeinsamer Prototypen bei einzelnen Waffenarten und für die Idee des Ministerpräsidenten Mendès France hinsichtlich einer gemeinsamen Offiziersausbildung aussprach.
- 399** 09.11. Gesandter von Etzdorf, Paris (Delegationssekretariat), S. 1192
an das Auswärtige Amt
Etzdorf teilt mit, daß der Vorschlag des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay, bis zum Beitritt der Bundesrepublik zur NATO einen Fünfzehner-Ausschuß einzurichten, beim Ständigen NATO-Rat keine Zustimmung gefunden habe, und informiert über die Gründe. Verstärkte Kontaktmöglichkeiten für Vertreter der Bundesrepublik seien jedoch vorgesehen.
- 400** 11.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 1194
Brückner resümiert ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Hochkommissariat, Kiefer, über eine geplante Demarche der AHK wegen unterschiedlicher Auslegung der COCOM-Bestimmungen in bezug auf ihre Gültigkeit für den Interzonenhandel.

-
- 401** 11.11. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, z. Z. Paris S. 1197
Blankenhorn faßt eine Unterredung mit dem stellvertretenden Kabinettschef des französischen Außenministers, Soutou, zur Präzisierung einzelner Punkte des Abkommens über das Statut der Saar zusammen.
- 402** 11.11. Botschafter Kordt, Athen, an das Auswärtige Amt S. 1201
Kordt berichtet von einem Gespräch mit Ministerpräsident Papagos über die in den bilateralen Beziehungen bestehenden Meinungsverschiedenheiten, insbesondere hinsichtlich des Briefwechsels vom Vorjahr über den Ausbau des griechischen Telefon- und Rundfunknetzes durch die Firmen Siemens und Telefunken.
- 403** 13.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Lahr S. 1204
Lahr legt eine Sprachregelung zur Auslegung der Wirtschaftsbestimmungen des Abkommens mit der französischen Regierung über das Statut der Saar vor.
- 404** 13.11. Gesandtschaftsrat Groepper, Wien, an das Auswärtige Amt S. 1207
Vor dem Hintergrund des jüngsten Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit von in der Bundesrepublik lebenden Österreichern begründet Groepper die Notwendigkeit, eine klare offizielle Stellungnahme zur Anerkennung der Selbständigkeit Österreichs abzugeben.
- 405** 14.11. Staatssekretär Ripken, Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates, z. Z. Djidda, an das Auswärtige Amt S. 1210
Ripken informiert über eine Unterredung mit Ministerpräsident Faisal zu den Betrugsvorwürfen gegen die Gemeinschaftsfirma Govenco und über seine Bemühungen um eine Aufhebung des Ausreiseverbots gegen führende Vertreter der Firma.
- 406** 15.11. Aufzeichnung des Gesandten Bidder, z. Z. Hamburg S. 1213
Bidder gibt Äußerungen des Kaisers Haile Selassie zu dessen Vorstellungen über eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wieder.
- 407** 15.11. Runderlaß des Botschafters Blankenhorn S. 1216
Blankenhorn übermittelt eine Sprachregelung zur Einschätzung der jüngsten sowjetischen Note mit der Einladung zu einer für den 29. November anberaumten Konferenz über kollektive Sicherheit in Europa in Moskau.

- 408** 15.11. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1217
 Krekeler berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister, in dem er Dulles die Haltung des Bundeskanzlers Adenauer zu dem Abkommen der Drei Mächte über die gemeinsame Ausübung der Vorbehaltsrechte erläutert habe.
- 409** 16.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trützschler von Falkenstein S. 1219
 Trützschler resümiert eine Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, der sich für die baldige Entsendung eines amtlichen Wirtschaftsvertreters der Bundesrepublik nach Israel aussprach.
- 410** 16.11. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Hohen Kommissar Conant S. 1221
 Adenauer nimmt zu dem Abkommen der Drei Mächte über die gemeinsame Ausübung der Vorbehaltsrechte Stellung.
- 411** 16.11. Botschafter Krekeler, Washington, an Botschafter Blankenhorn S. 1223
 Krekeler gibt Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium zur Beantwortung der sowjetischen Note vom 13. November mit der Einladung zur Konferenz über ein europäisches Sicherheitssystem sowie zur Einschätzung der Aussichten für die Ratifizierung der Pariser Verträge weiter.
- 412** 19.11. Legationsrat I. Klasse Brückner an die Botschaft in Belgrad S. 1225
 Zur Unterrichtung des Bundesministers Erhard übersendet Brückner ausführliche Informationen zu den Verhandlungen über eine Regelung der finanziellen jugoslawischen Ansprüche aus der Vorkriegs- und Kriegszeit.
- 413** 19.11. Generalkonsul Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1231
 Riesser berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Abrüstungsbeauftragten Moch, der die Erwartung aussprach, daß es nicht zu einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik kommen werde.
- 414** 19.11. Runderlaß des Botschafter Blankenhorn S. 1233
 Blankenhorn informiert über Befürchtungen in arabischen Staaten, daß die geplante wirtschaftliche Kooperation der Bundesrepublik mit Frankreich ihre Interessen schädigen könnte, und weist die diplomatischen Vertretungen zur Berichterstattung an.

-
- 415** 20.11. Aufzeichnung S. 1234
Mit Blick auf Gespräche der Drei Mächte werden Thesen zur Beantwortung der sowjetischen Note vom 13. November vorgelegt.
- 416** 21.11. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Montevideo, an Botschafter Blankenhorn S. 1235
Hallstein äußert sich zum inoffiziellen Charakter seiner Besuche in einigen lateinamerikanischen Staaten, bei denen sich jedoch aus Gründen der Höflichkeit bestimmte Kontakte zur jeweiligen Regierung nicht vermeiden ließen.
- 417** 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Scherpenberg S. 1236
Van Scherpenberg resümiert Gespräche des Botschafters Blankenhorn mit dem türkischen Botschafter Ürgüplü über die in den Wirtschaftsverhandlungen aufgetretenen Schwierigkeiten.
- 418** 22.11. Professor Ritter, Freiburg, an Ministerialdirigent Trützscher von Falkenstein S. 1239
Ritter berichtet über Gespräche mit amerikanischen Kollegen zu einer Beteiligung von Historikern aus der Bundesrepublik an der von den Drei Mächten herausgegebenen Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ und zur Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amtes.
- 419** 23.11. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Osterheld, Paris (Delegationssekretariat) S. 1243
Osterheld gibt einen Bericht über den Besuch der NATO-Sicherheitsgruppe und deren vorläufige Äußerungen zu den notwendigen Sicherheitseinrichtungen in der Bundesrepublik. Er zieht daraus Schlüsse für die weiteren Aufgaben des Auswärtigen Amtes in diesem Bereich.
- 420** 23.11. Botschafter Blankenhorn an Staatssekretär Hallstein, z. Z. Rio de Janeiro S. 1247
Blankenhorn informiert über Sachthemen, mit denen das Auswärtige Amt aktuell befaßt ist, insbesondere die innenpolitische Debatte über das Saarabkommen mit der französischen Regierung. Zudem erläutert er den Hintergrund der Weisungen des Bundeskanzlers Adenauer zur Reise von Hallstein durch mehrere lateinamerikanische Staaten.
- 421** 24.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 1251
Brückner legt den Sachstand bezüglich der in Frankreich wegen Kriegsverbrechen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen dar und unterbreitet Vorschläge für weitere Gespräche mit der französischen Regierung.

- 422** 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Frahne S. 1253
Vor dem Hintergrund französischer Sorgen über eine mögliche Reduzierung des französischen Sprachunterrichts in der Bundesrepublik legt Frahne ein Schreiben vor, in dem er dem Generalsekretär der Ständigen Konferenz der Kultusminister gegenüber das Interesse der Bundesregierung an der Beibehaltung des Status quo in dieser Frage zum Ausdruck brachte.
- 423** 25.11. Ministerialdirektor Berger an Botschafter Krekeler, Washington S. 1255
Berger erteilt Weisung, dem amerikanischen Außenminister Dulles die Dringlichkeit von Gesprächen über eine Rückgabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens noch einmal zu verdeutlichen.
- 424** 27.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Brückner S. 1257
Brückner befaßt sich mit der wenig zufriedenstellenden Bearbeitung von individuellen Anträgen auf Wiedergutmachung, die bereits zu negativen Pressereaktionen geführt habe.
- 425** 27.11. Botschafter Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1259
Hausenstein gibt ein Gespräch des Botschaftsrats Frank mit dem MRP-Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung, Coste-Floret, wieder, der sich zu den Differenzen in seiner Partei bezüglich einer Ratifizierung der Pariser Verträge äußerte.
- 426** 30.11. Aufzeichnung des Referenten von Plehwe, Paris (Delegationssekretariat) S. 1261
Plehwe übermittelt Informationen, wonach die Ratifizierung der Pariser Verträge in Dänemark aus Verärgerung über den Umgang mit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein verschoben worden sei.
- 427** 30.11. Botschafter Blankenhorn, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 1263
Blankenhorn berichtet über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Kabinettschef des französischen Außenministers. Soutou habe die verschlechterte innenpolitische Situation in Frankreich skizziert und damit Änderungen der französischen Haltung bezüglich des Abkommens über das Statut der Saar begründet.
- 428** 01.12. Aufzeichnung des Botschafters Strohm S. 1266
Mit Blick auf die voraussichtlichen Reaktionen der arabischen Staaten rät Strohm von neuen Überlegungen ab, Israel durch teilweise Barauszahlungen aus den im Rahmen des Luxemburger Abkommens vorgesehenen Jahresleistungen zur Schaffung einer Währungsreserve zu verhelfen.

- 429** 01.12. Botschafter Blankenhorn, z. Z. London, an Bundeskanzler Adenauer S. 1272
Blankenhorn resümiert eine Unterredung mit dem Staatssekretär im britischen Außenministerium, Kirkpatrick, über das Saarabkommen mit Frankreich und die Aussichten für eine Zustimmung der französischen Nationalversammlung zu den Pariser Verträgen.
- 430** 01.12. Referent von Plehwe, Paris (Delegationssekretariat), an das Auswärtige Amt S. 1275
Plehwe gibt die Information des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs van Vredenburg weiter, daß der Ausschuß für Flüchtlings- und Evakuierungsfragen dem Wunsch des Bundesministeriums des Innern nach Überlassung der Planungen für den Kriegsfall vor der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO nicht nachkommen werde.
- 431** 02.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Marchtaler S. 1276
Marchtaler bittet um Unterrichtung über den Stand der Verhandlungen mit Südafrika über ein Kulturabkommen und weist auf politische Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang hin.
- 432** 02.12. Botschaftsrat Schlitter, London, an das Auswärtige Amt S. 1278
Schlitter informiert über eine Sitzung des Interimsausschusses der Brüsseler Vertragsorganisation, in deren Mittelpunkt die Zusammenarbeit zwischen der künftigen WEU und der NATO stand.
- 433** 03.12. Aufzeichnung des Generalkonsuls I. Klasse a. D. Voigt S. 1281
Voigt faßt ein Gespräch mit dem irakischen Gesandten zusammen, in dem Khandan sich zur Haltung der arabischen Staaten zu Israel und zur amerikanischen Nahost-Politik äußerte.
- 434** 03.12. Bundesminister Schäffer an das Auswärtige Amt S. 1283
Schäffer spricht sich gegen baldige Verhandlungen über einen neuen Truppenvertrag aus, da er das Aufwerfen finanzieller Fragen wie derjenigen nach einer Dauerregelung für die Stationierungskosten befürchtet.
- 435** 03.12. Botschafter Krekeler, Washington, an Botschafter Blankenhorn S. 1286
Krekeler gibt Einschätzungen amerikanischer und britischer Kollegen zu den jüngsten sowjetischen Ankündigungen bezüglich der Aussichten für weitere Vier-Mächte-Verhandlungen weiter.

- 436** 03.12. Botschaftsrat Northe, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 1287
Northe berichtet über ein Gespräch mit Ministerpräsident Yoshida, der Überlegungen zu einem Austausch über die kommunistische Politik und zur Zusammenarbeit bei eventuellen Gegenmaßnahmen dargelegt habe.
- 437** 04.12. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan S. 1289
Maltzan skizziert Möglichkeiten zur Schaffung der von Bundeskanzler Adenauer gewünschten besonderen Arbeitseinheit für die Zusammenarbeit mit Frankreich.
- 438** 04.12. Bundesminister Schäffer an das Auswärtige Amt S. 1291
Schäffer argumentiert gegen baldige Verhandlungen über einen Truppenvertrag. Er sieht den Zeitpunkt dafür nach einem NATO-Beitritt der Bundesrepublik für gekommen, da dann auf bilateraler Ebene Stationierungsabkommen mit den einzelnen Partnern abgeschlossen werden könnten.
- 439** 04.12. Gesandtschaftsrat Groepper, Wien, an das Auswärtige Amt S. 1294
Groepper informiert über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, Kreisky. Im Mittelpunkt standen die Belastung der bilateralen Beziehungen aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik lebender Österreicher und die gewünschte offizielle Erklärung der Bundesregierung zur Souveränität Österreichs.
- 440** 07.12. Aufzeichnung des Abteilungsleiters Müller-Armack, Bundesministerium für Wirtschaft S. 1298
Müller-Armack resümiert Gespräche des Bundesministers Erhard in Paris. Die Unterredung mit Ministerpräsident Mendès France war den geplanten wirtschaftspolitischen Reformen in Frankreich und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das Gespräch mit dem Präsidenten des französischen Arbeitgeberverbandes, Villiers, einer Kooperation auf ausländischen Märkten gewidmet.
- 441** 07.12. Aufzeichnung des Hilfsreferenten Heiser S. 1301
Heiser faßt eine Ressortbesprechung zu der von Frankreich gewünschten gemeinsamen Rüstungsproduktion und -standardisierung innerhalb der WEU zusammen. Erörtert wurden damit verbundene politische, institutionelle, militärische und wirtschaftliche Fragen.
- 442** 07.12. Botschafter Blankenhorn an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano S. 1306
Blankenhorn gibt Brentano Kenntnis von Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an die Fraktionsvorsitzenden von Merkatz

- und Haasler, um die Deutsche Partei und den Gesamtdeutschen Block/BHE dazu zu bewegen, auf eine Beantwortung ihrer Großen Anfrage zu den Kriegsverurteilten in fremdem Gewahrsam im Plenum des Bundestags zu verzichten.
- 443** 07.12. Botschafter Riesser, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1310
Riesser übermittelt Informationen des französischen Generalkonsuls in New York, Vyau de Lagarde, zu den Zielen des Ministerpräsidenten Mendès France bei Verhandlungen mit der UdSSR.
- 444** 07.12. Legationsrat I. Klasse Roedel, Berlin (West), an das Auswärtige Amt S. 1311
Roedel befaßt sich mit dem Stand und den Schwierigkeiten im Interzonenhandel und hebt besonders die Bedeutung der Treuhandstelle für den Interzonenhandel hervor.
- 445** 08.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Knoke S. 1315
Knoke legt die Hintergründe der Probleme dar, die um die Beauftragung der Firmen Telefunken und Siemens mit dem Auf- und Ausbau des griechischen Telefonnetzes und Rundfunkwesens entstanden sind.
- 446** 08.12. Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1320
Krekeler berichtet über Einschätzungen aus diplomatischen Kreisen zur sowjetischen Bereitschaft zu Verhandlungen und deren Zielen.
- 447** 08.12. Gesandter Mueller-Graaf, Wien, an das Auswärtige Amt S. 1322
Mueller-Graaf gibt ein Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Figl wieder, in dem die Debatte um Staatsangehörigkeitsfragen im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober im Mittelpunkt stand.
- 448** 09.12. Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls S. 1327
Ophüls informiert über den Abschluß der Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen zwischen Großbritannien und der EGKS und über die Schwierigkeiten in deren Verlauf.
- 449** 10.12. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Maltzan S. 1329
Maltzan resümiert die Erörterung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft über teilweise Barauszahlungen aus den im Rahmen des Luxemburger Abkommens vorgesehenen Jahresleistungen, um Israel zur Schaffung einer Währungsreserve zu verhelten. Weisungsgemäß habe er unter Vorbehalten zugestimmt.

- 450** 10.12. Aufzeichnung des Ministerialrats von Heyden, Bundespräsidialamt S. 1331
- Heyden faßt ein Gespräch des Bundespräsidenten Heuss mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Reynaud zusammen. Dieser äußerte sich zur französischen Sorge über die innenpolitische Ausrichtung der Bundesrepublik und ihre Haltung zur UdSSR und zu seinen Bedenken hinsichtlich der Rolle Großbritanniens in Europa.
- 451** 10.12. Runderlaß des Botschafters Blankenhorn S. 1334
- Blankenhorn übermittelt Informationen zu seinen Gesprächen mit der französischen und britischen Regierung über das Saarabkommen sowie zur zeitlichen Planung für die Ratifizierung der Pariser Verträge.
- 452** 10.12. Botschafter Blankenhorn an Botschafter Prinz von Bayern, Madrid S. 1336
- Blankenhorn erteilt Weisung für Gespräche mit der spanischen Regierung über das Kulturabkommen, die wirtschaftlichen Beziehungen und eine Regelung zum in Spanien beschlagnahmten deutschen Vermögen.
- 453** 11.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Frowein S. 1338
- Frowein gibt einen Überblick über die bislang am Bundesministerium der Finanzen gescheiterten Bemühungen um eine Erhöhung des Beitrags der Bundesrepublik zum Technischen Beistandsprogramm der UNO und äußert sich zu den Aussichten einer Aufstockung des Beitrags.
- 454** 14.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berger S. 1341
- Berger skizziert ein Gespräch mit amerikanischen Diplomaten über das in den USA beschlagnahmte deutsche Vermögen, in dem unterschiedliche Auffassungen über die Ausrichtung und die Themen für die geplanten Verhandlungen in Washington deutlich wurden.
- 455** 14.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Lupin S. 1344
- Lupin resümiert Gespräche in Warschau über Familienzusammenführung. Von polnischer Seite wurden Ausreisemöglichkeiten für einen bestimmten Personenkreis in Aussicht gestellt.
- 456** 14.12. Gesandter von Etzdorf, Paris (Delegationssekretariat), an Botschafter Blankenhorn S. 1346
- Etzdorf übermittelt Informationen über den Stand der Diskussion in der NATO zu einer Regelung für den etwaigen Einsatz von Atomwaffen.

-
- 457** 14.12. Gesandter von Kessel, Washington, an Botschafter Blankenhorn S. 1347
Kessel berichtet von Gesprächen im amerikanischen Außenministerium über das Saarabkommen mit Frankreich.
- 458** 15.12. Ministerialdirigent Trützschler von Falkenstein an Professor Ritter, Freiburg S. 1349
Trützschler äußert sich zu den Aussichten für eine Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amts und zu einer Mitarbeit von Historikern aus der Bundesrepublik an der von den Drei Mächten herausgegebenen Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“.
- 459** 15.12. Schrifterlaß des Ministerialdirigenten Trützschler von Falkenstein S. 1351
Trützschler informiert über regionale Schwerpunkte und Methoden der DDR bei der Anknüpfung von Kontakten zu anderen Staaten. Er bittet die Auslandsvertretungen um Gesamtberichte über die Aktivitäten der DDR in ihrem jeweiligen Gastland.
- 460** 16.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen S. 1355
Jansen notiert Äußerungen des Ministerpräsidenten Bech zur Bedeutung der EGKS für die europäische Einigung, zu einer eventuellen Verlegung des Sitzes der Hohen Behörde nach Straßburg und zur Nachfolge für deren Präsidenten, Monnet.
- 461** 17.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Grolman S. 1358
Grolman schildert den Stand der rechtlichen Auseinandersetzung um die Wiedereinbürgerung des nach Kanada emigrierten ehemaligen Leiters des nationalsozialistischen Kampfbundes, Otto Strasser, und bittet um Weisung zum weiteren Vorgehen.
- 462** 17.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hendus S. 1360
Hendus faßt eine Unterredung mit dem Mitarbeiter im britischen Hochkommissariat, Caldecourt, zusammen, der nachdrücklich für eine Regelung der niederländischen Ansprüche auf Restitution von im Zweiten Weltkrieg entzogenen Auslandsbonds eintrat.
- 463** 17.12. Schrifterlaß des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck S. 1362
Welck übermittelt Einschätzungen zur jüngsten sowjetischen Notenoffensive und zur voraussichtlichen sowjetischen Taktik in den kommenden Wochen.

- 464** 18.12. Gesandter von Etdorf, Paris (Delegationssekretariat), S. 1365
an das Auswärtige Amt
Über die NATO-Ministerratstagung teilt Etdorf mit, daß insbesondere die Haltung zur sowjetischen Außenpolitik, eine Regelung für den Einsatz von Atomwaffen und das militärische Programm für 1955 erörtert worden seien.
- 465** 21.12. Gesandter Siegfried, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 1369
Siegfried berichtet über die Unterstützung der Dreharbeiten zum Film „Des Teufels General“ durch die schwedische Luftwaffe.
- 466** 21.12. Gesandter Nöhring, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 1371
Nöhring gibt ein Gespräch mit dem libanesischen Außenminister wieder, in dem Naccache von der Tagung des Rates der Arabischen Liga berichtete und die grundlegenden Bedingungen erläuterte, um einen Modus vivendi der arabischen Staaten mit Israel zu erreichen.
- 467** 22.12. Botschafter Jaenicke, Rom (Vatikan), an das S. 1373
Auswärtige Amt
Jaenicke berichtet, daß er vor dem Hintergrund von Meldungen über französische Bemühungen um eine Neuregelung der Diözesan-Einteilung im Saargebiet im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls den Standpunkt der Bundesregierung dazu erläutert habe.
- 468** 22.12. Botschaftsrat Freiherr von Mirbach, Kairo, an das S. 1375
Auswärtige Amt
Mirbach nennt die neuen ägyptischen Bedingungen für eine Beteiligung ausländischer Firmen an Ausschreibungen in Ägypten. Diese sehen einen Verzicht auf Geschäftsbeziehungen zu Israel vor.
- 469** 23.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1376
Bräutigam
Bräutigam befaßt sich mit Möglichkeiten und Wegen zu einer Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zur UdSSR und zu weiteren osteuropäischen Staaten.
- 470** 27.12. Aufzeichnung des Hilfsreferenten von Schmidt-Pauli S. 1380
Schmidt-Pauli resümiert eine Ressortbesprechung zur Vorbereitung der Verhandlungen über eine Rückgabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Jahressbände 1949/50–1953, München 1997–2001; Jahresband 1977, München 2008.
- AAPD, HOHE KOMMISSARE 1952 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, München 1990.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1941).
Band I: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937–September 1938), Baden-Baden 1950.
Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (Oktober 1937–September 1938), Baden-Baden 1950.
Band III: Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939, Baden-Baden 1951.
Band XII/2: Die Kriegsjahre (6. April bis 22. Juni 1941), Göttingen 1969.
- ADENAUER, Briefe 1949–1951 Adenauer. Briefe 1949–1951, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985.
- ADENAUER, Briefe 1953–1955 Adenauer. Briefe 1953–1955, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1995.
- ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
- AdG 1948/49 Keesing's Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, XVIII. und XIX. Jahrgang, 1948 und 1949, Essen o. J.
- AD-HOC-VERSAMMLUNG Ad-Hoc-Versammlung, beauftragt mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Aussprache. Wörtlicher Bericht über den Verlauf der Sitzungen, September 1952–März 1953, Straßburg o. J.
- AMTSBLATT DER AHK Amtsblatt der Hohen Alliierten Kommission in Deutschland, Nr. 1–126, Bonn-Petersberg bzw. Bonn-Mehlem 1949–1955.

- AMTSBLATT DES FRANZÖSISCHEN OBER-KOMMANDOS IN DEUTSCHLAND Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland, Nr. 1–305, Baden-Baden 1945–1949.
- AMTSBLATT DES KONTROLLRATS Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 1–19, Berlin 1945–1948.
- AMTSBLATT DES SAARLANDES Amtsblatt des Saarlandes, hrsg. vom Informationsamt (Amtsblattstelle) der Regierung des Saarlandes, Saarbrücken 1947 ff.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin 1954. Band IV: Verträge und Abkommen vom 7. Oktober 1949 bis 30. Juni 1956, Berlin 1957.
- AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS 1953–1957 Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages, Sitzungsprotokolle 1953–1957, hrsg. im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bearbeitet von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 2002.
- BADISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT 1933 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1933, Karlsruhe 1933.
- BDFD I Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949 bis 1963, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand. Band 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BDFD II Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949 bis 1963, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand. Band 2: Wirtschaft, bearbeitet von Andreas Wilkens, München 1997.
- BEMÜHUNGEN I Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch Gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, vierte erweiterte Auflage, Bonn 1953.
- BEMÜHUNGEN II Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch Gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. Neue Folge, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955.
- BEZIEHUNGEN ZUM HEILIGEN STUHL Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Heiligen Stuhl 1949–1966. Aus den Vatikanakten des Auswärtigen Amts. Eine Do-

-
- BLANKENHORN, Verständnis
kumentation, hrsg. von Michael F. Feldkamp, Köln/Weimar/Wien 2000.
Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.
- BRÜNING, Memoiren
Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
- BT ANLAGEN
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BUNDESANZEIGER
Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT
Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1934
Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1934, Wien 1934.
- BUNDES RAT. DRUCKSACHEN
Verhandlungen des Bundesrates, Drucksachen, Bonn 1949 ff.
- BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND CHINA
Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995. Politik–Wirtschaft–Wissenschaft–Kultur. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, bearbeitet von Tim Trampedach, Berlin 1995.
- BUNDESTAGSAUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG
Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss zur Mitberatung des EVG-Vertrages. Juli bis Dezember 1952, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben und bearbeitet von Hans-Erich Volkmann unter Mitarbeit von Rüdiger Bergien, Kai Uwe Bormann, Cynthia Flohr, Kai Lehmann und Martin Meier, Düsseldorf 2006.
- BUNDESVERSAMMLUNGEN
Die Bundesversammlungen 1949–1979. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bonn 1984.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS
Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich, Edvard Hambro und Anne Patricia Simons, 3. Auflage, New York/London 1969.
- CHURCHILL, Post-War Speeches
The Collected Works of Sir Winston Churchill. Centenary Edition. Band XXVIII: Post-War Speeches, Teilband 1: The Sinews of Peace. Europe Unite, London 1975.

- CONGRESSIONAL RECORD United States of America Congressional Record. Proceedings and Debates of the 82d Congress, Second Session, Band 98, Teil 7 (June 28, 1952, to July 7, 1952), Washington D. C. 1952.
Proceedings and Debates of the 83d Congress, First Session, Band 99, Teil 6 (June 23, 1953, to July 11, 1953), Washington D. C. 1953.
Proceedings and Debates of the 83d Congress, Second Session, Band 100, Teil 9 (July 22, 1954, to July 29, 1954), Washington D. C. 1954.
- CONSOLIDATED TREATY SERIES The Consolidated Treaty Series, hrsg. von Clive Parry. Band 62: 1812–1813, New York 1969; Band 195: 1904, New York 1980.
- CONSTITUTIONS OF NATIONS Constitutions of Nations, hrsg. von Amos Peaslee. Band II: France to Poland, und Band III: Portugal to Yugoslavia, Concord (Massachusetts) 1950.
- COUNCIL OF EUROPE, CONSULTATIVE ASSEMBLY 1952, TEXTS Council of Europe, Consultative Assembly. Fourth Ordinary Session. Texts Adopted by the Assembly, Straßburg 1952.
- COUNCIL OF EUROPE, CONSULTATIVE ASSEMBLY 1953, TEXTS Council of Europe, Consultative Assembly. Fifth Ordinary Session. Texts Adopted by the Assembly, Straßburg 1953.
- COUNCIL OF EUROPE, CONSULTATIVE ASSEMBLY 1954, DEBATES Council of Europe, Consultative Assembly. Sixth Ordinary Session. Official Report of Debates, 6 Bände, Straßburg 1954.
- COUNCIL OF EUROPE, CONSULTATIVE ASSEMBLY 1954, DOCUMENTS Council of Europe, Consultative Assembly, Sixth Ordinary Session. Documents, Working Papers, 6 Bände, Straßburg 1954.
- COUNCIL OF EUROPE, CONSULTATIVE ASSEMBLY 1954, TEXTS Council of Europe, Consultative Assembly. Sixth Ordinary Session. Texts Adopted by the Assembly, Straßburg 1954.
- COUNCIL OF EUROPE, MINISTERS, DOCUMENTS 1954 Council of Europe, Documents of the Committee of Ministers 1954, Straßburg 1954.
- COUNCIL OF EUROPE, MINISTERS, RESOLUTIONS 1952 Council of Europe, Resolutions (1952) of the Committee of Ministers, Straßburg 1953.
- DBPO I/II Documents on British Policy Overseas, hrsg. von Roger Bullen und M. E. Pelly, Serie I, Band II: Conferences and Conversations 1945: London, Washington and Moscow, London 1985.
- DDF 1954 Documents Diplomatiques Français, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères. 1954 (21 juillet–31 décembre), Paris 1987.
- DDF 1954, ANNEXES Documents Diplomatiques Français, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères. 1954, Annexes (21 juillet–31 décembre), Paris 1987.

- DDF 1955 Documents Diplomatiques Français, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères. 1955, Band I (1er janvier–30 juin), Paris 1987.
- DDI I Documenti Diplomatici Italiani 1939–1943, Band VII (24 aprile–11 dicembre 1941), Rom 1987.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, hrsg. vom Department of State, Washington D. C. 1940 ff.
- DEUTSCHES ROTES KREUZ UND KRIEGSGEFANGENENPROBLEM Das Deutsche Rote Kreuz, Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem. Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion (1952–1955). Dokumentation und Kommentar, hrsg. von Dieter Riesenberger, Bremen 1994.
- DEUTSCHES VERMÖGEN IM AUSLAND, Bd. 1 Deutsches Vermögen im Ausland. Internationale Vereinbarungen und ausländische Gesetzgebung, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, bearbeitet von Otto Böhmer, Konrad Duden und Hermann Janssen, Köln o. J.
- DEUTSCHES VERMÖGEN IM AUSLAND, Bd. 3 Deutsches Vermögen im Ausland. Internationale Vereinbarungen und ausländische Gesetzgebung, 3. Band (Ergänzungsband zu Bd. 1 und 2), hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, bearbeitet von Otto Böhmer, Köln o. J.
- DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Teil I: Politik, Band 1, hrsg. von Rolf Vogel, München/New York/London/Paris 1987.
- DEUTSCHLAND UND CHINA 1937–1949 Deutschland und China 1937 bis 1949. Politik–Militär–Wirtschaft–Kultur. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, bearbeitet von Wolfram Adolphi und Peter Merker, Berlin 1998.
- DOCUMENTI DELL'ITALIA. FALLIMENTO DELLA CED Documenti sulla Politica Internazionale dell'Italia, Serie A: Europa Occidentale e Unione Europea. Il fallimento della CED e della CPE: dalla riunione di Baden-Baden alla conferenza di Bruxelles (25 giugno 1953–31 agosto 1954), Rom 2020.
- DOCUMENTS ISRAEL 1952 Documents on the Foreign Policy of Israel. Band 7: 1952, hrsg. von Yehoshua Freundlich, Companion Volume, Jerusalem 1992.
- DOCUMENTS ON AMERICAN FOREIGN RELATIONS Documents on American Foreign Relations, Band VI (July 1943–June 1944), hrsg. von Leland M. Goodrich und Marie J. Carroll, Boston 1945.
- DOCUMENTS ON CANADIAN EXTERNAL RELATIONS Documents relatifs aux relations extérieures du Canada/Documents on Canadian external

- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959
Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Band I: 1945–1956, Washington D. C. 1960.
- DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1953
Documents on International Affairs 1953, hrsg. von Denise Folliot, London/New York/Toronto 1956.
- DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1954
Documents on International Affairs 1954, hrsg. von Denise Folliot, London/New York/Toronto 1957.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Band I: 1943–1959, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1960.
- DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND
Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mit einer Einführung hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE
Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.
- DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE
Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, hrsg. von Ernst Rudolf Huber. Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, 3. neubearbeitete und vermehrte Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978. Band 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900, 3. neubearbeitete Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1986.
- DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK DER SOWJETUNION
Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Band II: Vom IV. Parteitag der SED (30.3.–6.4.1954) bis zur Überreichung des zweiten sowjetischen Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland (10.1.1959), Berlin 1963.
- DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK
Dokumente zur Europäischen Sicherheitspolitik 1948–1963, hrsg. von Ralph Dietl, Stuttgart 2009.
- DROIT INTERNATIONAL
Droit International et Histoire Diplomatique, hrsg. von Claude-Albert Colliard, 2. Auflage, Paris 1959.
- DzD II/1
Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die
- XC

- Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Giesela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- DzD II/2 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 7. September bis 31. Dezember 1949, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hoffmann, München 1996.
- DzD II/3 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hoffmann und Carsten Tessmer, München 1997.
- DzD II/4 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 4: Die Außenministerkonferenzen von Brüssel, London und Paris 8. August bis 25. Oktober 1954, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, München 2003.
- ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESGERICHTSHOFES, STRAFSACHEN Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes und der Bundesanwaltschaft, 5. Band, Berlin/Köln 1954.
- ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1952ff.
- ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichts, Band 1, Berlin 1955.
- EUROPA. DOKUMENTE Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bände 1 und 2, Bonn 1962.
- EUROPA-ARCHIV Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik, Frankfurt am Main 1946ff.
- FALL BERIJA Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU, Juli 1953. Stenographischer Bericht, hrsg. und aus dem Russischen übersetzt von Viktor Knoll und Lothar Kölm, Berlin 1991.

- FRUS 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Band II: General: Political and Economic Matters. Washington D. C. 1967.
- FRUS 1947 Foreign Relations of the United States 1947, Band II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington D. C. 1972.
- FRUS 1950 Foreign Relations of the United States 1950. Band III: Western Europe, Washington D. C. 1977.
- FRUS 1951 Foreign Relations of the United States, 1951. Band III: European Security and the German Question, 2 Teilbände, Washington D. C. 1981.
- FRUS 1952–1954 Foreign Relations of the United States, 1952–1954. Bände I bis XVI, Washington D. C. 1979–1989. Band: Iran 1951–1954 (Second Edition), Washington D. C. 2018.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1949 ff.
- GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN 1952 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 6. Jahrgang, 1952, hrsg. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1952.
- GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR DEN FREISTAAT BAYERN 1925 Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern 1925. München 1925.
- HANSARD, COMMONS The Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series, Session 1951–52, Band 504, London 1952; Session 1953–54. Bände 520–533, London 1953–1955.
- ICJ YEARBOOK International Court of Justice. Yearbook 1946–1947, hrsg. von E. Hambro, Leyden o. J.
- JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLÉE NATIONALE Journal Officiel de la République Française. Débats parlementaires, Assemblée Nationale, Compte rendu in extenso des séances, questions écrites et réponses des ministres à ces questions, Paris 1947 ff.
- JOURNAL OFFICIEL, DÉBATS PARLEMENTAIRES 1940 Journal Officiel de la République Française. Débats parlementaires, Compte rendu in extenso des séances du Sénat et de la Chambre des députés, questions écrites et réponses des ministres à ces questions, Paris bzw. o. O. 1940.
- JOURNAL OFFICIEL, CONSEIL DE LA RÉPUBLIQUE Journal Officiel de la République Française. Débats parlementaires, Conseil de la République, Compte rendu in extenso des séances, questions écrites et réponses des ministres à ces questions, Année 1954, Paris 1954.
- JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DECRETS Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets. Arrêtés, Circulaires, Avis,

- Communications, Informations et Annonces, Année 1952, Paris 1952.
- JOURNEY TO AMERICA Journey To America. Collected Speeches, Statements, Press, Radio and TV Interviews by Dr. Konrad Adenauer, Chancellor, Federal Republic of Germany, During His Visit to The United States and Canada, April 6–18, 1953, Washington D. C. o. J.
- KABINETTSAUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT 1954–1955 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Kabinettsausschuß für Wirtschaft. Band 2: 1954–1955, bearbeitet von Michael Hollmann, München 2000.
- KABINETTSAUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT 1958–1961 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Kabinettsausschuß für Wirtschaft. Band 4: 1958–1961, bearbeitet von Uta Rössel, München 2008.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1952 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 5: 1952, bearbeitet von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1953 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 6: 1953, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1954 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 7: 1954, bearbeitet von Ursula Hüllbüsch und Thomas Trumpp, Boppard am Rhein 1993.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1955 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 8: 1955, bearbeitet von Michael Hollmann und Kai von Jena, Boppard am Rhein 1997.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1959 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 12: 1959, bearbeitet von Josef Henke und Uta Rössel, München 2002.
- KENNAN, Memoirs 1925–1950 George F. Kennan, Memoirs 1925–1950, Boston/Toronto 1967.
- LA DOCUMENTATION FRANÇAISE La Documentation Française. Articles et documents, Paris 1954.
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
- LANDESRECHT IN BADEN-WÜRTTEMBERG Das neue Landesrecht in Baden-Württemberg. Eine Sammlung der seit dem 25. April 1952 erlassenen Gesetze, Rechtsverordnungen sowie wichtiger Verwaltungsvorschriften mit Einführungen, Anmerkungen und rechtsverbindenden Hinweisen. Band 1: Verfassung und Organisation, hrsg. von Max Fetzer und Joseph H. Kaiser unter Mitarbeit von Karl Köbler, Stuttgart 1956.
- L'ANNÉE POLITIQUE 1953 L'Année Politique 1953. Revue chronologique des principaux faits politiques, diplomatiques,

- économiques et sociaux de la France et de l'Union Française du 1er janvier 1953 au 1er janvier 1954, hrsg. von André Siegfried, Édouard Bonnefous und Jean-Baptiste Duroselle, Paris 1954.
- LAWS OF THE STATE OF ISRAEL
Laws of the State of Israel. Band 4: 5710–1949/50. From 22nd Cheshvan, 5710–14.11.49 to 27th AV, 5710–10.8.50. Authorised Translation from the Hebrew, prepared at the Ministry of Justice, o. O., o. J.
- LENZ, Zentrum
Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearbeitet von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.
- MENDÈS FRANCE, Oeuvres
Pierre Mendès France, Œuvres complètes, Band III: Gouverner c'est choisir 1954–1955, Paris 1986.
- MOLOTOW, Deutschland
W. M. Molotow, Deutschland wird vereint werden! Ansprachen des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anlässlich des 5. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 5., 6. und 7. Oktober 1954, Berlin o. J.
- MONITEUR BELGE
Moniteur Belge/Belgisch Staatsblad, Année 1953/Jaargang 1953, Brüssel 1953.
- NATO FINAL COMMUNIQUES
Texts of Final Communiqués 1949–1974, issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- ÖSTERREICHISCHES RECHT
Österreichisches Recht. Textausgabe österreichischer Gesetze, Verordnungen und Erlässe in einem Band. Fünfte, erweiterte Auflage, hrsg. von Gottfried Andreas und Erwin Guttenfeld, Wien 1952.
- OST-PROBLEME 1953
Ost-Probleme, hrsg. von der Press Division, HICOG, bzw. von der Information Division, HICOG, Bad Godesberg bzw. Mehlem 1953.
- PARTEISTATUT DER KPdSU
Georg Brunner, Das Parteistatut der KPdSU 1903–1961, Köln 1965.
- PFLIEDERER, POLITIK
Karl Georg Pfeleiderer, Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956, Stuttgart 1961.
- PREUSSISCHE GESETZESSAMMLUNG 1869
Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1869, Berlin 1869.
- PREUSSISCHE GESETZESSAMMLUNG 1929
Preußische Gesetzessammlung 1929, hrsg. vom Preussischen Staatsministerium, Berlin 1929.
- XCIV

- PROTOKOLL DES IV. PARTEITAGES Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitag-
es der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-
lands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-
Seelenbinder-Halle zu Berlin, 2 Bände, Berlin
1954.
- PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1953 Public Papers of the Presidents of the United
States. Dwight D. Eisenhower, Containing the
Public Messages, Speeches, and Statements of
the President, January 20 to December 31,
1953, Washington D. C. 1960.
- PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1954 Public Papers of the Presidents of the United
States. Dwight D. Eisenhower, Containing the
Public Messages, Speeches, and Statements
of the President, January 1 to December 31,
1954, Washington D. C. 1960.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1949 Public Papers of the Presidents of the United
States. Harry S. Truman, Containing the Pub-
lic Messages, Speeches, and Statements of the
President, January 1 to December 31, 1949,
Washington D. C. 1964.
- PUBLICATIONS DE LA COUR PERMANENTE
DE JUSTICE INTERNATIONALE Publications de la Cour Permanente de Jus-
tice Internationale, Série C: Plaidoiries, expo-
sés oraux et documents, 25. Session, Band 58:
Affaire des zones franches de la Haute-Savoie
et du Pays de Gex, Leyden 1932.
- RAPPORTS MENSUELS Les Rapports Mensuels d'André François-Pon-
cet, Haut-Commissaire français en Allemagne,
1949–1955. Les débuts de la République Fé-
dérale d'Allemagne, hrsg. von Hans Manfred
Bock, Band II: 1952–1955, Paris 1996.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. (seit 1913) im Reichs-
amte des Innern bzw. (seit 1919) vom Reichs-
ministerium des Innern, Berlin 1871 ff.
- REICHSGESETZBLATT FÜR DIE IM
REICHSRATE VERTRETENEN Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate ver-
tretenen Königreiche und Länder 1917, Wien
1917.
- SPAAK, Memoiren Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europä-
ers, Hamburg 1969.
- STRAFGESETZBUCH Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen und Ver-
ordnungen, hrsg. von Otto Schwarz unter Mit-
wirkung von Günther Schwarz, 16. Auflage,
München/Berlin 1953.
- STRAFPROZESSORDNUNG Strafprozeßordnung. Gerichtsverfassungsges-
etz, Nebengesetze und ergänzende Bestim-
mungen, hrsg. von Otto Schwarz unter Mitwir-
kung von Günther Schwarz, 16. Auflage, Mün-
chen/Berlin 1953.
- THE BULLETIN The Bulletin. A weekly survey of German af-
fairs, hrsg. vom Presse- und Informations-
amt der Bundesregierung, Band 2: 1954, Bonn
1954.

- TIMM, Hammer Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.
- TREATY SERIES 1948 Treaty Series No. 26 (1948): Treaty of Alliance between His Majesty in respect of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and His Majesty the King of the Hashimite Kingdom of Transjordan (with Exchanges of Letters), London o. J.
- UN GENERAL ASSEMBLY,
9TH SESSION, PLENARY MEETINGS United Nations. Official Records of the General Assembly. Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 21 September–17 December 1954, New York 1954/55.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
SERIE I United Nations Resolutions. Serie I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
SERIE II United Nations Resolutions. Serie II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
- UNITED STATES. STATUTES AT LARGE
1951 United States. Statutes at Large, containing the laws and concurrent resolutions enacted during the first session of the Eighty-Second Congress of the United States of America 1951 and reorganization plan, amendment to the constitution, and proclamations. Band 65, Washington D. C. 1952.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- U.S. TREATIES United States Treaties and Other International Agreements, hrsg. im Auftrag des Secretary of State. Band 5, Teil 1 und Teil 3 (1954), Washington D. C. 1955 bzw. 1956.
- VIERERKONFERENZ Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin o. J.
- WRITINGS OF GEORGE WASHINGTON Writings of George Washington, hrsg. von Lawrence B. Evans, New York/London 1908.

Abkürzungsverzeichnis

AA/A.A.	Auswärtiges Amt	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen		
Abt./Abtlg.	Abteilung	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
a. D.	außer Dienst	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst		
AGSEC	Allied General Secretariat, Allied High Commission for Germany	BPA	Bundespresseamt/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
AHK	Alliierte Hohe Kommission für Deutschland	BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
Anl./Anlg.	Anlage(n)	BR/BRD	Bundesrepublik Deutschland
ANSA	Agenzia Nazionale Stampa Associata	brit.	britisch
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Security Treaty	BVerfGE	Bundesverfassungsgericht Entscheidungen
B/Ber./Br. Nr.	Bericht Nummer	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
BBC	British Broadcasting Corporation	C.E.D.	Communauté Européenne de Défense
BdL	Bank deutscher Länder	Chi-Brief	Chiffrier-Brief
BEG	Bundesentschädigungsgesetz	CIA	Central Intelligence Agency
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten	C-M	Council of Ministers
BK	Bundeskanzler	COCOM	Coordinating Committee for East West Trade Policy
BM	Bundesminister/ium	CSU	Christlich-Soziale Union
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen	CVP	Christliche Volkspartei
BMG	Bundesminister/ium für gesamtdeutsche Fragen	D	(Ministerial-)Direktor
BMI	Bundesminister/ium des Innern	DDR	Deutsche Demokratische Republik
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz	DFB	Deutscher Fußballbund
		Dg	(Ministerial-)Dirigent
		DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

Abkürzungsverzeichnis

DM/D-Mark	Deutsche Mark	GR (I)	Gesandtschaftsrat (I. Klasse)
DP	Deutsche Partei		
dpa	Deutsche Presseagentur	H-	Hydrogen-/Wasserstoff-
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	HIAG	Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS
ds. Js.	dieses Jahres		
d(s). Mts.	dieses Monats	HICOG	High Commission for Germany
ECE	Economic Commission for Europe	i. G.	im Generalstab
ECOSOC	Economic and Social Council	ILO	International Labor Organization
EDC	European Defence Community	IMF	International Monetary Fund
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	JEIA	Joint Export-Import Agency
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	Ju	Junkers
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
ERP	European Recovery Program	Kgl. Schwed.	Königlich Schwedisch
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	Kol.	Kolonien
EZU	Europäische Zahlungsunion	Kontr. Nr.	Kontroll-Nummer
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	KP	Kommunistische Partei
FBI	Federal Bureau of Investigation	KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
FDP	Freie Demokratische Partei	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
FIFA	Fédération Internationale de Football Association	LS	Legationssekretär
FO	Foreign Office	M.	Monsieur
Frhr.	Freiherr	MB	Ministerbüro
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	MBD	Ministerialbürodirektor
GB	Gesamtdeutscher Block	MD	Ministerialdirektor
g/geh.	geheim	MdB	Mitglied des Bundestages
GG	Grundgesetz	MDg/Mdg(t)	Ministerialdirigent
		Min.	Minister(ial-)
		MM.	Messieurs
		MP	Ministerpräsident
		M.P.	Member of Parliament
		MR	Ministerialrat

XCVIII

MRP	Mouvement Républicain Populaire	SKK	Sowjetische Kontroll- kommission
NATO	North Atlantic Treaty Organization	sKr.	Schwedische Kronen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Oberreg. Obs.	Oberregierungs- Observer	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation	SPS	Sozialdemokratische Partei des Saarlandes
ORR	Oberregierungsrat	SS	Schutzstaffel
ÖVP	Österreichische Volkspartei	SSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik
PSG	Paris Steering Group	StS/St.S.	Staatssekretär
Ref.	Referat	SU	Sowjetunion
Reg.Dir.	Regierungsdirektor	TAC	Technical Assistance Committee
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor	Tgb.	Tagebuch
RK	Rotes Kreuz	TSI	Treuhandstelle für den Interzonenhandel
RL	Referatsleiter	UA	Unterabteilung
RM	Reichsmark	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SA	Sturmabteilung	UKW	Ultrakurzwellen
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	UN	United Nations
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SBZD	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands	UNO	United Nations Organization
SD	Sicherheitsdienst	UP	United Press
SEATO	Southeast-Asia Treaty Organization	upi	United Press International
SED	Sozialistische Einheits- partei Deutschlands	US/U.S.	United States
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière	USA	United States of America
sfrs.	Schweizer Franken	VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	VE	Verrechnungseinheit(en)
		V-Leute	Verbindungs-/Vertrauens- Leute

Abkürzungsverzeichnis

VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)	VS	Verschußsache
v. Mts.	vorigen Monats	WEU	Westeuropäische Union
VN	Vereinte Nationen	z. Wv.	zur Wiederverwendung
VO	Verordnung	ZAK	Zentrale Ausfuhr-Kontrolle
		ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Botschaftsrat Schlitter, London, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1****4. Januar 1954¹****Aufgabe: 5. Januar 1954, 00.40 Uhr****Ankunft: 5. Januar 1954, 07.20 Uhr**

Bei einem längeren Gespräch sagte mir heute Sir Frank Roberts erneut, daß erfreulicherweise zwischen Bonn und London grundsätzliche Übereinstimmung in allen Fragen betreffend Berliner Konferenz² bestehe. Insbesondere aufzählte er: EVG, freie Wahlen, Gesamtdeutsche Regierung, Friedensvertrag, Sicherheitsfrage. Die Russen verfügten über hohes Maß Sicherheit, nicht nur dank militärischer Stärke, sondern auch durch geographische Lage Satellitenstaaten und DDR. Für Großbritannien sei entsprechendes Maß militärischer Sicherheit bisher nicht gegeben. Die EVG sei wesentlicher und unersetzlicher Bestandteil britischen Sicherheitssystems. Man wolle sich auf keinen Fall durch Berliner Konferenz von EVG abbringen lassen. Auf meinen Hinweis auf Churchills Erwähnung sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses in Rede vom 17. Dezember³ erwiderte Frank Roberts, daß man an irgendwelche Konzessionen an Sowjets in dieser Richtung nur dann denken könne, wenn eigene militärische Sicherheit der Westmächte gewachsen sei. Im übrigen sei sowjetischem Sicherheitsbedürfnis durch englisch-sowjetischen und französisch-sowjetischen Vertrag von 1947⁴ ja schon Rechnung getragen. Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers über Sicherheitsfrage werden britischerseits erteilt.

Freie Wahlen und Bildung repräsentativer gesamtdeutscher Regierung seien unerlässliche Voraussetzungen für Friedensverhandlungen. Frank Roberts wiederholte das mir bereits am 30.12. Gesagte: Westliche Vorschläge über Wahlen und Bildung gesamtdeutscher Regierung müßten klar und präzise wie auch in

¹ Hat Staatssekretär Hallstein am 5. Januar 1954 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

Hat Adenauer am 10. Januar 1954 vorgelegen.

² Mit Note vom 15. Juli 1953 schlugen die Drei Mächte der UdSSR ein Treffen der Außenminister der Vier Mächte zunächst für Ende September 1953 vor. Im Mittelpunkt des weiteren Notenwechsels standen die Themen für eine Tagesordnung und insbesondere die Priorität der Deutschland-Frage sowie Überlegungen zu deren Lösung. Vgl. dazu AAPD 1953, II, besonders Dok. 232, Dok. 246, Dok. 247, Dok. 281, Dok. 316, Dok. 382 und Dok. 383.

Mit Noten vom 26. Dezember 1953 bzw. vom 1. und 4. Januar 1954 wurde festgelegt, daß die Konferenz am 25. Januar 1954 in Berlin beginnen sollte. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, Bd. 1, S. 6308 f.

³ Premierminister Churchill bekräftigte am 17. Dezember 1953 im britischen Unterhaus seine Aussage vom 11. Mai 1953, „that the Soviet Union is entitled to assurances against aggression after what she suffered at Hitler's hands“. Er hoffe, daß die bevorstehende Berliner Außenministerkonferenz der UdSSR ein Gefühl der Sicherheit vermitteln könne, das auf anderen Fakten beruhe als „mere force“. Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 522, Sp. 582.

⁴ So in der Vorlage.

Großbritannien und die UdSSR unterzeichneten am 26. Mai 1942 einen Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Für den Wortlaut vgl. DzD I/3, S. 384–386. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 1044 f.

Am 10. Dezember 1944 wurde in Moskau ein Bündnisvertrag zwischen der Provisorischen Regierung der Französischen Republik und der UdSSR abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. DROIT INTERNATIONAL, S. 610–612. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 1046.

Praxis schnell durchführbar sein.⁵ Die entsprechenden Verhandlungen mit Bundesregierung würden demnächst in Bonn aufgenommen.⁶ Für die nächsten Wochen sei wesentlich, daß Übereinstimmung zwischen Westmächten und Bundesregierung nicht in Zweifel gezogen werden könne.

Fortfahrend erklärte Frank Roberts, daß britische öffentliche Meinung die Londoner Politik billige, dagegen werde man kein Verständnis dafür haben, wenn Vereinigte Staaten sich aus Gründen des Zeitdrucks, unter dem sie wegen Haushaltsfragen stünden, vorzeitig von Berlin zurückzögen. Man wolle hier der Berliner Konferenz wirklich faire Chance geben⁷, um zu sehen, ob Sowjets überhaupt ernsthaft bereit seien, irgendwelche Konzessionen zu machen. Dies bedeute aber wiederum nicht, daß sich die Berliner Konferenz endlos hinziehen dürfe.

[gez.] Schlitter

B 2-VS, Bd. 17A (Büro Staatssekretär)

2

Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck

Geheim!

5. Januar 1954

Ich machte heute Mr. Dowling einen Besuch. Dieser brachte das Gespräch bald auf die Viererkonferenz.¹ Im Laufe der Unterhaltung äußerte er folgende Ansichten:

Er glaubt, daß die Konferenz über eine Diskussion über die Tagesordnung hinausgehen und sich auch materiell mit der Deutschlandfrage befassen wird.² Die Russen könnten sich vor der Weltöffentlichkeit nicht leisten, die Konferenz abzubrechen, ohne über Deutschland verhandelt zu haben. Sie würden es den Westmächten wahrscheinlich nicht leichtmachen, da ihre Politik den Westmächten gegenüber in letzter Zeit konzilianter und deshalb gefährlicher gewor-

⁵ Zu dem Gespräch vgl. den Drahtbericht Nr. 487 des Botschaftsrats Schlitter, London, vom 30. Dezember 1953; B 10 (Abteilung 2), Bd. 363.

⁶ Der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, Conant, übermittelte Bundeskanzler Adenauer am 11. November 1953 Vorschläge zur Frage der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und zur Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung, die am 16. Dezember 1953 in einem Gespräch mit der AHK erörtert und am selben Tag von der Bundesregierung mit eigenen Vorschlägen beantwortet wurden. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 344 und Dok. 366.

Zudem fanden vom 17. bis 20. Dezember 1953 Gespräche der zur Vorbereitung der Berliner Außenministerkonferenz eingesetzten Pariser Arbeitsgruppe der Drei Mächte mit dem Sonderbevollmächtigten für die Konferenz, Grewe, in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 368, Dok. 370 und Dok. 373.

Zu den weiteren vorbereitenden Gesprächen vgl. Dok. 7.

⁷ Der Passus „dagegen werde man ... faire Chance geben“ wurde von Staatssekretär Hallstein hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹ Die Berliner Außenministerkonferenz wurde am 25. Januar 1954 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 30, besonders Anm. 4.

² Vgl. dazu den am 15. Juli 1953 begonnenen Notenwechsel zwischen den Drei Mächten und der UdSSR; Dok. 1, Anm. 2.

den sei. Um die EVG zu torpedieren, würden sie möglicherweise bereit sein, die Ostzone zu opfern.

Ich stimmte dem zu und bemerkte, die schwierigste Situation würde wohl dann eintreten, wenn die Russen Wiedervereinigung, freie Wahlen und Räumung der Ostzone bieten würden gegen Verzicht auf EVG und Neutralisierung Deutschlands. – Dowling stimmte dem zu und fuhr fort, es wäre auch durchaus möglich, daß die Russen die EVG zu torpedieren suchten, ohne überhaupt von ihr zu reden. Sie brauchten nur vorzuschlagen, daß die Viermächte-Kontrolle wiederhergestellt wird, freie Wahlen abgehalten werden, eine gesamtdeutsche Regierung gebildet wird und daß dieser verhältnismäßig weitgehende Souveränitätsrechte übertragen werden. Dazu könnten sie vorschlagen, daß die Friedensverhandlungen nach sechs Monaten spätestens beginnen sollen. Diese Verhandlungen könnten sich jahrelang hinziehen. Wir hätten damit die österreichische Lösung. Könnte eine deutsche Regierung sie ablehnen? Ich gab ihm auf diese Frage keine Antwort.

Mr. Dowling gab ferner zu erkennen, daß er von Friedensverhandlungen nicht viel hielte. Deutschland könne die meisten in einen Friedensvertrag gehörenden Fragen auch ohne diesen lösen, nur nicht die Frage der Oder-Neiße-Linie³, über die eine Verständigung nicht möglich wäre. Je länger diese Frage in der Schwebe bliebe, um so günstiger könne dies für Deutschland sein.

Zur Haltung der österreichischen Regierung meinte Mr. Dowling folgendes: Die Österreicher hätten zwar bisher erklärt, daß sie sich auf keinen Souveränitätsverzicht einlassen würden. Aufgrund seiner Kenntnis der österreichischen Situation⁴ hielte er es jedoch für möglich, daß die österreichische Regierung, um den Staatsvertrag zu erreichen und die russische Besatzung loszuwerden, sich unter Umständen auch mit einer Neutralisierung abfinden würde. Um dies zu verhindern, könnten die westlichen Alliierten die Gegenforderung aufstellen, daß dann die Russen auch auf wirtschaftlichem Gebiet entsprechende Konsequenzen ziehen müßten, d. h. daß sie auf ihre Rechte an der österreichischen Donauschiffahrt, der Ölindustrie usw. verzichten müßten.

Herrn Botschafter Frhr. v. Maltzan vorgelegt.⁵

Welck

B 130, Bd. 4683A (Abteilung 3)

³ Die Bundesregierung bekräftigte in einer Erklärung vom 4. Oktober 1950: „Nach den Erklärungen der Alliierten vom 5. Juni 1945 hat Deutschland nicht aufgehört, als Staat nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 zu bestehen. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße ist demnach ein Teil Deutschlands.“ Das Gebiet sei den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 2. August 1945 entsprechend Polen zur vorläufigen Verwaltung übergeben worden „unter dem Vorbehalt, daß der Gebietsstand Deutschland nur durch einen Friedensvertrag geändert werden kann“. Vgl. DzD II/3, S. 351.

⁴ Walter C. Dowling war von 1949 bis 1953 Mitarbeiter der amerikanischen Hohen Kommission in Österreich, 1952/53 stellvertretender Hoher Kommissar.

⁵ Hat Botschafter Freiherr von Maltzan am 6. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn St.S. v[or]z[u]l[egen].“

Hat Staatssekretär Hallstein am 7. Januar 1954 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

Hat Adenauer am 10. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt sehr! F[ür] St.S. H[allstein] z[ur] R[ücksprache].“

Hat Hallstein am 11. Januar 1954 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dir[ektoren]Be[spr]echungl.“

3

Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls**Abt. II B – streng geheim****5. Januar 1954**Betr.: Teilweise Inkraftsetzung des EVG-Vertrages¹Es wird schwierig sein, den EVG-Vertrag in Abschnitten in Kraft zu setzen.²

I. Der Gedanke, die politischen und die militärischen Teile des Vertrages zu trennen und vorab nur die politischen wirksam werden zu lassen, ist nach der Struktur des Vertrages kaum durchzuführen. Politische und militärische Bestimmungen durchdringen sich. Der politische Gehalt des Vertrages besteht im wesentlichen gerade darin, die militärischen Hoheitsbefugnisse auf eine supranationale Gemeinschaft zu übertragen und von supranationalen Stellen verwalten zu lassen. Ein davon abzusondernder selbständiger politischer Gehalt läßt sich aus dem gegenwärtigen Vertragsaufbau nicht gewinnen.

Will man den Gedanken trotzdem durchführen, so müßte der gesamte Vertrag umgearbeitet und praktisch ein neuer Vertrag geschlossen werden.

II. Eher könnte man vielleicht daran denken, die Bestimmungen über die Einrichtung der Organe von den Bestimmungen über ihre Funktion zu trennen und, ähnlich wie das im Übergangsabkommen zum Montanvertrag³ geschehen ist, eine Anlaufzeit vorzuschalten, in der lediglich die Organe eingerichtet werden, aber praktisch noch nicht tätig sind.

Ein darauf gerichtetes Abkommen würde etwa folgenden Inhalt haben können:

- 1) Schon vor Inkrafttreten des Vertrages im übrigen werden die vorgesehenen Organe – oder die zentralen Organe – gebildet.
- 2) Diese Organe organisieren ihren inneren Geschäftsbetrieb. Sie nehmen unverzüglich die für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Studien auf

¹ Am 27. Mai 1952 wurde in Paris der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) mit Zusatzprotokollen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 342–420.

Am selben Tag wurde in Paris ein Vertrag unterzeichnet, in dem Großbritannien den EVG-Mitgliedstaaten für den Fall, daß sie Ziel eines Angriffs würden, militärische Unterstützung zusagte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 421–423.

² Zu dem vom französischen Hohen Kommissar François-Poncet gegenüber Bundeskanzler Adenauer ventilerten Gedanken „stufenweiser Verwirklichung EVG-Vertrag“ teilte Gesandter I. Klasse Ophüls, z. Z. Paris, am 8. Januar 1954 mit, François-Poncet habe dies „ohne Auftrag und vorherige Fühlungnahme mit Bidault und Quai d’Orsay getan“ und sich davon offenbar „in Unkenntnis der Tragweite aufrichtig Erleichterung der parlamentarischen Annahme in Frankreich erhofft“. Französische Befürworter des EVG-Vertrages lehnten die Idee jedoch ab, der französische NATO-Botschafter und Vorsitzende des EVG-Interimsausschusses „Alphand sehr heftig. Man könne stufenweise Verwirklichung ohne Änderung des Vertrages nicht durchführen. Wenn man aber nur ein Komma ändere, so sei das der erste Schritt zur sicheren Zerstörung des Ganzen. [...] Robert Schuman habe gesagt, es sei der Tod des europäischen Gedankens im französischen Parlament.“ Vgl. das Brieftelegramm; B 10 (Abteilung 2), Bd. 991.

Für einen Bericht über entsprechende Überlegungen in „den Kreisen der Bonner Koalitionsfraktionen“ vgl. den Artikel „Die Europa-Armee ‚in Etappen?‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Januar 1954, S. 3.

³ Für den Wortlaut des Abkommens über die Übergangsbestimmungen zum Vertrag vom 18. April 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 491–504.

(die jetzt z.T. vom Interimsausschuß⁴ vorgenommen werden). Insbesondere stellen sie die von Kommissariat und Ministerrat zu erlassenden Verordnungen und règlements soweit fertig, daß sie alsbald mit Inkrafttreten des Vertrages in Wirksamkeit gesetzt werden können.

3) Die Organe nehmen ferner diejenigen Aufgaben wahr, welche der Gemeinschaft nach dem Vertrag gegenüber der NATO und dritten Staaten obliegen (Verhandlungen über Außenhilfe, etc.).

4) Die übrigen Funktionen werden von den Organen erst aufgenommen, sobald der Vertrag im ganzen in Kraft getreten ist.

Ein derartiger Vorschlag könnte ostensibel damit begründet werden, daß es wünschenswert sei, den Organen eine Zeit zur Einarbeitung zu geben sowie auf supranationaler Ebene die später zu treffenden Maßnahmen vorzubereiten, die auf der Ebene der bloßen Verhandlungen im Interimsausschuß nicht genügend gefördert werden können.

Zu seiner Verwirklichung würde in jedem Fall ein ratifikationsbedürftiger Vertrag nötig sein.

III. Eine andere Lösung würde darin bestehen, lediglich die militärische Effektivität des Vertrages, insbesondere bezüglich Deutschlands, herabzusetzen.

Dies könnte vielleicht dadurch geschehen, daß die Regierungen übereinkämen, durch einstimmige Richtlinien (Art. 39, § 2⁵) und durch einstimmige Zustimmung zu entsprechenden Anordnungen des Kommissariats (vgl. Art. 10 des Militär-Protokolls⁶) sicherzustellen, daß die „Aufstellungszeit“ verlängert und insbesondere die Aufstellung der deutschen Kontingente zurückhaltend betrieben wird.

Die Formulierung im einzelnen wird Schwierigkeiten bieten.

Sie könnte jedoch wahrscheinlich nach der vom Juristenausschuß des Interimsausschusses und von II B vertretenen – allerdings nicht unbestrittenen – Auffassung durch bloßes Regierungsabkommen erfolgen.

IV. Allerdings bringt jede Abänderung des Vertrages starke Gefahren für seinen Fortbestand mit sich – um so stärker, je größer die Abänderung ist.

Die vertragliche Einigung beruhte auf einem Zusammentreffen glücklicher Umstände: dem nachwirkenden Schwung der Schumanplanzeit⁷, dem guten Willen

⁴ Während der Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Paris wurde am 8./9. April 1952 beschlossen, daß nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrags bis zu dessen Inkrafttreten ein Interimsausschuß die vorbereitenden Arbeiten fortsetzen sollte. Vgl. dazu AAPD 1952, Dok. 102.

Der Interimsausschuß der EVG-Konferenz in Paris nahm seine Tätigkeit am 24. Juni 1952 auf.

⁵ Nach Artikel 39 Paragraph 2 des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 konnte der Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft „Richtlinien für die Tätigkeit des Kommissariats erlassen“. Diese waren einstimmig zu beschließen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 354.

⁶ Gemäß Artikel 10 des Militärprotokolls zum EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 sollten die Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags aufgestellt sein. Ein Überschreiten dieser Frist war „nur mit einstimmiger Zustimmung des Rates“ möglich. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 384.

⁷ Am 7. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Schuman Bundeskanzler Adenauer in Anknüpfung an dessen in der Presse geäußerten Überlegungen zu einer Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion einer gemeinschaftlichen hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen

aller Beteiligten, vor allem aber der Bedrohung durch den koreanischen Konflikt.⁸ Unter der Einwirkung dieser Umstände haben sich die divergierenden Auffassungen zu einem Ganzen verschmolzen. Der Vertrag ist nunmehr trotz aller Verschiedenheit der Ausgangspunkte und trotz aller sachlichen Kompromisse ein Werk einheitlicher Konzeption und einheitlicher Konstruktion.

Nachträglich daran etwas zu flicken, wird schwer sein. Jeder Versuch dazu setzt die Wirksamkeit des Vertrages herab. Er wird von Außenstehenden leicht als der Beginn der Aufgabe der EVG überhaupt angesehen. Er bringt schwierige Verhandlungen mit sich. Auf der Gegenseite weckt er den Wunsch nach weiteren Konzessionen, die Neigung zu erpresserischer Zurückstellung der vollen Vertragsverwirklichung und die Versuchung, in etappenweisem Vollzug nicht die Verwirklichung des Vertrages, sondern seine Zerstörung herbeizuführen.⁹

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹⁰ vorgelegt.

Ophüls

B 130, Bd. 3399 A (Referat 211)

Fortsetzung Fußnote von Seite 7

europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen“. Vgl. ADENAUER, Briefe 1949–1951, S. 509. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 57 und Dok. 58.

Erste Verhandlungen über den Schuman-Plan, an denen neben der Bundesrepublik und Frankreich Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande vertreten waren, fanden vom 20. bis 22. Juni und am 3./4. Juli 1950 in Paris statt; die Arbeiten wurden dann in Ausschüssen weitergeführt und endeten mit dem Abschluß des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 18. April 1951. Vgl. dazu AAPD 1949/50, besonders Dok. 71–74 und Dok. 84.

Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

⁸ Am 25. Juni 1950 überschritten Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) die Demarkationslinie zur Republik Korea (Südkorea) und eroberten am 28. Juni 1950 die südkoreanische Hauptstadt Seoul. Nachdem Präsident Truman am 27. Juni 1950 die Unterstützung der südkoreanischen Truppen angekündigt und der UNO-Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Botschafters Malik Hilfeleistungen gebilligt hatte, griffen amerikanische Verbände in die Kampfhandlungen ein. Am 7. Juli 1950 wurden die von den USA und weiteren Staaten gebildeten UNO-Truppen amerikanischem Oberbefehl unterstellt. Vgl. dazu die Resolutionen Nr. 83 vom 27. Juni und Nr. 84 vom 7. Juli 1950; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. 2, S. 85 f.

⁹ Der französische militärische Chefdelegierte beim EVG-Interimsausschuß, de Larminat, bezeichnete den Vorschlag einer etappenweisen Inkraftsetzung des EVG-Vertrags am 15. Januar 1954 als „der persönlichen Initiative des Botschafters François-Poncet entsprungen [...]. Letzterer versuche in der besten Absicht jeden Weg, um die EVG zum Zuge zu bringen. Daß er dabei auch auf absurde Ideen komme, dürfe man nicht zu tragisch nehmen. Der Gedanke, das Kommissariat mit Verwaltung und Rüstung etwa in Kraft treten zu lassen und für die Aufstellung der Truppen einen späteren Zeitpunkt zu wählen, sei eine völlige Unmöglichkeit.“ Vgl. die Aufzeichnung des militärischen Chefdelegierten beim EVG-Interimsausschuß in Paris, Speidel, vom selben Tag; B 10 (Abteilung 2), Bd. 974.

Gesandter I. Klasse Ophüls vermerkte am 20. Januar 1954, daß es sich offenbar um einen „Versuchsballon“ gehandelt und die französische Regierung den Gedanken „endgültig fallengelassen“ habe. Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 978.

¹⁰ Hat Staatssekretär Hallstein vorgelegen.

4

Gesandter Kaumann, Bangkok, an das Auswärtige Amt

231-00/81 Ber.Nr. 14/54

7. Januar 1954¹

Betr.: Frankreich und Indochina

Die bevorstehende Außenministerkonferenz in Berlin², auf der Frankreichs Haltung vielleicht nicht unwesentlich von seinem Schicksal in Indochina beeinflusst werden wird, die zahlreichen neuerlichen Vorgänge in Indochina und die eigenen Beobachtungen und Betrachtungen von hier aus geben Anlaß zu der folgenden Studie darüber, ob und wie das indochinesische Problem in einem für Frankreich und die übrige freie Welt befriedigenden Sinne überhaupt noch gelöst werden kann. Das Resultat solcher Überlegungen muß, wie vorausgeschickt sein mag, sehr problematisch ausfallen und dabei eine Opferbereitschaft Frankreichs unterstellen, die jeden politischen Egoismus und jedes nationale Prestigebedürfnis dranzugeben vermag.

Es sind nicht nur die militärischen Erfolge Ho Chi-minhs³, die Frankreich in die jetzt gegebene prekäre Lage versetzt haben. Viel mehr noch ist der allgemeine Verlust an Vertrauen seitens der Völker Indochinas dafür verantwortlich zu machen, daß eine Situation entstanden ist, die über das eigene Interesse Frankreichs hinaus die westliche – oder besser: antikommunistische – Welt aufs äußerste bedroht.

Zahlreich sind die Ursachen für diese umfassende und hochgetriebene Antipathie. Einige wenige mögen herausgegriffen werden:

Die weitverbreitete Korruption – besonders der Piaster-Skandal⁴ – hat die Achtung vor der Verwaltung der Franzosen schwinden lassen.

In ihrem Auftreten können sich die meisten Franzosen aus der kolonialen Epoche nicht lösen. Die Vietnamesen wollen mit keinem Franzosen mehr zu tun haben, der aus der Kolonialschule kommt. Es ist immer wieder zu beobach-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Rosen am 14. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Doppel: 1) Bundespräsidialamt, 2) H[errn] Ges[andten] von Herwarth (Protokoll), 3) Abt. IV, 4) Botschaft Paris, 5) [Botschaft] Washington.“ Außerdem verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Weiz, Gesandten I. Klasse a. D. Fischer und Gesandtschaftsrat Döring.

Hat Weiz am 18. Januar sowie Fischer und Döring am 19. Januar 1954 vorgelegen.

² Die Berliner Außenministerkonferenz wurde am 25. Januar 1954 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 30, besonders Anm. 4.

³ Botschafter Hausenstein, Paris, berichtete am 6. Januar 1954 über die jüngste Großoffensive der Vietminh, die „durch einen Vorstoß von der vietnamesischen Ostküste durch Laos bis an die Grenze von Thailand und durch weitere Vorstöße längs des die Grenze zwischen Thailand und Laos bildenden Flusses Mekong eine Aufspaltung Indochinas erreicht“ hätten: „Gleichzeitig verstärkt sich der Druck der Vietminh auf den von den Streitkräften der ‚Französischen Union‘ zur Festung ausgebauten Ort Dien Bien Phu im Westen des Tonking-Beckens.“ Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 1433.

⁴ Mit Wirkung vom 11. Mai 1953 wertete die französische Regierung den in Kambodscha, Laos und Vietnam gültigen Piaster von bisher 17 auf 10 Francs ab, da die Differenz zwischen dem Kurswert und der realen Kaufkraft zu Spekulation und Schwarzmarktgeschäften geführt hatte. Die vietnamesische und laotische Regierung protestierten gegen diesen Schritt ohne Konsultation, zu der Frankreich gemäß Abkommen vom 8. März 1949 verpflichtet gewesen wäre. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1953, S. 112.

ten, daß selbst hier auf dem neutralen Boden Bangkoks nicht einmal zwischen den beiderseitigen amtlichen Vertretungen ein vernünftiger Kontakt besteht.

Die französische Regierung hat, und das dürfte ausschlaggebend sein, es seit Kriegsende in der Hinauszögerung oder gar Nichterfüllung von versprochenen Zugeständnissen gegenüber den vietnamesischen Politikern so weit getrieben, daß man ihr nun die Glaubwürdigkeit abspricht.

Schließlich ist zu bedenken, daß der Krieg zum Teil mit unerhörter Härte und Rücksichtslosigkeit geführt wird, wie die Schilderungen der nach hier entflohenen Fremdenlegionäre zeigen. Daß auch die Vietminh nicht besser sind, steht fest; immerhin sind aber Vietnam- und Vietminh-Truppen Stammesbrüder, und Grausamkeiten, zu denen sie sich berechtigt glauben, billigen sie den Franzosen noch lange nicht zu.⁵

Zunächst zu untersuchen oder anzuerkennen, welche rechtlichen oder moralischen Ansprüche Frankreich aus seiner 80jährigen kolonialisatorischen Tätigkeit in Indochina zustehen mögen, ist heute so gut wie wertlos. Als die französische Regierung nach dem Ende des letzten Weltkrieges mit Ho Chi-minh verhandelte, haben derartige Argumente wohl noch Gehör gefunden; inzwischen haben sich die Verhältnisse aber so entwickelt, daß selbst die Freunde Frankreichs seine früheren Verdienste kaum mehr berücksichtigen können. Frankreich hat den Zeitpunkt verpaßt, in dem es seine Kolonie in einen Status überführen konnte, in dem sie freiwillig der Metropole in irgendeiner engen Form verbunden blieb. Inzwischen hat sich die Einstellung der von den Ereignissen in Indochina betroffenen Völker gegenüber Frankreich so festgefahren, daß selbst vernünftige Argumente wenig beachtet werden; die gefühlsmäßige Einstellung, die Forderung nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung – *coûte que coûte* – ist für die politische Wirklichkeit zum ausschlaggebenden Faktor geworden.

Besonders auffallend dabei ist, daß Frankreich innerhalb der von ihm selbst ins Leben gerufenen und von ihm protegierten Regierungen in Indochina immer mehr an Freunden verliert. Es ist immerhin erstaunlich, wie unverblümt die Vertreter der hiesigen Gesandtschaften Vietnams und auch Kambodschas gegenüber den Angehörigen der deutschen Gesandtschaft ihre Abneigung gegen das französische Regime zum Ausdruck bringen. Als mir neulich der vietnamesische Gesandte⁶ einen Besuch abstattete, redete er sich bei seiner Charakterisierung der französischen Haltung in immer größere Erregung hinein. Man hat das Vertrauen in die französische Aufrichtigkeit völlig verloren. Man hört immer wieder die zwar paradoxe, aber von echten Gefühlsaufwallungen bestimmte Ansicht, der vietnamesische Soldat wolle mit dem französischen Soldaten nicht mehr zusammen kämpfen, obgleich man ja im Kampfe gegen Ho Chi-minh auf die französischen Truppenkontingente – z. Zt. wenigstens – gar nicht verzichten kann.

Ähnlich ist die Einstellung der anderen südostasiatischen Völker. Die allgemeine Furcht vor den Vietminh ist auch in Thailand groß; trotzdem wünscht die Mehrzahl der Siamesen den Abzug der Franzosen aus Indochina, die man für die

⁵ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Rosen handschriftlich: „Es muß in der Familie bleiben.“

⁶ Nguyen Khoa Toan.

Wurzel des Übels hält. In Ländern, die selbst einmal unter Kolonialherrschaft gestanden haben und deren allgemeine politische Haltung im West-Ost-Konflikt unklar und schwankend ist, wie z. B. Indonesien, ist diese Abneigung natürlich noch ausgeprägter, wie die wiederholten Äußerungen des hiesigen indonesischen Gesandten⁷, über die bereits berichtet worden ist, zeigen.

Die Vereinigten Staaten, auf deren Haltung es vor allem ankommt, haben ihr ursprüngliches – aus ihrer antikolonialen Grundhaltung herrührendes – Mißtrauen gegen Frankreichs Rolle in Indochina in den letzten Monaten vor der Erkenntnis der Notwendigkeit der französischen Mitwirkung am Kampf gegen den vordringenden Kommunismus weitgehend zurückstellen müssen; ehrliche Sympathien hat Frankreichs Einsatz in Indochina bei den Amerikanern aber auch wohl heute noch nicht gefunden, wozu nicht wenig beiträgt, daß die französischen Behörden in Saigon und anderen Zentralen die amerikanischen Vertreter immer noch als zwar notwendige, aber im Grunde genommen nicht gern gesehene Eindringlinge ansehen und sie sich selbst immer noch als die ausschließlichen Herren des Landes anerkannt sehen wollen.

Angesichts der Kriegslage und dieser wachsenden inneren Widerstände würde es verständlich sein, mit vielen Franzosen in der Heimat zu fragen, ob nicht ein Rückzug kurzerhand aus dem blutigen und kostspieligen Unternehmen die ultima ratio sei. Handelte es sich nur um irgendein Kolonialgebiet oder nur um Macht, Ansehen und Reichtum Frankreichs, könnte man sich dabei beruhigen und die Franzosen ihren eigenen Entschlüssen überlassen. Über diesen Zustand ist die Entwicklung längst hinweggeschritten. Schadenfreude darüber zu empfinden, daß den Franzosen nun die Rechnung für eine verfehlte, einsichtslose und korrumpierte Politik präsentiert wird, wäre töricht; die radikale Lösung des Abzugs der Franzosen ist als wahrhaft unmöglich zu betrachten, wenn anders man den Kommunismus nicht einen entscheidenden Sieg in Asien heimbringen lassen wollte. Jede Widerstandskraft der nicht-kommunistischen Teile Indochinas würde erlahmen; die von Frankreich eingesetzten Regierungen, die trotz aller Abneigung gegen das französische Militär einen Anspruch darauf zu haben glauben, daß sie unter Frankreichs Schutz das begonnene Werk zu Ende führen, daß Frankreich kämpft, bis sie mit eigenen Truppen sich verteidigen können, würden sich verraten fühlen, und sie würden alle ohne Ausnahme eine leichte Beute der Vietminh werden. Wie sollten auch die Vereinigten Staaten ein solches Ende ertragen können, nachdem sie ihre politische und militärische Strategie in Asien weitgehend auf der Erhaltung bzw. Wiedergewinnung Indochinas aufgebaut haben und ein zweiter UN-Krieg nach dem Muster von Korea⁸ sich von selbst verbietet!

Eine schon mehr als genug erörterte Kompromißlösung käme auf das gleiche hinaus. Falls Ho Chi-minh ein Teil Vietnams (etwa Tonkin und das nördliche Annam, also die wichtigsten Gebiete) bis zu einer Demarkationslinie überlassen wird, wird dieser sich über kurz oder lang auch der anderen Teile Vietnams zu

⁷ Bandoro Pangeran Harjo Bintoro.

⁸ Zum Krieg in Korea vgl. Dok. 3, Anm. 8.

Am 27. Juli 1953 wurden in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen und ein ergänzendes Abkommen über die Kriegsgefangenen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 29 (1953), S. 132–140.

bemächtigen versuchen und Erfolg haben. Falls über das ungeteilte Schicksal des ganzen Landes eine Volksabstimmung entscheidet, wird unter den gegenwärtigen Umständen vermutlich Ho Chi-minh siegen.

Den Krieg in der bisherigen Form weiterzuführen ist ebensowenig eine Lösung, da darin überhaupt kein Ende abzusehen ist. Der z.T. entschlossene Einsatz der Franzosen in den letzten Monaten hat zwar entscheidende Vorteile der Vietminh verhindert, aber auch gezeigt, daß eine Vernichtung der Vietminh mit diesen Mitteln nicht zu erzielen ist.

Wenn nicht ganz andere Konstellationen auf der politischen Bühne entstehen sollten, bleibt mit zwingender Logik nur eine Möglichkeit: den Krieg mit wesentlich größerem Aufwand und Einsatz seitens Frankreich fortzuführen, bis genügend einheimische Kräfte zur Ablösung zur Verfügung stehen, und gleichzeitig auf politischem Gebiet Indochina (vor allem Vietnam) völlige Unabhängigkeit einzuräumen, damit endlich das Vertrauen und das Ansehen derjenigen Vietnamesen wiederhergestellt wird, die bereit sind, mit Frankreich zu gehen, und dem unter dem Schlagwort „Unabhängigkeit des Landes“ kämpfenden Gegner der Wind aus den Segeln genommen wird. Not tun jetzt, wie der vietnamesische Gesandte sich ausdrückte, endlich radikale und sichtbare Maßnahmen auf politischem Gebiet, da alle Halbheiten nicht mehr überzeugen.

Bei Betrachtung der heute noch gegebenen militärischen Lage in Indochina, die das Ergebnis zahlloser Niederlagen und Rückzüge der Franzosen ist, könnte nun eine solche Lösung als Utopie betrachtet werden, und sie wird ja auch in Frankreich weitgehend abgelehnt. Daß ihr aber auch unter den Franzosen einsichtige und entschlossene Männer zuneigen, zeigt nicht nur das Beispiel Navarres, dessen Plan⁹ ihren Kern schon enthält, sondern auch die neuerdings im Gegensatz zu früheren Unklarheiten sich schärfer abzeichnende Haltung Dejeans, der mit seiner entschiedenen Ablehnung des Friedensangebots Ho Chi-minhs¹⁰ eine wünschenswerte Klärung der Geister herbeiführen könnte, nachdem schon MacDonald in Singapur jede andere als die radikale militärische

⁹ Am 17. Juli 1953 gab Botschaftsrat von Walther, Paris, Äußerungen des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte in Indochina, Navarre, vor dem Verein der diplomatischen Presse in Paris über „die Grundzüge des sogenannten Navarre-Planes“ wieder. Dieser sehe vor, baldmöglichst „nationale Armeen der assoziierten Staaten aufzustellen und sie an der operativen Leitung des Krieges teilnehmen zu lassen. Parallel zur militärischen Mobilmachung der assoziierten Staaten sollen Verhandlungen laufen mit dem Ziel, diesen Staaten vermehrte Unabhängigkeit zu gewähren, ohne jedoch ihre Zugehörigkeit zur Union Française anzutasten. Waffen – auch schwere Waffen – und Ausrüstungen für die aufzustellenden Eingeborenenkontingente sollen die Vereinigten Staaten liefern.“ Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 96.

Zu den strategischen Überlegungen von Navarre vgl. auch FRUS 1952–1954, XIII/1, besonders Dok. 360, Dok. 384 und Dok. 451, S. 704–706, S. 743–746, und S. 876 f.

¹⁰ Botschafter Hausenstein, Paris, resümierte am 2. Dezember 1953 ein „Interview Ho Chi-minhs mit der schwedischen Zeitung „Expressen“ vom 29. November 1953, das in Frankreich „ungewöhnliches Aufsehen erregt“ habe. Ho Chi-minh habe Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Indochina signalisiert und ausgeführt, die „Möglichkeiten eines Waffenstillstandes seien gegeben, sobald die französische Regierung die Feinseligkeiten einstelle und eine echte Unabhängigkeit Vietnams zu respektieren bereit sei“. Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 96.

Zur Reaktion des französischen Generalkommissars in Indochina, Dejean, zitierte Hausenstein am 9. Dezember 1953 aus dessen Erklärung in Saigon: „La paix que nous voulons c'est la paix dans la liberté. Une telle paix exclut le despotisme intérieur aussi bien que l'intégration dans un système international d'asservissement à un impérialisme étranger“. Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 96.

Lösung als Selbstmord bezeichnet und damit die unzweideutigen Ansichten einflußreicher amerikanischer Politiker sich zu eigen gemacht hatte.¹¹

Es würde einen außerordentlichen und heroischen Entschluß für die Franzosen bedeuten, wenn dieser Weg beschritten werden sollte. Nichts mehr und nichts weniger zeichnet sich für die Franzosen ab: noch größere Opfer an Blut und Geld, ohne für sich selbst unmittelbar eine Ernte zu sehen.

So oder so ist ihre Herrschaft in Indochina zu Ende. Das äußerste, was sie erreichen können, ist eine lose Tuchfühlung mit Indochina in einer Union, die auf schwachen Füßen stehen und immer in Gefahr sein wird, bei geringstem Anlaß von den selbständigkeitstrunkenen Mitgliedern gesprengt zu werden. Bis auch nur dieses magere Resultat erzielt werden kann, muß Frankreich eine enorme militärische und wirtschaftliche Belastung ertragen, die alle noch so großzügige materielle Hilfe ihrer Alliierten nicht ausgleichen kann und die Stellung Frankreichs in Europa aufs empfindlichste schwächen muß.

Ob sich die französische Regierung, die Nationalversammlung und das Volk zu diesem echten Opfer, das implicite einen Zweck höherer Ordnung als das nationale Interesse anerkennt, aufschwingen können, ist also die entscheidende Frage. Daß sich gegebenenfalls Frankreich die ihm notwendigerweise zufallende Rolle als Vorkämpfer des Westens in Südostasien aufwiegen lassen würde, ist zu erwarten, und zwar nicht nur mit verstärkter materieller Hilfe, sondern mit Konzessionen, die die mit Übernahme dieser Aufgabe verbundene wirtschaftliche, militärische und politische Schwächung des Landes in etwa heilen können. Es ist wohl selbstverständlich, daß vor der Berliner Konferenz im Kreise der drei Westmächte diese schwerwiegenden Fragen besprochen werden, womit auch Rückwirkungen auf das Problem Deutschland zwangsläufig gegeben sein dürften.

Kaumann

B 11 (Abteilung 3), Bd. 1433

¹¹ Gesandter Kaumann, Bangkok, berichtete am 18. Dezember 1953 über ein Gespräch mit dem britischen Generalkommissar für Südostasien. MacDonald habe geäußert, „daß das gefährliche Angebot Ho Chi-minhs auf keinen Fall die Anstrengungen Frankreichs und Vietnams wie auch der westlichen Verbündeten Frankreichs lähmen dürfte“, und sich „schroff und uneingeschränkt“ für eine Fortsetzung des Krieges ausgesprochen: „Er ist sicher, daß in ein bis zwei Jahren mit dem Erstarken der vietnamesischen Streitkräfte und mit der Fortsetzung der Waffenhilfe, insbesondere von den Vereinigten Staaten, eine positive militärische Lösung kommen werde“. Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 96.

5

Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer**Geheim****11. Januar 1954¹**

Niederschrift über die Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Ollenhauer am Montag, den 11. Januar 1954, 11.30 Uhr

In der heutigen Besprechung mit Herrn Ollenhauer habe ich ihm eine Schilderung gegeben über die Situation, wie sie in Amerika besteht (Kongreß), in Großbritannien, das das Zustandekommen des EVG-Vertrages als wesentlich für seine eigene Sicherheit betrachtet, und die labilen Verhältnisse in Frankreich. Immerhin könne man in Frankreich mit einer Mehrheit von etwa 30–40 Stimmen rechnen, wobei 2/3 der sozialistischen Stimmen in die zustimmende Mehrheit eingerechnet sei.² Ich habe ihm weiter die Verhältnisse in der Sowjetunion geschildert, und zwar politisch: Kampf zwischen der kommunistischen Partei und der Roten Armee, bei dem zur Zeit die Rote Armee die Führung hat, so daß sie sicher auch einen Einfluß auf die Konferenz ausüben wird. Ich habe ihm gesagt, daß nach meiner Auffassung der plötzliche Kurswechsel Sowjetrußlands hinsichtlich des Zustandekommens der Viererkonferenz³ nur zurückzuführen sei auf die Absicht Sowjetrußlands, die Behandlung und die Zustimmung zum EVG-Vertrag im französischen Parlament unmöglich zu machen. Ich hielt es für ausgeschlossen, daß Sowjetrußland zu einer Lösung der deutschen Frage für sich allein bereit sein würde, die deutsche Frage würde nur gelöst werden in einer für uns zufriedenstellenden Weise, wenn eine allgemeine Entspannung eintrete. Hierzu könnten vielleicht die Verhandlungen über die Atomwaffe⁴ führen. Wir könnten nicht die Verhandlungen im Bundestag über den Initiativgesetzentwurf⁵ vertagen⁶, weil darin eine Ermutigung für Sowjetrußland und eine Schwächung der Position der drei Westmächte liege.

¹ Durchdruck.

² Zum Zahlenverhältnis der Befürworter und Gegner der EVG in der französischen Nationalversammlung vgl. die Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Frank, Paris, über sein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 12. Dezember 1953; AAPD 1953, II, Dok. 363.

³ Zum Notenwechsel der Drei Mächte mit der UdSSR vom 15. Mai 1953 bis 4. Januar 1954 über eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁴ Zur Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Fragen im Zusammenhang mit der atomaren Rüstung vgl. Dok. 16, besonders Anm. 2.

⁵ Vor dem Hintergrund einer bereits vor Unterzeichnung des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten sowie des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 einsetzenden Debatte über die Frage der Vereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949, in die wiederholt das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet wurde, brachten die Fraktionen der CDU/CSU, GB/BHE und der DP sowie die Fraktion der FDP am 4. Dezember 1953 gesonderte Anträge für den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes ein, mit dem die Wehrhoheit des Bundes festgeschrieben und u. a. in Artikel 73 die Zuständigkeit der Bundesregierung für die Verteidigung einschließlich der Einführung einer Wehrpflicht verankert werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 26, Drucksache Nr. 124 bzw. Nr. 125.

Die Bundesregierung sah für den Fall der Verabschiedung eines solchen Gesetzes die verfassungsrechtliche Streitfrage als erledigt an, so daß damit auch einer Ratifizierung der von Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedeten Gesetze zu den Verträgen vom 26. und 27. Mai 1952 nichts mehr

Herr Ollenhauer erklärte, daß er im wesentlichen mit meiner Darstellung der politischen Lage übereinstimme, daß ihre politischen Ziele und unsere politischen Ziele identisch seien. Daß er absichtlich nicht auf den in einem Presse-kommuniqué des Presse- und Informationsamtes gemachten Vorwurf, daß die Sozialdemokraten sich von ihrer westlichen Politik lossagten⁷, eingegangen sei, weil sie nicht nötig hätten, nochmals zu versichern, daß sie zur westlichen Politik hielten. Sie fürchteten aber, daß eine Verhandlung im Bundestag im gegenwärtigen Augenblick die wenn auch geringen Aussichten der Viererkonferenz beeinträchtigen könnten dadurch, daß man den Russen die Möglichkeit gäbe zu sagen, „ihr seid ja doch entschlossen, das zu tun, was ihr wollt“. Auch nach seiner Meinung sei es sehr unwahrscheinlich, daß die Deutschlandfrage von den Russen in einer für uns befriedigenden Weise allein gelöst würde.

Schließlich kamen wir dahin überein, daß die Sozialdemokratie sich mit der Abgabe einer Erklärung im Bundestag begnügen werde, falls sich die Koalitionsparteien auch damit begnügen würden. Ich sagte ihm, daß ich heute nachmittag um 17 Uhr 30 eine Besprechung mit den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen haben würde⁸ und diese bitten würde, sich mit der Abgabe einer Erklärung zu begnügen, so daß der ganze Ablauf im Bundestag sehr schnell sein würde. Ich selbst wolle das Wort überhaupt nicht ergreifen. Dadurch liefere man den Russen nicht den Vorwand zu behaupten, daß es sich bei der Behandlung um eine Demonstration handele. Ich sagte ihm zu, daß ich ihn gegen 19 Uhr benachrichtigen würde, ob die Koalitionsfraktionen einverstanden seien mit einer solchen Behandlung der Anträge im Plenum.⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 14

im Wege stehen würde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Grolman vom 11. März 1954; B 130, Bd. 7032 A (Materialsammlung Blankenhorn).

- ⁶ In der Presse wurde über den Wunsch der SPD berichtet, die Bundestagsdebatte über die „Verankerung der Wehrhoheit im Grundgesetz“ zu verschieben. Der Sozialdemokratische Pressedienst habe Bundeskanzler Adenauer gar „der ‚Sabotage an der Berliner Konferenz‘“ beschuldigt, weil dieser die Debatte vor der Konferenzöffnung abhalten wolle und damit die Aussichten für erfolgreiche Verhandlungen von vornherein beeinträchtige. Als „Gegenschlag Adenauers auf diese Entgleisung“ sei daraufhin „die bereits gewährte Bitte Ollenhauers“ um Verschiebung der Debatte vom 14. auf den 23. Januar widerrufen worden. Vgl. den Artikel „Die Regierung Adenauer und die Berliner Konferenz“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 10. Januar 1954, Bl. 1.
- ⁷ Die Bundesregierung wandte sich am 7. Januar 1954 gegen den „unerhörte[n] Angriff“ auf Bundeskanzler Adenauer im Sozialdemokratischen Pressedienst vom Vortrag wegen dessen Beharrens auf der Behandlung des Initiativgesetzentwurfs zur Wehrhoheit im Bundestag vor der Eröffnung der Berliner Außenministerkonferenz am 25. Januar. Mit der Forderung auf Zurückstellung der Debatte bis zur Beendigung der Konferenz trete der SPD-Pressedienst der bislang auch von der SPD befürworteten „Politik des Anschlusses an die Westmächte entgegen“, und die vorgeschlagene Taktik „würde Deutschland mit allen sich daraus entwickelnden Konsequenzen völlig isolieren“. Vgl. BULLETIN 1954, S. 26.
- ⁸ Bundeskanzler Adenauer führte am 11. Januar 1954 ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden von Brentano (CDU/CSU), Dehler (FDP), von Merkatz (DP) und Haasler (GB/BHE) sowie dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Strauß. Außerdem wurde die Behandlung der Gesetzentwürfe zur Wehrhoheit in der Kabinettsitzung am 12. Januar 1954 angesprochen. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1954, S. 25–27.
- ⁹ Bei der Erörterung der Gesetzentwürfe zur Wehrhoheit gaben Vertreter der Fraktionen im Bundestag am 14. Januar 1954 kurze Erklärungen ab; auf eine Debatte wurde verzichtet. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 18, S. 243–245.

Ich habe Herrn Ollenhauer noch gesagt, daß der Bericht des „Dagens Nyheter“¹⁰ im heutigen Nachrichtenspiegel I im wesentlichen richtig sei, so daß ich ihm über die Konferenz weiter kaum etwas zu sagen brauchte.

[Adenauer]

B 2-VS, Bd. 17A (Büro Staatssekretär)*

6

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Allardt

416-A.331-17/32-1646/54

11. Januar 1954¹

Geheim!

Betr.: Persisches Öl

I. Am 7. ds. Mts. hatte ich in oben bezeichneter Angelegenheit mit dem Mitinhaber der Firma Coutinho, Caro & Co., dem britischen Staatsangehörigen Thomas, eine Besprechung. Herr Thomas bat mich, unter Bezugnahme auf die Besprechung zwischen MD Blankenhorn und Staatssekretär Nutting vom Oktober vergangenen Jahres, darauf hinzuwirken, daß auf amtlichem oder privatem deutschen Wege die englische Regierung davon in Kenntnis gesetzt werde, daß die Bundesregierung jederzeit bereit sei, zur Lösung des Ölkonflikts² beizutragen, und falls es sich um Aufbringung von Kapitalien handele, die dazu bestimmt seien, der persischen Regierung zu ermöglichen, die Raffinerien wieder in Gang zu setzen bzw. die A.I.O.C.³ zu entschädigen, auch gegebenenfalls das deutsche EZU-Guthaben⁴ heranziehen würde. Die Engländer warteten auf eine

¹⁰ Das Presse- und Informationsamt legte am 13. Januar 1954 eine Zusammenfassung des Artikels in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ vom 10. Januar vor, der unter der Überschrift „Die Pläne der Westmächte klar für die Berliner Konferenz“ stehe. Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 630.

* *Bereits veröffentlicht in: ADENAUER, Briefe 1953–1955, S. 69–71.*

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Allardt am 8. März 1954 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung „mit Vorg[ang]“ an Legationsrat I. Klasse z. Wv. Weber verfügte. Hat Weber vorgelegen.

² Am 29. April 1951 nahm das iranische Parlament ein Gesetz zur Nationalisierung der Erdölvorkommen an, das die Regierung zur Übernahme der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft aufforderte. Bemühungen des Internationalen Gerichtshofes, der USA und der Weltbank, den daraus resultierenden Konflikt zwischen Großbritannien und dem Iran beizulegen, blieben erfolglos. Nachdem der Iran am 22. Oktober 1952 die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abgebrochen hatte, wurde am 5. Dezember 1953 in London und Teheran bekanntgegeben, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Verhandlungen um die Beilegung des Ölkonfliktes vereinbart worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Relations with Persia“; THE TIMES vom 7. Dezember 1953, S. 8.

³ Anglo-Iranian Oil Company.

⁴ Nachdem die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik bereits 1951, ein Jahr nach der Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU), erstmals einen Überschuß ausgewiesen hatte, betrug der Rechnungsüberschuß im Dezember 1953 72,2 Mio. Dollar, der je zur Hälfte durch Gold- bzw. Dollarzahlungen der EZU an die Bundesrepublik und durch Kreditgewährung an die EZU ausgeglichen wurde.

solche Mitteilung, um die inzwischen erfolgte Fühlungnahme mit einer deutschen Interessengruppe beschleunigt weiterführen zu können.

Ich habe Herrn Thomas gesagt, daß mir in der persischen Ölfrage äußerste Behutsamkeit am Platze zu sein scheine. Die Engländer wüßten aus dem Munde von MD Blankenhorn und einigen Gesprächen mit Mdtg. van Scherpenberg, daß wir jederzeit bereit seien, unsere guten Dienste anzubieten, aber nicht die Absicht hätten, die schwierigen britisch-persischen Verhandlungen zur Liquidierung des Konflikts auszunutzen, indem wir uns gegen den englischen Wunsch etwa in die Verhandlungen einzuschalten versuchten. Wenn jetzt ein erneuter Vorstoß von uns käme, könnte sehr leicht bei den Engländern der Eindruck entstehen, daß wir die Zeit nicht abwarten könnten und daß dann das Gegenteil von dem erreicht werde, was beabsichtigt sei.

II. Am 9. ds.Mts. fand bei MD Dr. Reinhardt im BMW⁵ in Anwesenheit von Mdtg. van Scherpenberg und mir eine Besprechung mit Herrn Scharrenbroich, Herrn Dr. Zahn und Herrn Oberheid von der Firma Coutinho, Caro & Co. statt. Herr Scharrenbroich trug hierbei folgendes vor:

Die englische Regierung und die A.I.O.C., davon überzeugt, daß die alten Besitzverhältnisse in Persien nicht wiederherzustellen seien, hätten mit der persischen Regierung inzwischen versucht, eine Basis für die Öffnung der persischen Ölquellen und die Inbetriebnahme von Abadan zu finden. Hierbei habe sich vorläufig ergeben, daß die Perser – ähnlich wie die Iraker bei der I.P.C.⁶ – eine freie Quote beanspruchten, die zwischen 25 und 40% betrage, wobei die wesentliche Frage, ob es sich hierbei um Rohöl oder Ölprodukte handele, noch ungeklärt sei. Er sei nun der Meinung, daß hier für die deutsche Wirtschaft eine einmalige Chance sei, am internationalen „Öltisch“ Platz zu finden, und zwar in einer Weise, die die englischen Interessen nicht nur nicht behindere, sondern ihnen ebenso entgegenkomme wie den persischen, gleichzeitig aber einen Weg zeige, den in die persische Staatskasse einlaufenden Gegenwert des Öls vorzugsweise für den Einkauf auf dem deutschen Markt zu verwenden und das deutsche Guthaben bei der EZU abzubauen. Es solle also – schon um Querschüsse der großen Ölgesellschaften, die sich zur Zeit mit der A.I.O.C. über das weitere Procedere in Iran abstimmten, zu vermeiden – nicht am Öl, sondern an dessen Erlös, soweit er den Iranern zufließe, verdient werden.

Die Einschaltung der deutschen Wirtschaft würde nach diesem Plan so vor sich gehen, daß ein deutsch-schweizerisches Konsortium der iranischen Regierung aus den deutschen und schweizerischen Guthaben bei der EZU eine Anleihe gewähre, mit der sie sowohl die Ansprüche der A.I.O.C. abfinden wie auch das nötige Betriebskapital schaffen könne, um Abadan wieder in Gang zu setzen. Ein Teil dieser Anleihe, nämlich der für die Entschädigung der A.I.O.C. bestimmte, könne dem britischen EZU-Konto direkt gutgeschrieben werden.

Die Rückzahlung des Geldes erfolge aus der freien Ölquote der Perser, wobei es entsprechenden Vereinbarungen vorbehalten sei, einen Teil der Quote in natura

Fortsetzung Fußnote von Seite 16

Insgesamt erhöhten sich die Kredite der Bundesrepublik an die EZU damit auf 460,6 Mio. Dollar.
Vgl. dazu BULLETIN 1954, S. 88.

⁵ Bundeswirtschaftsministerium.

⁶ Iraq Petroleum Company.

in Anspruch zu nehmen oder aus ihrem Erlös die deutschen Bezüge aus Iran zu finanzieren. Außerdem sei es möglich, den Rahmenkreditvertrag der Firma Establech⁷ in dieses Vorhaben einzubeziehen. Entsprechende Vorverhandlungen mit Establech hätten bereits stattgefunden.⁸ Auf diesem Wege würde nicht nur ein Abbau des deutschen EZU-Saldos herbeigeführt, sondern die Iraner würden bei der Befriedigung ihres Investitionsbedarfs vorzugsweise auf den deutschen Markt verwiesen. Dieser Plan stelle vorerst nur eine grundsätzliche Konzeption dar und müsse ausgearbeitet werden. Voraussetzung hierfür sei aber eine deutsche Mitteilung an die englische Regierung, daß die Bundesregierung über den Plan orientiert sei, ihn billige und die von der deutschen Interessentengruppe mit der A.I.O.C. bereits aufgenommenen Verhandlungen die Unterstützung der Bundesregierung besäßen.

In der auf die Ausführungen von Herrn Scharrenbroich folgenden Diskussion wurden starke Zweifel hinsichtlich der technischen Durchführbarkeit dieses Plans laut. Zur Frage, wie weiter zu verfahren sei, erwiderte Mdgt. van Scherpenberg, es scheine ihm verfrüht, in dieser heiklen Frage an die Engländer erneut heranzutreten. Dies sei im übrigen auch deshalb nicht möglich, als der Plan in der vorgetragenen Form zunächst gründlich geprüft werden müsse und zumindest vorerst noch keine Basis für eine Erklärung gegenüber der englischen Regierung abgebe. Darüber hinaus sei das Auswärtige Amt der Ansicht, daß sorgfältigst vermieden werden müsse, den Engländern das deutsche Interesse an einer Einschaltung in die Ölfrage allzu deutlich zu machen. So sehr uns auch am persischen Markt gelegen sei, so wenig sei seitens der Bundesregierung beabsichtigt, ihn etwa mit einer englischen Verstimmung zu erkaufen. Dem Auswärtigen Amt lägen Informationen vor, nach denen die britische Seite von einer Einschaltung deutscher Kreise in die Ölverhandlungen durchaus nicht begeistert sei.

Ob es trotzdem und trotz der Gespräche, die MD Blankenhorn mit Herrn Nutting und er selbst mit Herrn Ardees⁹ geführt hätten, opportun sei, die Engländer anzusprechen und – falls ja – auf welchem Wege, bedürfe ebenfalls gründlicher Überlegungen.¹⁰ Er empfehle daher, die Besprechungen zu vertagen, und werde

⁷ Am 5. November 1953 teilte Gesandter Gielhammer, Teheran, mit, daß die iranische Behörde für den Siebenjahresplan ermächtigt sei, „mit der Firma Establech, Düsseldorf, über die Lieferung von deutschen Investitionsgütern im Wert von 60 Millionen Dollar zu verhandeln, ein Betrag, der bei gegenseitigem Einverständnis auf 200 Millionen Dollar erhöht werden kann“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1169; B 66 (Referat 416), Bd. 17.

⁸ Am 14. Januar 1954 legte Vortragender Legationsrat Allardt dar, ein Vertreter der Firma Establech Export GmbH habe ihm erklärt, „daß er die mehrfachen Versuche seines Freundes Scharrenbroich, den Establech-Vertrag mit dem Iranischen Sieben-Jahres-Plan in das von Herrn Scharrenbroich geplante Ölkreditabkommen einzubeziehen, entschieden abgelehnt habe“. Abgesehen davon, „daß die Beteiligten, nämlich die AIOC und die iranische Regierung, sich inzwischen auf einen anderen Vermittler, nämlich die Amerikaner, geeinigt hätten“, sei auch von „keiner Seite [...] der Wunsch ausgesprochen worden, daß Deutschland in dieser Frage eingeschaltet werden sollte“. Vgl. B 130, Bd. 4793 A (Referat 414/416).

⁹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent van Scherpenberg gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Drayson“.

¹⁰ Am 15. Januar 1954 vermerkte Ministerialdirigent van Scherpenberg, in einem Gespräch mit Botschafter Blankenhorn habe „völliges Einverständnis“ darüber bestanden, daß ein Engagement der Bundesregierung in der Frage des iranischen Öls zu vermeiden sei, „wenn die Gefahr besteht, dadurch auf englischer Seite eine politische Verstimmung hervorzurufen“. Vor allem sei „nach dem sehr negativ verlaufenen Gespräch von Herrn Blankenhorn mit Herrn Nutting [...] mit Sicherheit davon auszuge-

sie von sich aus wiederaufnehmen, sobald der amtliche deutsche Standpunkt hinreichend geklärt sei.¹¹

Herrn Mdgt. van Scherpenberg¹² vorgelegt.

Allardt¹³

B 130, Bd. 4793 A (Referat 414/416)

7

**Staatssekretär Hallstein an die Diplomatischen Vertretungen
in London, Paris und Washington**

202-202-03-7/54 geheim

11. Januar 1954¹

Betr.: Stand der Vorbereitungen der Viererkonferenz in Berlin

Bezug: Runderlaß vom 29. Dezember 1953 – 210-00 MB 419/53 geh.², Drahterlaß vom 9. Januar 1954³

Im Nachgang zu den vorgenannten Erlassen darf ich ergänzend mitteilen:

Der Meinungsaustausch zwischen der Bundesregierung und den Westalliierten über die Vorbereitung der Berliner Konferenz konzentriert sich gegenwärtig auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

hen, daß eine deutsche Einschaltung in die englisch-iranischen Ölbesprechungen zu einer ernsthaften Störung der deutsch-englischen Beziehungen führen könnte. Es bestehen außerdem auch keine Anhaltspunkte dafür, daß etwa die iranische Seite die deutsche Einschaltung wünscht.“ Vgl. B 130, Bd. 4793 A (Referat 414/416).

¹¹ Nach einem Telefonat mit dem Vertreter der Züricher Firma Durum AG, Scharrenbroich, notierte Ministerialdirigent van Scherpenberg am 15. Januar 1954, er habe diesem erklärt, daß die „von der Bundesregierung gewünschte Erklärung, nach der man an dem Zustandekommen des Scharrenbroich-Planes amtlich interessiert sei“, nicht abgegeben werden könne: „Eine solche Erklärung würde unter Umständen seitens der Engländer lediglich eine Ablehnung extrahieren und damit auch alle privaten Versuche, die Dinge zu fördern, zunichte machen.“ Vgl. B 130, Bd. 4793 A (Referat 414/416).

¹² Hat Ministerialdirigent van Scherpenberg vorgelegen.

¹³ Unterschrift vom 12. Januar 1954.

¹ Der Schrifterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Trützschler von Falkenstein kopiert, der Staatssekretär Hallstein am 11. Januar 1954 „weisungsgemäß die Reinschriften“ vorlegte und mitteilte: „Der Text des Erlasses ist mit Herrn Professor Grewe abgestimmt worden.“ Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 3189 (Abteilung 2).

² Staatssekretär Hallstein informierte die Auslandsvertretungen über die außenpolitischen Ereignisse seit August 1953, darunter die „Vorbereitung der Berliner Konferenz“ mit den Drei Mächten. Im Mittelpunkt stünden „1) Organisation freier Wahlen, 2) Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.“ Die Bundesregierung bemühe sich hier um größtmögliche Handlungsfreiheit, da nach den Wahlen zu einer Nationalversammlung vermieden werden müsse, „daß sich die Staatsorganisation der Bundesrepublik vorzeitig auflöst“. Wenn dies geschehe, „ohne daß der gesamtdeutsche Staat sofort in vollem Umfang in ihre Stellung eintreten kann, so gerät Deutschland in ein gefährliches außenpolitisches Vakuum. Die gegenseitigen europäischen Verpflichtungen, die Anlehnung an den Westen [...] dürfen nicht durch die staatliche Umorganisation in Deutschland für eine kritische Zeitspanne suspendiert werden oder womöglich erlöschen.“ Vgl. B 130, Bd. 3375 A (Referat 508/204).

³ Staatssekretär Hallstein übermittelte den Diplomatischen Vertretungen in London, Paris und Washington Informationen über die Vorbereitungen zur Berliner Außenministerkonferenz. Die von

die Diskussion der folgenden drei Dokumente, die von westallierter Seite am 4. Januar 1954 dem Herrn Bundeskanzler übergeben wurden:

- 1) Organisation gesamtdeutscher freier Wahlen,
- 2) Bericht über die Rechtsstellung einer gesamtdeutschen Regierung,
- 3) Antwort auf von Professor Grewe (während der Pariser Sachverständigenbesprechungen⁴) aufgeworfene Fragen.⁵

Diese Dokumente präzisieren die Stellungnahme der Drei Mächte, wobei eine Reihe von deutschen Anregungen berücksichtigt wurden, die von Professor Grewe während der Pariser Sachverständigenbesprechungen im Dezember vorgetragen worden sind.

Dokument 1 bringt als neuen Vorschlag die Bildung einer Arbeitsgruppe der Viermächtekonferenz, die – eine prinzipielle Einigung der Außenminister über die Wahlen vorausgesetzt – mit der Aufgabe betraut werden soll, innerhalb eines Monats die Einzelheiten des Wahlverfahrens, insbesondere des Wahlgesetzes, auszuarbeiten. Die Einsetzung einer solchen Arbeitsgruppe, deren Beschlüssen nach Auffassung der Bundesregierung unbedingt das Mehrheitsprinzip, nicht das Prinzip der Einstimmigkeit, zugrunde zu legen wäre⁶, soll verhindern, daß die Außenminister in zeitraubende Diskussionen über wahltechnische Fragen verstrickt werden.

Auch die Drei Mächte sehen als Grundlage für das Wahlgesetz den Bundestagsentwurf vom 6. Februar 1952⁷ vor, haben jedoch in Übereinstimmung mit den deutschen Vorschlägen als Rückzugsposition ein Wahlgesetz ins Auge gefaßt, das dem Weimarer Wahlgesetz von 1924⁸ weitgehend entsprechen würde. Die alliierten Vorschläge beschränken sich darauf, daß von den Sowjets nur fundamentale und unerläßliche Garantien der Wahlfreiheit gefordert werden sollen. Von deutscher Seite wird insbesondere auch auf die Rundfunkfreiheit Wert gelegt. Bezüglich der Befugnisse der Überwachungsorgane wird von alliierter Seite erklärt, daß es genüge, diesen Organen Überwachungs-, Beobachtungs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 19

den Drei Mächten am 4. Januar 1954 übergebenen Dokumente dazu zeigten „weitgehende Übernahme und Berücksichtigung deutscher Vorschläge“. Noch geprüft werde der Vorschlag der Bundesregierung zu einer „Volkskammerauflösung und Volkskammerneuwahl zusammen mit Nationalwahl. [...] Vorzüge dieses Vorschlags: rascher Sturz SED-Regimes nach den Wahlen, Bildung demokratischer Organe in Sowjetzone, Aufbau gesamtdeutscher Regierung im schrittweisen Zusammenwirken von Ost- und Westparlament. Auf diese Weise Kontrolle über Prozeß der Gesamtstaatsbildung.“ Vgl. Nachlaß Grewe, Bd. 28.

⁴ Vom 17. bis 20. Dezember 1953 fanden Gespräche der Pariser Arbeitsgruppe der Drei Mächte mit dem Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe, statt. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 368, Dok. 370 und Dok. 373.

⁵ Für eine deutsche Übersetzung der drei von der AHK am 4. Januar 1954 übergebenen Aufzeichnungen vgl. B 130, Bd. 3915 A (Abteilung 7).

⁶ Der Sonderbevollmächtigte für die Berliner Konferenz, Grewe, legte am 6. Januar 1954 in einer Analyse der drei von der AHK am 4. Januar übergebenen Aufzeichnungen dar, daß nach den Vorstellungen der Drei Mächte die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Wahlverfahrens nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden sollte, jedoch „das Prinzip der einstimmigen Entscheidung als Rückzugsposition ins Auge gefaßt“ sei. Vgl. B 130, Bd. 3914 A (Abteilung 7).

⁷ Für den Wortlaut des Wahlgesetzentwurfs des Bundestags vom 6. Februar 1952 vgl. BEMÜHUNGEN I, S. 71–74.

⁸ Für den Wortlaut des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 vgl. REICHSGESETZBLATT 1924, Teil I, S. 159–167.

und Berichterstattungsfunktionen zu übertragen, da es in erster Linie auf die Anwesenheit dieser Organe ankomme. Die von der Bundesregierung gewünschten Entscheidungs- und Sanktionsbefugnisse werden in dem alliierten Dokument lediglich als Forderung der Bundesregierung erwähnt.

Die Drei Mächte geben gegenwärtig neutralen Überwachungsorganen den Vorrang. Demgegenüber erwägt die Bundesregierung, ob nicht einer Viermächtekontrolle der Vorzug gegeben werden sollte. Eine solche Viermächtekontrolle ist unter anderem auch in den Sowjetnoten vom 10. April 1952 und vom 25. Mai 1952⁹ zur Diskussion gestellt worden und würde erheblich leichter zu realisieren sein, da die großen Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der notwendigen Definition des Begriffes „Neutraler Staat“ und dem Aufbau einer neutralen Kontrollorganisation zu erwarten sind, in diesem Fall vermieden würden. Außerdem dürfte das Auftreten uniformierter Angehöriger der drei Westmächte in der sowjetischen Besatzungszone eine günstige psychologische Wirkung haben (sowjetische Uniformen im Westen können in Kauf genommen werden).

Der beherrschende Gesichtspunkt in Dokument 2 ist der Wunsch, die Kontinuität der bisherigen Vertragspolitik unter allen Umständen zu sichern. Die Wiedervereinigungsmaßnahmen werden in der bekannten Reihenfolge vorgeschlagen:

Abhaltung freier Wahlen,

Bildung der verfassungsgebenden Versammlung,

Ausarbeitung der Verfassung,

baldige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

Da angenommen wird, daß bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eine gewisse Frist verstreicht, wird für diesen Zeitraum die Aufrechterhaltung der Bundesregierung und einer Sowjetzonenregierung für notwendig gehalten. Aus dem Dokument geht nicht hervor, an welche Art Sowjetzonenregierung dabei gedacht ist. Zu diesem Problem darf auf den vorgenannten Drahterlaß verwiesen werden, wonach das alliierte Dokument den deutschen Vorschlag, gleichzeitig mit der Wahl zur Nationalversammlung Neuwahlen zur Volkskammer vorzusehen¹⁰, nicht erwähnt. Die Pressemeldungen über eine angebliche alliierte Zurückweisung der deutschen Konzeption in dieser Frage¹¹ treffen daher nicht zu. Es ist beabsichtigt, in der Frage „Neuwahlen zur Volkskammer“ zu Beginn dieser Woche erneut Fühlung mit den westalliierten Stellen aufzunehmen, um eine grundsätzliche Übereinstimmung herbeizuführen.¹²

⁹ So in der Vorlage.

Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 9. April und 24. Mai 1952 an die Drei Mächte vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4866f. und S. 4985–4987.

¹⁰ Zu den hinter diesem Vorschlag stehenden Überlegungen vgl. AAPD 1953, II, Dok. 374.

¹¹ Am 7. Januar 1954 wurde gemeldet, daß die Drei Mächte an der Souveränität einer aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung und einer von ihr bestimmten Regierung festhielten. Sie hätten sich damit im „Konflikt über die Kompetenzen einer künftigen Nationalversammlung, der bis weit in die Reihen der Regierungsparteien reicht, [...] gegen den Bundeskanzler entschieden“. Dieser wolle bis zur Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung „die beiden Teilstaaten in West- und Mitteldeutschland bestehen [...] lassen, freilich mit der Maßgabe, daß außer den Wahlen zur Nationalversammlung auch Wahlen zu den (zur Zeit nicht existierenden) Ländern der Sowjetzone abgehalten werden“. Vgl. SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST vom 7. Januar 1954, S. 1f.

¹² Der Sonderbevollmächtigte für die Berliner Konferenz, Grewe, resümierte am 12. Januar 1954 ein Gespräch mit den Vertretern der AHK. Der Vorschlag der Bundesregierung zu Neuwahlen der

Die alliierten Vorschläge schließen sich dem deutschen Vorschlag an, daß die Nationalversammlung zur Bildung eines vorläufigen gesamtdeutschen Regierungsgremiums (authority) mit beschränkten Befugnissen ermächtigt werden soll. Über den Umfang dieser Befugnisse besteht noch keine volle Übereinstimmung zwischen den Drei Mächten und der Bundesregierung. Während die Drei Mächte davon ausgehen, daß das vorerwähnte Regierungsgremium ermächtigt werden kann, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen, soll diese Ermächtigung nach Auffassung der Bundesregierung nicht allein von einer Entscheidung der Nationalversammlung, sondern von einem übereinstimmenden Beschluß des westdeutschen und sowjetzonalen Parlaments abhängig gemacht werden. Auf diese Weise wird vermieden, daß die Nationalversammlung von den an Friedensverhandlungen interessierten Sowjets zu stark unter Druck in Richtung auf eine sofortige Aufnahme der Friedensverhandlungen – unter Umständen zu einem ungeeigneten Zeitpunkt – gesetzt wird.

Die Bildung der gesamtdeutschen Regierung ist nach dem alliierten Vorschlag vorgesehen, sobald die Verfassung von der Nationalversammlung angenommen und von den Vier Mächten gebilligt worden ist. Bei der Bundesregierung bestehen erhebliche Bedenken dagegen, daß die Annahme der Verfassung von einer Billigung der Vier Mächte abhängig gemacht wird. Diese Frage wird noch zu klären sein.

Die Nationalversammlung soll ferner die Entscheidung darüber treffen, wie lange Bundesregierung und Sowjetzonenregierung fortbestehen. Auch hier besteht noch eine gewisse Differenz zwischen der Auffassung der Drei Mächte und der Bundesregierung, da diese den Standpunkt vertritt, daß die Übertragung der Regierungs- und Gesetzgebungsbefugnisse an die Nationalversammlung von gemeinsamen Beschlüssen des Bundestages und der neu zu wählenden Volkskammer abhängig gemacht werden sollte. Der Vorteil dieser Lösung liegt darin, daß die Bundesregierung den Prozeß der Gesamtstaatsbildung unter Kontrolle hält und nicht von etwaigen Entscheidungen der Nationalversammlung überrascht werden kann, die unter Umständen das gesamte europäische Vertragssystem der Bundesrepublik in Frage stellen könnten.

Über die Befugnisse der Besatzungsmächte gegenüber Nationalversammlung, Gesamtregierung und Teilregierungen bestehen noch Unklarheiten. Dokument 2 sieht vor, daß die Vier Mächte bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ihre „bestehenden Befugnisse“ aufrechterhalten sollen. Es wird hier noch zu klären sein, ob unter diesen Befugnissen die Befugnisse nach dem Besatzungsstatut¹³

Fortsetzung Fußnote von Seite 21

Volkskammer begegne „nach wie vor starken Bedenken, besonders auf seiten aller Experten“. Vgl. B 130, Bd. 7045 A (Materialsammlung Blankenhorn).

Botschaftsrat Schlitter, London, berichtete am 18. Januar 1954, der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Roberts, habe ihm dazu erklärt, die Bedenken „seien hauptsächlich taktischer Natur, weil es sich hier um eine gewissermaßen zusätzliche Forderung nach Wahlen in einem Teilgebiet Deutschlands handele“. Dies bedeute eine „verhandlungstaktische Erschwerung“ gegenüber der UdSSR, und auch die öffentliche Meinung werde „diese Forderung als Komplizierung betrachten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 30; B 130, Bd. 3189 (Abteilung 2).

¹³ Für den Wortlaut des am 10. April 1949 von den Militärgouverneuren Clay (USA), Koenig (Frankreich) und Robertson (Großbritannien) übergebenen und am 12. Mai 1949 veröffentlichten Besatzungsstatuts vgl. DzD II/2, S. 338–344.

Für den Wortlaut der revidierten Fassung vom 6. März 1951 vgl. AMTSBLATT DER AHK, Nr. 49 vom 6. März 1951, S. 792–804.

bzw. dem Kontrollstatut der Sowjetzone¹⁴ gemeint sind. Dies würde eine abermalige langfristige Verlängerung des Besatzungsstatuts bedeuten, das eigentlich durch das Inkrafttreten des Deutschlandvertrages¹⁵ längst hätte erlöschen sollen. Auch nach Bildung der gesamtdeutschen Regierung behalten diese Vorschläge den Vier Mächten bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland gewisse Kontrollbefugnisse (mit Mehrheitsbeschluß) vor, die jedoch nicht weiter gehen sollen, als in den Bonner Verträgen gegenüber der Bundesrepublik vorgesehen. Diese Gedankengänge werfen verschiedene Probleme auf, die sorgfältiger Prüfung bedürfen.

Als letzte in Dokument 2 offengebliebene Frage bleibt zu klären, wer die Nationalversammlung ermächtigen kann, z. B. die provisorische Regierung zu Friedensverhandlungen zu autorisieren oder die Befugnisse der Teilregierungen auf die Gesamtregierung zu übertragen. Nach Auffassung der Bundesregierung gibt es nur eine Instanz, die diese Befugnisse der Nationalversammlung festlegen kann, nämlich die Vier Mächte in dem von ihnen zu erlassenden Wahlgesetz.

Der Inhalt von Dokument 3 ist praktisch durch die in den Dokumenten 1 und 2 enthaltenen Stellungnahmen der Westalliierten vorweggenommen.¹⁶

Über den Verlauf der bisherigen Besprechungen der Berliner Kommandanten¹⁷ haben alliierte Vertreter mündlich berichtet, daß sich insofern eine gewisse Annäherung des sowjetischen und westalliierten Standpunktes ergeben habe, als die Sowjets bzw. die Westalliierten nicht mehr einseitig darauf bestehen, die Außenministerkonferenz in der Berliner sowjetischen Botschaft bzw. im Kontrollratsgebäude stattfinden zu lassen. Die Westalliierten haben vorgeschlagen, von vier Sitzungen jeweils drei im Kontrollratsgebäude und eine in einem Gebäude des Ostsektors von Berlin stattfinden zu lassen, während die Sowjets darauf bestehen, daß die Sitzungen jeweils umschichtig in der sowjetischen Botschaft bzw. im Kontrollratsgebäude durchgeführt werden.

Hallstein

B 130, Bd. 3189 (Abteilung 2)

¹⁴ Referent Meissner legte am 7. Januar 1954 zur „Besatzungsrechtliche[n] Lage der SBZ“ dar: „Eine Abgrenzung der Befugnisse der sowjetischen Besatzungsmacht und der ‚DDR‘-Regierung besteht nicht, da ein Besatzungsstatut von sowjetischer Seite nicht erlassen worden ist.“ Bei der Umwandlung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) am 11. November 1949 seien die Verwaltungsfunktionen der SMAD der Provisorischen Regierung der DDR übertragen worden, während die SKK „Träger der obersten Gewalt“ geblieben sei, um die Kontrolle „über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen Deutschland betreffenden Viermächtebeschlüsse“ zu gewährleisten: „Die vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze und Verordnungen sind somit noch heute in der SBZ als geltendes Besatzungsrecht anzusehen, soweit sie nicht ausdrücklich abgeändert oder aufgehoben worden sind.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 362.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten mit Zusatzverträgen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 57–332.

¹⁶ Die Bundesregierung übermittelte den Drei Mächten am 18. Januar 1954 zwei Memoranden mit neuen Vorschlägen zu Zielen und Taktik für die Berliner Außenministerkonferenz und zur Organisation gesamtdeutscher Wahlen. Vgl. Dok. 17 und Dok. 18.

¹⁷ Die Stadtkommandanten der Drei Mächte in Berlin, Coleman (Großbritannien), Manceaux-Demiau (Frankreich) und Timberman (USA), führten seit dem 7. Januar 1954 Gespräche mit dem Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission, Dengin, über die Frage des Tagungsortes der für den 25. Januar 1954 anberaumten Außenministerkonferenz der Vier Mächte. Zu den ersten drei Gesprächen vgl. FRUS 1952–1954, VII/1, Dok. 327 und Dok. 330–332, S. 750 f. und S. 755–760.

Botschafter Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt

210-01-I Tgb.Nr. 116/54

11. Januar 1954¹

Betr.: Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea

Der erste Sekretär der koreanischen Gesandtschaft in Paris, Herr Jo Wun Suk, suchte gestern einen meiner Mitarbeiter auf, um das Thema der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea zu besprechen. Er erklärte, im Auftrag seines Gesandten² zu handeln, der mich persönlich in dieser Sache erst aufsuchen wolle, wenn feststehe, ob die Reaktion Bonns positiv sein werde.

Herr Jo Wun Suk erklärte, der koreanischen Regierung schwebten drei Alternativen vor: 1) die Einrichtung einer Handelsmission in der Bundesrepublik, vermutlich in Köln oder Düsseldorf; 2) die Errichtung eines Konsulates oder mehrerer Konsulate; 3) die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen, wobei zu erwägen wäre, ob die Missions-Chefs den Rang von Gesandten oder Botschaftern haben sollten. Am liebsten wäre der koreanischen Regierung die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen jedoch von deutscher Seite noch nicht gewünscht werden, so würde man besonderen Wert auf die Einrichtung einer Handelsmission legen; am wenigsten sei Korea zunächst an der Errichtung von Konsulaten interessiert.

Herr Jo Wun Suk erkundigte sich, ob auch andere Staaten mit der Bundesrepublik offizielle Beziehungen nicht-diplomatischen Charakters unterhielten, insbesondere, ob es auch Handelsvertretungen fremder Staaten in Deutschland gäbe. Mein Mitarbeiter, der sich im übrigen rein rezeptiv verhielt, wies auf das Beispiel Finnlands hin und erwähnte auch die etwas anders gelagerten Fälle von Israel und Österreich.³

Auf Befragen erklärte Herr Jo Wun Suk, daß Korea zur Zeit eine Botschaft in Washington und London, Gesandtschaften in Paris und Manila und eine Diplomatische Mission in Tokio unterhalte. Die Einrichtung einer Gesandtschaft oder Botschaft in Ottawa stehe unmittelbar bevor; die Errichtung einer Gesandtschaft oder Botschaft in Rom sei noch für dieses Jahr in Aussicht genommen. Der koreanischen Regierung wäre daran gelegen, noch vor der Errichtung einer Diplomatischen Vertretung in Rom eine offizielle Vertretung in der Bundesrepublik zu haben. Das koreanische Interesse an Deutschland erkläre sich aus

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Rosen am 15. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über D III an Abt[eilung] IV mit der Bitte um Stellungnahme (Doppel steht zur Verfügung).“

Hat Gesandtem I. Klasse Freiherr von Welck am 23. Januar 1954 vorgelegen.

Hat Regierungsdirektor Kiderlen am 28. Januar 1954 vorgelegen.

² Chyun Kyu Hong.

³ Österreich war in Bonn durch den Chef der Österreichischen Verbindungsstellen in der Bundesrepublik, Finnland durch eine Handelsvertretung mit Sitz in Köln vertreten, wo sich auch die Israel-Mission befand.

der Tatsache, daß beide Länder durch den eisernen Vorhang geteilt seien und daher sehr ähnliche politische Probleme hätten. Außerdem werde Korea nunmehr mit Unterstützung der Vereinigten Staaten ein großes Wiederaufbauprogramm in Angriff nehmen, wobei das deutsche Beispiel eine große Rolle spielen werde. Man hoffe insbesondere, einen großen Teil der zu erwartenden Aufträge für den koreanischen Wiederaufbau in Deutschland vergeben zu können.

Die Frage, ob seiner Ansicht nach der Waffenstillstand in Korea⁴ von Dauer sein werde, beantwortete Herr Jo Wun Suk bejahend. Beide Seiten seien des Kampfes müde und seien an einer Beruhigung der Verhältnisse interessiert. Man könne deshalb mit mehreren Jahren eines ungestörten Aufbaus in Korea rechnen. Auch gewisse extremistische Äußerungen südkoreanischer Persönlichkeiten sollten nicht allzusehr auf die Waagschale gelegt werden. Die koreanische Regierung in Seoul sei sich darüber klar, daß sie im Falle einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen nicht mehr auf die Unterstützung der Vereinten Nationen und der Amerikaner rechnen könne. Auf sich allein gestellt sei die Republik Korea zu schwach, um den Status quo zu ändern, da hinter dem nordkoreanischen Regime die ganze Macht Rot-Chinas stände.

3) Auf die Frage meines Mitarbeiters, ob er glaube, daß die Wiedervereinigung Koreas auf dem Verhandlungswege zu erreichen sei, zuckte Herr Jo Wun Suk die Achseln. Auf die weitere Frage, ob man sich dann wohl auf unbestimmte Zeit mit einem geteilten Korea werde abfinden müssen, erwiderte Herr Jo Wun Suk: „Man muß auf den dritten Weltkrieg⁵ warten.“

Hausenstein

B 11 (Abteilung 3), Bd. 348

⁴ Zum Waffenstillstand in Korea vom 27. Juli 1953 vgl. Dok. 4, Anm. 8.

⁵ Die Wörter „dritten Weltkrieg“ wurden von Regierungsdirektor Kiderlen unterschlägelt. Dazu Ausrufezeichen.

9

Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Ophüls**Abteilung 2/21****12. Januar 1954¹**

Sofort! Durch besonderen Boten.

Betr.: Deutscher Oberbefehlshaber der deutschen Kontingente in der Europa-Armee

I. Die Frage, wer der deutsche Oberbefehlshaber der deutschen Kontingente der Europa-Armee sein soll², kann nach dem EVG-Vertrag nicht gestellt werden. Denn der EVG-Vertrag kennt keinerlei nationalen Oberbefehl über Truppenkontingente.

II. Die unzutreffende Fragestellung beruht offenbar auf dem Mißverständnis, daß die EVG-Armee eine Art Koalitionsarmee sei, in welcher nationale Kontingente zusammengefaßt werden.

Der EVG-Vertrag hat aber gerade die Idee der Koalitionsarmee zugunsten einer integrierten Armee aufgegeben. Die Streitkräfte der EVG sind nicht nationale Streitkräfte in europäischer Zusammenfassung, sondern europäische Streitkräfte, die lediglich ihrer Herkunft nach national sind. Der Vertrag spricht daher nie von nationalen Kontingenten, sondern nur von Kontingenten nationaler Herkunft (Art. 68³).

Der Vertrag faßt diese Kontingente gleicher nationaler Herkunft auch nicht zu einer großen nationalen Einheit zusammen, sondern kennt Verbände gleicher nationaler Herkunft nur bis zur Größe der Division (Art. 68). Bereits die Armeekorps sind grundsätzlich national gemischt (Art. 68).

Der militärische Oberbefehl – ein entsprechend der Tradition der westlichen Demokratien wenig betonter Begriff – ist im Vertrag erschöpfend dahin geordnet, daß er im Frieden einheitlich beim Kommissariat unter Aufsicht von NATO (Art. 18 § 1), im Kriege einheitlich bei NATO (Art. 18 § 3) liegt.⁴ Alle europäischen Streitkräfte unterstehen ohne Einschaltung nationaler Stellen dieser einheitlichen Befehlsgewalt.

¹ Durchdruck für Staatssekretär Hallstein „mit Bezug auf die heutige fernmündliche Weisung“.

² Am 12. Januar 1954 brachte die FDP im Bundestag einen neuen Antrag für ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes ein. Als Artikel 59a sollte in das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 eingefügt werden: „Der Bundespräsident hat den Oberbefehl über die Wehrmacht des Bundes.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 27, Drucksache Nr. 171.

In der Kabinettsitzung am selben Tag rechtfertigte Vizekanzler und FDP-Vorsitzender Blücher den Antrag gegen Befürchtungen, daß die erstrebte Ergänzung des Grundgesetzes dadurch erschwert werde, und gegen den Einwand des Staatssekretärs Hallstein, daß „Mißhelligkeiten mit der Alliierten Oberkommission“ zu erwarten seien: Da es in der EVG keinen Oberbefehl gebe, werde der Antrag der FDP „den Verdacht erwecken, daß Deutschland schon jetzt neben der EVG eine Alternativlösung anstrebe“. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1954, S. 26 f.

³ Artikel 68 des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 regelte die Organisation und Verwaltung der Landstreitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 360.

⁴ In Artikel 18 des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 waren die Befugnisse und Pflichten des Oberbefehlshabers der europäischen Streitkräfte festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 349.

III. Nach dem Vertrag ist hiernach die Einrichtung eines nationalen Oberbefehls über die deutschen Kontingente unmöglich:

1) Die deutschen Kontingente sind ihrer Rechtsstellung nach in Wirklichkeit europäische Kontingente. Nur gegenüber der Gemeinschaft schulden sie Gehorsam (Militärprotokoll Art. 16 §2⁵). Nur gegenüber dieser werden sie bei ihrem Dienst Eintritt verpflichtet (Militärprotokoll Art. 17 §1⁶). Eine nationale Stelle kann ihnen ebensowenig Befehle erteilen, wie eine Regierungsstelle der Länder einem Bundesbeamten Befehle erteilen kann.

2) Ein nationaler Oberbefehl der deutschen Kontingente läßt sich auch organisatorisch schon deshalb nicht durchführen, weil keine einheitliche deutsche Truppenmacht zur Verfügung steht, sondern die Streitkräfte der Gemeinschaft oberhalb der Division national gemischt sind.

3) Die Einrichtung eines derartigen nationalen deutschen Oberbefehls wäre ein den Aufbau der gesamten Befehlsverhältnisse zerstörender Eingriff in die im Kommissariat und bei NATO gipfelnde Ordnung der Befehlsgewalt, die der Vertrag vorgenommen hat.

IV. Der Versuch, die deutschen Kontingente in der Europa-Armee einem nationalen Oberbefehl zu unterstellen, würde sich daher kaum gegen den Vorwurf verteidigen lassen, Deutschland gehe unter Verletzung des Vertrages schon jetzt darauf aus, die deutschen Kontingente zu nationalisieren und aus dem Gefüge der EVG herauszubrechen.⁷

Angesichts der Tatsache, daß weite französische Kreise nur darauf warten, gegen Deutschland diesen Vorwurf erheben zu können, um sich selbst vom europäischen Verteidigungssystem loszusagen, liegen die politischen Folgen, die damit heraufbeschworen würden, auf der Hand.

U.⁸ Büro Vizekanzler Blücher auf Veranlassung von Herrn Staatssekretär Hallstein.

gez. Ophüls

Nachlaß Ophüls, Bd. 5

⁵ Nach Artikel 16 Absatz 2 des Militärprotokolls zum EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 hatten die Soldaten die gleichen Pflichten wie Soldaten von Nationalarmeen gegenüber Regierung und Vorgesetzten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 386.

⁶ Gemäß Artikel 17 Absatz 1 des Militärprotokolls zum EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 wurden die Soldaten auf die Europäische Gemeinschaft verpflichtet unter Berücksichtigung nationaler Gebräuche. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 386.

⁷ Legationsrat Heuseler vermerkte am 19. Januar 1954, daß „die Auffassung innerhalb der Dienststelle Blank zu diesem Thema“ nicht einheitlich sei. Die militärische Abteilung sei der Ansicht, daß ein oberster Befehlshaber erforderlich sei: „Der oberste Befehl umfaßt zwei Aufgabenbereiche, einen militärtechnischen – Durchführung des Einsatzes, Führung der Truppe und deren Versorgung –, sowie einen politischen – Anordnung des Einsatzes sowie Beendigung des Einsatzes und Festlegung allgemeiner Richtlinien.“ Denkbar sei, daß der oberste Befehl entweder in der Hand des Bundespräsidenten liege, oder „in der Hand der Exekutive, also der Bundesregierung, dabei besonders in der Hand des Bundeskanzlers“, oder er werde „zwischen Staatsoberhaupt und Exekutive geteilt“. Die Auffassung der Rechtsabteilung der Dienststelle Blank sei: „Oberster Befehl hat bei Exekutive allein zu liegen.“ Dies entspreche am besten dem Grundgedanken des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949. Vgl. B 130, Bd. 3399 A (Referat 211).

Für Stellungnahmen des militärischen Chefdelegierten beim EVG-Interimsausschuß in Paris, Speidel, vom 1. Februar bzw. des Referenten Heiser vom 5. Februar 1954 vgl. B 130, Bd. 3399 A (Referat 211).

⁸ Unmittelbar.

10

Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, an das Auswärtige Amt

210-01 Kontr.Nr. 193

12. Januar 1954¹

Betr.: Die deutsch-niederländischen politischen Beziehungen im Jahre 1953

I. Beobachter des deutsch-niederländischen Verhältnisses weisen gern darauf hin, wie sehr sich die Stimmung in den Niederlanden gegenüber der Bundesrepublik und den Deutschen überhaupt im Laufe der 3 1/2 Jahre beiderseitiger amtlicher Beziehungen verbessert habe. Diese Feststellung ist, gemessen an dem Vakuum, das mein Vorgänger bei seinem Amtsantritt 1950² antraf, sicherlich richtig. Seitdem hat sich manches gewandelt. Der zeitliche Abstand vom Krieg und von der Besatzung ernüchterte die überhitzten Gemüter. Der Durchschnittsholländer hat gelernt zu begreifen, daß ein Modus vivendi mit dem bösen Nachbarn trotz allem im wohlverstandenen eigenen Interesse liegt. Hierzu verhalten vor allem die naturgegebenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere die traditionelle Abhängigkeit des holländischen Bauern vom großen und einträglichen deutschen Markt. Die zunehmende Intensität und anhaltende Ausgeglichenheit des deutsch-niederländischen Handels brachten auch in anderen Ebenen verstärkte Begegnungen mit dem Nachbarlande und von Mensch zu Mensch. Jahrelang verschüttete verwandtschaftliche, freundschaftliche und kulturelle Beziehungen, die besonders die Bewohner der Grenzgebiete aufs engste und natürlichste miteinander verbunden hatten, wurden wieder entdeckt. Den jungen Holländer, der unter der oft stickigen Enge seiner überbevölkerten Heimat leidet, locken die besseren Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten des westdeutschen Industriegebietes. In der Bundesrepublik leben zur Zeit etwa 77 000 Niederländer gegen 28 000 Deutschen in den Niederlanden.

Zu dieser Beruhigung der Atmosphäre hat die deutsche Außenpolitik seit 1949 wesentlich beigetragen. Sie bietet dem kritischen niederländischen Beobachter keine Angriffsflächen. Die Stetigkeit, mit der die Bundesregierung unbeirrt an der Integration des europäischen Westens im Dienste der Freiheit unseres Kontinents und als Voraussetzung einer Einigung mit dem Osten arbeitet, findet in nahezu der gesamten niederländischen Öffentlichkeit Verständnis, und die Person des Herrn Bundeskanzlers Anerkennung, ja nicht selten ehrliche Bewunderung. Das immer schärfer verurteilte Versagen Frankreichs in der ihm in

¹ Hat Gesandtem I. Klasse Freiherr von Welck vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Hallstein verfügte.

Hat Hallstein am 27. Januar 1954 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Über die Bereinigung d[er] d[eu]tsch-holl[ändischen] Fragen darf ich in Kürze Vortrag halten.“

Hat Adenauer am 28. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] St.S. Hallstein z[ur] R[ücksprache].“

Hat Hallstein am 13. April 1954 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] ist erledigt.“

² Am 24. Oktober 1950 wurde das Generalkonsulat der Bundesrepublik in Amsterdam unter der Leitung des Generalkonsuls I. Klasse Du Mont eröffnet, der am 28. Juni 1951 mit der Amtsbezeichnung Botschafter die Leitung der Diplomatischen Vertretung in Den Haag übernahm.

den Schoß gefallen, aber verspielten Rolle eines Bannerträgers der europäischen Idee hat dabei mitgeholfen. Der vernünftige Holländer sieht ein, daß die deutsche außenpolitische Linie mit den Lebensinteressen seines eigenen Landes weitgehend übereinstimmt. Er nimmt dafür sogar unser Wiedererstarren einstweilen in Kauf. So mancher dürfte die rasche Aufstellung deutscher Divisionen als Barriere zwischen sich und dem östlichen Riesen im Stillen herbeiwünschen.

Indessen darf man die allmähliche Verbesserung des allgemeinen Klimas nicht überschätzen. Die recht zahlreichen Deutschen, die naiv meinen, daß unser politisches Wohlverhalten seit 1945 oder „das deutsche Wunder“ oder unsere Hilfe anlässlich der Wasserkatastrophe³, so groß und spontan sie auch war, die trübe Vergangenheit aus dem holländischen Gedächtnis ausgelöscht haben und nun wieder alles „in Ordnung“ sei, täuschen sich. Der schwerblütige Holländer ist zwar vielleicht zu vergessen bereit, wenn er daraus materiellen Vorteil zieht. Aber seine kalvinistische Erbmasse erschwert ihm ein Vergeben. In seinen Gefühlen uns gegenüber – Berlin vielleicht ausgenommen – dürfte sich bisher wenig geändert haben. Nur verbirgt er seine Abneigung heute hinter höflich-korrekten Umgangsformen. Ich fürchte deshalb, daß wir auch für die nächste Zukunft mit kühler Zurückhaltung und argwöhnischem Mißtrauen gegenüber dem, was in der Bundesrepublik vor sich geht und was amtliche oder private Deutsche sagen oder schreiben, zu rechnen haben werden. Gerade weil demnächst schwierige Probleme, bei denen es möglicherweise hart auf hart geht, zu verhandeln sind, werden wir darauf bedacht sein müssen, den Gegnern einer Verständigung keinen Vorwand zu geben, in der Vergangenheit zu wühlen und die notdürftig geheilten Kriegswunden wieder aufzureißen. Äußerungen wie die des Herrn Bundesministers Oberländer zugunsten einer Rückgewinnung des Sudetenlandes, noch dazu unter Berufung auf das Münchener Abkommen⁴, werfen uns in dem immer schweren Ringen um neues Vertrauen weit zurück. Eine kritiklose Identifizierung der deutschen Öffentlichkeit mit den deutschen Insassen von Breda⁵ unter Außerachtlassung der furchtbaren Vorgänge, die viele von ihnen dorthin geführt haben, schadet den Bemühungen um eine politische Lösung des Kriegsverurteilten-Problems mehr, als es ihnen nützt.

³ Nach einer Sturmflut am 1. Februar 1953 brachen in den Niederlanden mehrere Deiche. Nach Abschluß der Wiederherstellungsarbeiten dankte Königin Juliana mit Schreiben vom 12. Januar 1954 an Bundespräsident Heuss für die von der Bundesregierung wie auch der Bevölkerung der Bundesrepublik geleistete Unterstützung und materielle Hilfe. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1954, S. 301.

⁴ Bundesminister Oberländer äußerte am 4. November 1953 im Bayerischen Rundfunk, daß zur Vorbereitung auf eine Wiederherstellung Gesamtdeutschlands „außer der Stärkung und Einigung des Westens die Stärkung seiner Grenzgebiete“ gehöre. Dies hätten „die Heimatvertriebenen besonders erkannt“, die bei entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten gern in den Grenzgebieten bleiben würden. Denn deren Entwicklung sei „die Vorbedingung für Erhaltung der Heimkehrfähigkeit“. In diesem Sinne müsse auch das Grenzgebiet an der bayerischen Ostgrenze „für eine Lösung der sudetendeutschen Frage im Sinne des Münchener Abkommens und für eine gesamteuropäische Lösung gestärkt werden“. Vgl. BULLETIN 1953, S. 1772.

Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

⁵ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wegen Kriegsverbrechen in den Niederlanden 15 Todesurteile gegen deutsche Staatsangehörige ausgesprochen, von denen neun in lebenslange Freiheitsstrafen umgewandelt wurden. Seit 1952 waren diese Personen zusammen mit weiteren zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Deutschen im Gefängnis in Breda inhaftiert. Vortragender Legationsrat Trützschler von Falkenstein legte am 8. Februar 1954 dar, daß von ursprünglich 84 Personen immer noch 60 in Haft seien, wegen der hohen Haftstrafen aber auch 1954 „nur vereinzelte Gefangene zur Entlassung nach Zwei-Drittel-Verbüßung“ kämen. Vgl. B 24 (Referat 204), Bd. 208.

II. Auf dem Hintergrunde dieser zwar beruhigteren, aber nach wie vor sehr labilen Stimmung in der niederländischen öffentlichen Meinung spielen sich auch die Beziehungen von Regierung zu Regierung ab. Man wird zwischen Beziehungen auf internationaler und auf bilateraler Ebene zu unterscheiden⁶ haben.

1) Dem Auswärtigen Amt ist aus den multilateralen Verhandlungen besser als der Botschaft bekannt, daß die gleichberechtigte Einbeziehung der Bundesrepublik in das im Entstehen begriffene neue Europa von der niederländischen Regierung niemals ernstlich zur Diskussion gestellt worden ist. Die Regierung und die überwiegende Mehrheit des Parlaments meinen es mit der Integrationspolitik auch heute noch ehrlich. Dementsprechend ist niederländischerseits, soweit der Botschaft bekannt, weder im Europarat noch bei den Verhandlungen über die Montanunion, EVG oder EPG versucht worden, den Feind von gestern niederzuhalten und ihm weniger Rechte zuzugestehen als den anderen Partnern. Ein leitender Angehöriger der Dienststelle Blank hat einem meiner Mitarbeiter einmal gesagt, die Holländer seien bei den Verhandlungen über den EVG-Vertrag unsere besten Verbündeten gewesen. Diese Haltung war und ist nichts Selbstverständliches.

Nicht nur die Franzosen, sondern auch so manchen Holländer – dies zeigte die kürzliche Debatte in der Zweiten Kammer über die Ratifizierung des EVG-Vertrages⁷ – bedrückt die Sorge vor einem Wiedererstarken der Bundesrepublik als Folge einer deutschen Wiederbewaffnung. Weder die Regierung noch das Parlament haben deshalb dieser gern zugestimmt. Aber beide hatten im Gegensatz zu den Franzosen den Mut, den politischen Realitäten nüchtern ins Auge zu schauen. Indem sie den Verzicht auf gewisse Souveränitätsrechte der Aufstellung einer nationalen deutschen Wehrmacht als das geringere von zwei Übeln vorzogen, vermochten sie über ihre eigenen Schatten zu springen, wozu die Franzosen bisher leider unfähig waren.

Der Prestigeverlust, den Frankreich durch seine betrübliche Sabotage jeder konstruktiven Politik auch in den Niederlanden erlitten hat, ist beachtlich. Doch sollte man deswegen keine übertriebenen Hoffnungen auf die Haltung der hiesigen Regierung etwa zur Saarfrage setzen. Die Regierung hat sich zwar m.W. hierzu bisher noch nicht geäußert. Doch kann ich mir einstweilen nicht vorstellen, daß sie über die bekannten Ansichten und Vorschläge des Abgeordneten van der Goes van Naters⁸ hinauszugehen bereit sein würde. Denn das Saar-Problem ist ein unmittelbares Produkt des Krieges. Die niederländische Regierung dürfte m.E. zur Zeit schon mit Rücksicht auf etwaige Auswirkungen auf

⁶ Korrigiert aus: „unterrichten“.

⁷ Am 23. Juli 1953 stimmte die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments dem EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 „mit 75 gegen 11 Stimmen“ zu. Über die Debatte teilte Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, am 25. Juli 1953 mit, diese sei „wie ein roter Faden“ von der Deutschland-Frage durchzogen gewesen: „Manche Sprecher gaben sich ersichtlich Mühe, das Mißtrauen gegenüber Deutschland zu überwinden. Aber selbst diesen Gutwilligen war die Anstrengung anzumerken, nicht in der negativen Begründung steckenzubleiben, der EVG-Vertrag sei das kleinere von zwei Übeln.“ Vgl. den Schriftbericht; B 10 (Abteilung 2), Bd. 1006.

⁸ Der Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Europarats, van der Goes van Naters, legte der Beratenden Versammlung am 11. September 1953 einen Bericht über „Das zukünftige Statut der Saar“ vor. Gemäß Ziffer 1) sollte das Saargebiet „europäisches Territorium“ werden. Für Auszüge aus dem Bericht vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, Bd. 1, S. 6344–6346. Vgl. dazu auch AAPD 1953, II, Dok. 285.

ähnliche deutsch-holländische Probleme kein Interesse daran haben, aus der Reihe der Sieger und damit der beati possidentes zu tanzen.

Hingegen würden sich die niederländische Regierung und die niederländische Öffentlichkeit sicherlich freundlicher verhalten, falls eines Tages wegen Nichtzustandekommens des EVG-Vertrages zu prüfen wäre, ob und was an dessen Stelle treten soll. Mit der Aufstellung deutscher Streitkräfte hat man sich im Interesse des Landes abgefunden. Bekanntlich hätte man seinerzeit lieber gesehen, wenn die deutsche Wiederbewaffnung sich im Rahmen der NATO und nicht in dem einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft vollziehen würde. Man hat diese Vorliebe für die NATO-Kombination seitdem mehrfach geäußert, zuletzt noch in einer Denkschrift, die die Regierung am 22. Dezember v. J. an die Erste Kammer in der Frage der Ratifizierung des EVG-Vertrags richtete. Solange sich die internationale Lage nicht wesentlich ändert, glaube ich, daß die Niederlande auch für die Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung des europäischen Kontinents in einer anderen Form zu haben sein werden. Allerdings würde es der niederländischen Regierung dabei vermutlich von Wichtigkeit sein, wie Großbritannien, an das man sich hier auch heute noch traditionsgemäß mehr als an andere europäische Staaten gebunden fühlt, in einer neuen Kombination mitspielt.

Ähnlich klar und nüchtern wie in der Frage der deutschen Beteiligung an der europäischen Integration stellen sich Regierung und politische Welt zur Frage der deutschen Wiedervereinigung, die sie eindeutig bejahen, und zum Ost-West-Verhältnis überhaupt. An den Ausführungen der beiden Außenminister in ihrer schriftlichen Antwort auf die Bemerkungen der Zweiten Kammer zum Budget des Außenministeriums⁹ (vgl. Bericht der Botschaft vom 16.12.1953 Nr. 2768¹⁰) dürfte unsererseits nichts auszusetzen sein.

2) Über den Stand der bilateralen politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden ist leider nicht gleich Günstiges zu berichten.

Positiva des vergangenen Jahres sind vor allem die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges auch für Deutsche im Dezember¹¹ und der Besuch Außenministers Beyen in Bonn im November.¹²

⁹ Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, berichtete am 20. November 1953, daß in einer Stellungnahme der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vom Vortag zum Haushaltsentwurf für das Außenministerium ausgeführt werde: „Die Integration Westdeutschlands sei für die Niederlande die einzig annehmbare Lösung. Andernfalls würde es zu einem ‚neutralen‘ Deutschland kommen, das sich in unbekannter Richtung entwickeln könnte und durch eine starke Wehrmacht eine große Gefahr für die Niederlande darstellen würde.“ Die niederländische Regierung solle den Standpunkt vertreten, „daß die Regierung Adenauer, kräftig gestärkt durch die Wahlen und durch die Haltung der Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, das ganze Deutschland, wenigstens moralisch, vertritt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 221; B 10 (Abteilung 2), Bd. 1006.

¹⁰ Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, übermittelte am 16. Dezember 1953 eine Übersetzung der schriftlichen Antwort der niederländischen Außenminister Beyen und Luns auf die Bemerkungen der Parlamentsausschüsse zum Haushalt ihres Ministeriums und teilte mit, die darin enthaltene Stellungnahme „zum Ost-West-Verhältnis“ entspreche im wesentlichen der Haltung der Bundesregierung. Vgl. den Schriftbericht; B 11 (Abteilung 3), Bd. 435.

¹¹ Aufgrund des Beschlusses der niederländischen Regierung, „deutsche Staatsangehörige ohne Sichtvermerk in die Niederlande einreisen zu lassen“, wurde mit Notenaustausch vom 10. Oktober 1953 zwischen dem niederländischen Außenminister Beyen und Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Vgl. BULLETIN 1953, S. 1625.

Die Vereinbarung trat für die Einreise in die Niederlande am 15. Dezember 1953 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESANZEIGER, Nr. 243 vom 17. Dezember 1953, S. 2.

Bekanntlich war die Bundesregierung mit der Beseitigung der Visen für Niederländer im Juli vorangegangen.¹³ Daß die holländische Regierung m. W. als erstes europäisches Land dem deutschen Beispiel gefolgt ist, zeugt für ihre europäische Gesinnung, auch wenn die Erwartung, auf diese Weise mehr deutsche Touristen ins Land zu ziehen, dabei eine Rolle gespielt haben mag.

Der Entschluß des niederländischen Außenministers, in die Hauptstadt Westdeutschlands zu reisen, war zweifellos für uns ein diplomatischer Erfolg. Dieser Höflichkeitsbesuch sollte deshalb m. E. durch den Herrn Bundeskanzler in absehbarer Zeit erwidert werden.¹⁴ Herr Beyen bezweckte damit allerdings wohl in erster Linie nur, dem nach einem überwältigenden Wahlsieg¹⁵ erneut an die Spitze der Regierung berufenen Kanzler der Bundesrepublik, die international wieder ein Faktor geworden ist, seine Reverenz zu erweisen. Im übrigen blieb der Besuch eine Geste, die die Holländer nichts kostet. Der Eifer, mit dem die Reise von holländischer Seite nur als „Courtoisiebesuch“ definiert worden war, Herrn Beyens höfliche, aber bestimmte Absage, Gast der Bundesregierung zu sein, vor allem aber die Unmöglichkeit, mit ihm während des Besuchs über bilaterale Angelegenheiten ins Gespräch zu kommen, lassen m. E. darauf schließen, daß die niederländische Regierung heute noch keine Neigung verspürt, den Mantel des Vergessens über die Vergangenheit zu breiten.¹⁶

Dem Auswärtigen Amt ist bekannt, daß nicht wenige offene und zum Teil sehr dringliche Fragen darauf warten, geregelt oder wenigstens vorwärts getrieben zu werden.¹⁷ Ich darf mich hier darauf beschränken, die wichtigeren aufzuzählen:

1) Bereinigung aller vom Kriege herrührender Finanzfragen.¹⁸ Die monatelange Hinauszögerung unserer Antwort¹⁹ hat bereits zu erheblicher Mißstimmung geführt;

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

¹² Der niederländische Außenminister Beyen hielt sich vom 15. bis 18. November 1953 in der Bundesrepublik auf und traf am 16. November 1953 mit Staatssekretär Hallstein zusammen. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 327.

¹³ Mit Wirkung vom 1. Juli 1953 hob die Bundesregierung den Visumszwang für Staatsangehörige der Europarats- und OEEC-Mitgliedstaaten auf. Vgl. dazu die Pressemitteilung; BULLETIN 1953, S. 983.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Adenauer mit Kreuz hervorgehoben.

¹⁵ Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 6. September 1953 entfielen auf CDU und CSU 45,2%, SPD 28,8%, FDP 9,5%, GB/BHE 5,9%, DP 3,3%, Zentrum 0,8% und die übrigen Parteien 6,7% der Zweitstimmen.

¹⁶ Dieser Absatz wurde von Bundeskanzler Adenauer hervorgehoben.

¹⁷ Zu den offenen Fragen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden vgl. auch die Hausbesprechung am 12. Dezember 1953; AAPD 1953, II, Dok. 360.

¹⁸ In einer Aufzeichnung vom 30. Januar 1954 zu den offenen Fragen in den Beziehungen zu den Niederlanden, die Gesandter I. Klasse Freiherr von Welck am 1. Februar 1954 Staatssekretär Hallstein vorlegte, nannte er unter den Finanzfragen „niederländische Forderungen wegen der im Kriege nach Deutschland verbrachten Auslandsbonds“, Vermögensfragen der Firma „Vereinigte Glanzstoffe“, „im Krieg steckengebliebene Überweisungen deutscher Schuldner an niederländische Gläubiger“, Reichsmark-Wertpapiere, „deutsche Forderungen wegen der Aufwendungen zum Ausbau von fünf jetzt restituierten Fischdampfern“, den Rückkauf des Rheinschiffes „Largo“ und niederländische Reparationsforderungen sowie Clearingguthaben aus der Kriegszeit. Vgl. B 24 (Referat 204), Bd. 123.

¹⁹ Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, übermittelte am 14. Januar 1954 die Anfrage des niederländischen Finanzministeriums, wann mit einer Stellungnahme der Bundesregierung auf die in mehreren Gesprächen bis in den Herbst 1953 „von Ministerialdirektor Wolff und Dr. Rinnooy Kan ausgearbeiteten Vorschläge zur Aufnahme deutsch-niederländischer Finanzbesprechungen zu rechnen sei“. Die fehlende Antwort werde „außerordentlich bedauert, insbesondere weil bekanntlich niederländischer Beitritt zum Londoner Schuldenabkommen hierdurch verzögert wird“. Da die AHK über die Vorbesprechungen unterrichtet sei, halte die niederländische Regierung Einwände von dieser Seite „nicht für wahrscheinlich“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; B 24 (Referat 204), Bd. 109.

- 2) Traktatländereien²⁰;
- 3) Rückgabe der unter niederländische Verwaltung gestellten Gebiete²¹;
- 4) allmähliche Begnadigung der in niederländischen Gefängnissen befindlichen Kriegsverurteilten²²;
- 5) Auslieferung der sogenannten Breda-Flüchtlinge²³;
- 6) niederländische Beteiligung an der inner-deutschen Rheinschiffahrt.²⁴

Außer Frage 6) hängen alle diese offenen Probleme mit dem Kriege zusammen, aus dem die Niederlande schließlich als Sieger über den Unterdrücker ihrer äußeren Unabhängigkeit und inneren Freiheit hervorgegangen sind. Jahrelang haben sie gegenüber dem am Boden liegenden Gegner nach Gutdünken schalten und walten können. Ich glaube, daß bei der niederländischen Regierung, soweit es sich um ihre Einstellung zur Bundesrepublik in der bilateralen politischen Ebene handelt, noch recht viel von der Kriegsmentalität haften geblieben ist, von der sie sich auf internationaler Ebene zweifellos freigemacht hat. Verhandlungen über Fragen, die vom Kriege herrühren, werden deshalb zur Zeit noch auf sehr kräftige, wenn auch wahrscheinlich unsichtbare Widerstände, auch in Parlament und Presse, stoßen und deshalb sehr schwierig werden. Trotzdem sollte meines Erachtens der Versuch, in obigen Punkten zu vernünftigen Kompromissen zu gelangen, in diesem Jahr mit Ernst unternommen werden.

Was den Anteil der Botschaft daran betrifft, darf ich abschließend auf einen besonderen, dem Auswärtigen Amt vielleicht nicht so gegenwärtigen Umstand aufmerksam machen, der die Arbeit der Botschaft zur Zeit leider noch sehr be-

²⁰ Nach den Grenzverträgen von Aachen und Kleve vom 26. Juni bzw. 7. Oktober 1816 zwischen den Königen von Preußen und der Niederlande sowie dem Vertrag von Meppen vom 2. Juli 1824 zwischen Hannover und dem Königreich der Niederlande konnten deutsche Bauern, deren Grundstücke durch die Grenzveränderungen auf niederländischem Boden lagen, bzw. niederländische Bauern, deren Grundstücke danach in Preußen bzw. Hannover lagen, ihre Felder frei bestellen. Aufgrund der Verordnung vom 20. Oktober 1944 über Feindvermögen wurden 1945 die auf niederländischem Gebiet gelegenen Grundstücke deutscher Bauern jedoch beschlagnahmt und Ende 1949 mit deren Liquidierung begonnen. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. DEUTSCHES VERMÖGEN IM AUSLAND, Bd. 1, S. 282–290.

Zu den Verhandlungen über die Traktatländereien vgl. AAPD 1953, II, Dok. 360.

²¹ Die Bundesregierung verhandelte seit 1952 mit den Niederlanden über eine Rückgabe der von diesen auf Grund der Ermächtigung des Pariser Protokolls vom 22. März 1949 zur eigenen Verwaltung eingegliederten Gebiete, insbesondere des Selfkant sowie der Stadt Elten. Vgl. dazu AAPD 1952, Dok. 66.

²² Botschafter Mühlenfeld, Den Haag, berichtete am 17. Februar 1954, der niederländische Abgeordnete van Rijckevorsel habe Gesandtschaftsrätin Büschges auf die Kriegsverurteilten angesprochen und geäußert, daß es im niederländischen Parlament wenig Aussicht auf Unterstützung einer „Gnadenpolitik“ gebe; es gelte, „das Thema der Kriegsverurteilten nicht in Vergessen geraten zu lassen“ und niederländische Abgeordnete „in den internationalen Gremien von Straßburg und Luxemburg [...] bei sich bietender Gelegenheit“ darauf anzusprechen. Vgl. den Schriftbericht; B 24 (Referat 204), Bd. 208.

²³ Am 26. Dezember 1952 flohen sieben Niederländer, die u. a. wegen Mordes und Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt worden waren, aus der niederländischen Haftanstalt Breda in die Bundesrepublik. Gesandter I. Klasse Strohm legte am 16. November 1953 dar, daß zwei Tage zuvor der sechste der Flüchtigen verhaftet worden sei. Einer der Entflohenen sei von der britischen Besatzungsmacht bereits an die Niederlande ausgeliefert worden; über die niederländischen Auslieferungsanträge in den übrigen Fällen sei noch keine Entscheidung erfolgt. Die Betroffenen machten geltend, „daß sie auf Grund eines Führererlasses die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben“. Die Frage sei Gegenstand eines schwebenden Verfahrens vor dem Bundesgerichtshof. Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 122.

²⁴ Zur Erörterung von Fragen der Rheinschiffahrt mit den Niederlanden vgl. Dok. 100.

lastet: Mein Vorgänger hatte seine hiesige Arbeit wahrscheinlich mit Recht darauf konzentriert, durch Anknüpfung und Pflege persönlicher Beziehungen der Botschaft wieder eine Vertrauensposition zu verschaffen. Er hat dabei beachtliche Erfolge gehabt. Bedauerlicherweise haben die unerfreulichen Umstände, unter denen er seine Tätigkeit in Den Haag beendete²⁵, und der übrige, notwendigerweise sehr schnell durchgeführte Personenwechsel an der Botschaft nach meiner Ankunft im Mai v.J.²⁶ es mit sich gebracht, daß diese wichtigen Verbindungen nicht, wie sonst üblich, auf die Nachfolger übertragen wurden, sondern fast alle wieder verloren gingen. Ähnlich wie 1950 mußte 1953 neu begonnen werden. Dies ist auf einem so harten Boden nicht einfach.

Mühlenfeld

B 11 (Abteilung 3), Bd. 269

11

Staatssekretär Hallstein an Bundesminister Erhard

13. Januar 1954¹

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich bin in voller Übereinstimmung mit den Wünschen, die Sie in Ihrem Schreiben vom 8. Januar über die Beteiligung Ihres Hauses an den Verhandlungen über die Politische Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht haben.²

Zwar würde ich der Formulierung, wonach bei den Verhandlungen die Federführung für den wirtschaftlichen Bereich der europäischen Integration bei Ihrem Hause liegt, nicht zustimmen können. Denn für alle auswärtigen Verhandlungen

²⁵ Staatssekretär Lenz, Bundeskanzleramt, notierte am 22. Juli 1952 in seinem Tagebuch, er habe dem niederländischen Botschaftsrat Helb am selben Tag erläutert, daß die Abberufung des Botschafters Du Mont, Den Haag, notwendig geworden sei, weil dieser sein „Alter um sechs Jahre zu jung angegeben“ habe. Vgl. LENZ, Zentrum, S. 395.

Mit der unrichtigen Altersangabe war die Ernennung von Du Mont vom 13. Oktober 1950 gemäß Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 „für nichtig zu erklären“. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1937, Teil I, S. 46.

²⁶ Botschafter Mühlenfeld übergab am 12. Mai 1953 sein Beglaubigungsschreiben in Den Haag. Zum Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Drees am 15. Mai 1953 vgl. AAPD 1953, I, Dok. 146.

¹ Durchdruck.

Hat Botschafter Freiherr von Maltzan am 16. Januar 1954 vorgelegen.

² Mit Schreiben an Staatssekretär Hallstein äußerte Bundesminister Erhard sich am 8. Januar 1954 zur Arbeit der Kommission, die von der Außenministerkonferenz der EGKS-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. November 1953 in Den Haag damit beauftragt worden war, bis zum 15. März 1954 den Außenministern einen Bericht über den Stand der Vorbereitungen für eine europäische politische Gemeinschaft zu erstatten. Die Unterausschüsse, „die sich mit institutionellen Fragen, mit den Grundsätzen der Wahlen zur Völkerkammer sowie mit wirtschaftlichen Fragen“ befassen sollten, würden nunmehr in Paris zusammentreten. Erhard wies darauf hin, daß die wirtschaftlichen Fragen in sein Ressort fielen; er könne „daher auf die Federführung für diesen Bereich der europäischen Integration nicht verzichten“ und bitte um entsprechende Beteiligung seines Hauses. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 104.

gen liegt grundsätzlich die Federführung beim Auswärtigen Amt; auch lassen sich die wirtschaftlichen Fragen der europäischen Integration nicht von dem Gesamtproblem, das ein politisches ist, zur selbständigen Behandlung abtrennen. Aber ich teile völlig Ihre Auffassung, daß sachlich Ihr Haus in entscheidender Weise bei den wirtschaftlichen Fragen beteiligt werden muß. Demgemäß waren schon, bevor Ihr Schreiben eintraf, Vorbereitungen getroffen, um diese Beteiligung in jedem Stadium und in jeder Hinsicht sicherzustellen. Eine Besprechung, in der dies im einzelnen mit Vertretern Ihres Hauses erörtert werden soll, ist für heute nachmittag anberaumt.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
Hallstein³

B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 104

12

Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt

600-420-01-7895/54

14. Januar 1954¹

Interministerielle Besprechung über Beziehungen zum Auslandsdeutschtum am 14. Januar 1954, 16 Uhr, bei der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts

Teilnehmer:

- a) vom Bundespräsidialamt: Min.Dirigent Bott, ORR von Heyden
- b) vom Bundeskanzleramt: Reg.Dir. Dr. Bachmann
- c) vom Bundesministerium des Innern: Min.Rat Dr. Lüders
- d) vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Min.Rat von Zahn, Referent Koepp
- e) vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Referent Hamm
- f) vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Min.Rat Dr. Schirmer, Referent Dr. Kayser
- g) vom Auswärtigen Amt, Abtl. 2: Referent Stubbe, Referent Dr. Holz
- h) vom Auswärtigen Amt, Abtl. 3: Gesandter Strohm, LR I von Wendland
- i) vom Auswärtigen Amt, Abtl. 5: VLR von Waldheim

³ Paraphe vom 13. Januar 1954.

¹ Vervielfältigtes Exemplar.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Rumpf am 10. März 1954 gefertigt.

Hat Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim am 16. März 1954 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 505 „z[ur] K[enn]ntnis“ verfügte.

Hat Legationsrätin I. Klasse Lenz am 6. April 1954 vorgelegen.

j) vom Auswärtigen Amt, Abtl. 6: VLR Salat, VLR Dr. Simon, LR I Dr. Hilgard, LR Dr. Rumpf, Attaché Harder

k) von der Bundeszentrale für Heimatdienst: Referent Wendorff, Referent von Hahn

l) von Inter Nationes: Leiter Dr. Mönning.

Herr VLR *Salat* eröffnete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer. Zur Einführung in die Problemstellung berichtete er über die am 16. November 1953 in der Kulturabteilung abgehaltene interne Besprechung des Auswärtigen Amtes über Beziehungen zum Auslandsdeutschtum.² Die dort erarbeiteten Richtlinien für die Behandlung dieser Fragen sollten hier zur Diskussion gestellt werden.³

Mit Auslandsdeutschen werden im allgemeinen Sprachgebrauch sowohl deutsche Staatsangehörige im Ausland („Paßdeutsche“) als auch fremde Staatsangehörige deutscher Sprache und Kultur bezeichnet. So wichtig es aus rechtlichen und politischen Gründen ist, diese Gruppen auseinanderzuhalten, können sie in der Praxis der kulturellen Beziehungen kaum getrennt werden. So werden z. B. deutsche Schulvereine im Ausland von beiden Gruppen getragen.

Der unmittelbare Anlaß für diese Besprechung sind die von verschiedenen innerdeutschen Kreisen ausgehenden Versuche zur Neugründung von Vereinen zur Förderung der Beziehungen zum Auslandsdeutschtum. Herr Salat erwähnte besonders den in Berlin bestehenden „Bund der Auslandsdeutschen“ (BdA) mit seinen inneren Schwierigkeiten⁴ und Nachrichten von Bestrebungen zur Wiedergründung des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA).⁵

² Die Hausbesprechung am 16. November 1953 befaßte sich insbesondere mit der Situation der Auslandsschulen, mit der Sprachförderung und Versorgung der Auslandsdeutschen mit Büchern, Zeitschriften, Schallplatten und Filmen, mit der Vertretung der Vermögensinteressen der Auslandsdeutschen sowie mit der Frage der Neugründung von Vereinen zur Pflege der Beziehungen zum Auslandsdeutschtum. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Rumpf vom 17. November 1953; B 90 (Abteilung VI), Bd. 391.

³ Am 30. November 1953 informierte Vortragender Legationsrat Salat Staatssekretär Hallstein u. a. über den in der Hausbesprechung am 16. November erörterten Vorschlag, für die deutschen Auslandsschulen einen privaten Förderkreis zu errichten, und die Ablehnung einer Förderung von Versuchen zur Gründung eines Vereins für das Deutschtum im Ausland. Die kulturellen Belange der Deutschen im Ausland würden von den bestehenden Gesellschaften ausreichend gefördert, und ihre Vermögensinteressen würden „in ausreichendem Maße durch die ‚Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen‘ in Bremen wahrgenommen“, mit der die Rechtsabteilung in Kontakt stehe. Zu diesen Themen solle nunmehr eine interministerielle Besprechung stattfinden. Vgl. B 90 (Referat 600), Bd. 560.

⁴ Am 12. Juni 1953 legte Attaché Koch dar, der 1919 gegründete und 1933 aufgelöste Bund der Auslandsdeutschen habe nach 1945 „seine Tätigkeit wieder aufgenommen zur Pflege der Verbundenheit der im Ausland lebenden Deutschen mit dem Mutterland und der geistigen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker“. Allerdings gebe es gegen den Vorsitzenden „von verschiedenen Seiten Beschwerden“ wegen mangelnder Seriosität, und auch „die finanziellen Grundlagen des Unternehmens“ seien unsicher. Vgl. B 90 (Abteilung VI), Bd. 390.

Referent Meesmann, Berlin (West), informierte am 21. Mai 1954 über den Beschluß des Berliner Senats vom 17. Mai, den „Bund der Auslandsdeutschen e. V.“ für verboten zu erklären und aufzulösen. Grund seien die „Unregelmäßigkeiten des Vereinsvorsitzenden“. Dieser habe mittlerweile einen Offenbarungseid leisten müssen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 278; B 90 (Referat 600), Bd. 583.

⁵ Bereits am 30. Oktober 1952 wurde in einer Ressortbesprechung festgestellt, daß die von verschiedenen Personen bzw. Organisationen betriebene „Wiedergründung des VDA aus außenpolitischen Gründen im gegenwärtigen Augenblick höchst unzulässig erscheint“. Vgl. die Aufzeichnung der Abteilung I vom 3. November 1952; B 90 (Abteilung VI), Bd. 392.

Auf der internen Sitzung ist das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis gelangt, daß solche Gründungsversuche keine amtliche Förderung verdienen. Dieses Ergebnis war durch sorgfältige Prüfung der Frage erzielt worden, ob für neue Vereine ein echtes Bedürfnis besteht und welche Dienste sie den Auslandsdeutschen leisten könnten. Das ist an Hand der einzelnen Aufgaben untersucht worden, die sich den Deutschen in der Heimat auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen zum Auslandsdeutschtum stellen:

1) Für deutsche Schulen im Ausland, die von Kindern deutscher und fremder Sprachen besucht werden, wurden im laufenden Haushaltsjahr vom Auswärtigen Amt DM 1 500 000,- ausgegeben. Das Auswärtige Amt hat ein Bankkonto für Spenden für auslandsdeutsche Schulen eingerichtet. Es ist geplant, einen Fördererkreis für deutsche Auslandsschulen zu schaffen, der private Hilfsquellen erschließen soll. Deutsche Städte und Länder haben sich bereit erklärt, das Patronat über auslandsdeutsche Schulen zu übernehmen. Damit besteht also im Interesse der Schulen keine Notwendigkeit neuer Vereinsbildungen.

2) Der Werbung für die deutsche Sprache dient das Goethe-Institut in München, welches in zunehmender Zahl Sprachlehrgänge im Ausland fördert oder einrichtet und in Bad Reichenhall Sprachkurse für Ausländer abhält. Lehrer der deutschen Auslandsschulen halten in einigen Ländern auch Sprachlehrgänge für Erwachsene. Indirekt kommt auch die Tätigkeit der deutsch-ausländischen Kulturgesellschaften im Ausland, die es zur Zeit in 19 Staaten gibt, den kulturellen Bedürfnissen der Auslandsdeutschen entgegen.

3) Für die Versorgung der Auslandsdeutschen mit Büchern, Zeitschriften, Schallplatten, Filmen stehen mehrere Einrichtungen zur Verfügung:

a) das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, welches über beträchtliche eigene Einnahmen aus Grundbesitz verfügt und Zuschüsse vom Auswärtigen Amt, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart erhält. Das Institut hat sich in den ersten Jahren nach der Neugründung von auslandsdeutschen Beziehungen sehr zurückgehalten, kann und will aber in Zukunft stärker auf diesem Gebiet tätig werden;

b) die Martin-Behaim-Gesellschaft in Darmstadt;

c) eine Reihe deutsch-ausländischer Kulturgesellschaften.

4) Die Vermögensinteressen der Auslandsdeutschen werden von der „Studien-gesellschaft für privat-rechtliche Auslandsinteressen“ in Bremen ausreichend vertreten.

5) Auch die wissenschaftliche Volkstumsarbeit ist wieder angelaufen in den dafür zuständigen wissenschaftlichen Instituten und Gremien.

Herr Salat zog daraus die Folgerung, daß die bereits bestehenden Organisationen zur Wahrnehmung der Interessen der Auslandsdeutschen ausreichen. Weitere Vereine und Gesellschaften würden daher nicht benötigt; Versuche zu ihrer Gründung sollten amtlich nicht unterstützt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 36

Nachdem das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen am 17. Juli 1953 mitgeteilt hatte, daß in München eine neue VDA-Satzung eingereicht worden sei, informierte es mit Schreiben vom 4. Dezember 1953 über eine in Frankfurt am Main geplante „Wiederbelebung des VDA, der sich, getragen von den Deutschen Burschenschaften, besonders der Grenzen im Norden und im Süden – gedacht ist also an die Arbeit in Nordschleswig und Südtirol – annehmen soll“. Vgl. B 90 (Abteilung VI), Bd. 392.

Zwei Fragen bleiben noch offen:

1) wie der Gedanke, den deutschen Staatsangehörigen im Ausland in der Bundesrepublik eine Vertretung in Gestalt eines Vereins zu geben, grundsätzlich zu beurteilen ist;

2) wie die sich zur Zeit entfaltende private Initiative am besten in politisch richtige Bahnen gelenkt wird.

Zu Beginn der Diskussion erklärte Herr *Koepf* (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), daß das Problem der deutschen Staatsangehörigen im Ausland wohl doch von dem der ausländischen Staatsangehörigen deutscher Sprache zu trennen sei.

Herr *Salat*: In der Praxis müssen deutsche Schulen, Sprachlehrgänge, Büchereien usw. allen denjenigen im Ausland zugänglich sein, die die deutsche Sprache sprechen und pflegen wollen.

Herr *Dr. Bachmann* (Bundeskanzleramt): Eine terminologische Unterscheidung von „Auslandsdeutschen“ und „Volksdeutschen“ ist angebracht. Die Bezeichnung „Volksdeutsche“ scheint bisher noch durch keinen anderen zeitgemäßen Terminus ersetzt worden zu sein.

Herr *Salat*: In der internen Sitzung des Auswärtigen Amts am 16. November 1953 ist eine Unterscheidung in Paßdeutsche, das sind deutsche Staatsangehörige im Ausland, und Kulturdeutsche, das sind ausländische Staatsangehörige deutscher Sprache bzw. ererbter deutscher Kultur, angeregt worden. Diese Ausdrücke sind zwar nicht unangreifbar, könnten jedoch als interne Arbeitsbezeichnung dienen.

Herr *Bott* (Bundespräsidialamt): Es wäre zur Zeit geradezu unklug, eine einheitliche Bezeichnung für Auslandsdeutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit einzuführen. Mehr als ein Arbeitstitel ist nicht erwünscht. Es muß im Ausland der Eindruck vermieden werden, als fielen diese Auslandsdeutschen für uns in eine andere Kategorie als die übrigen Angehörigen des betreffenden Staates.

Herr *Salat*: Jemand, der auswandert, muß sich darüber klar sein, daß er eine Treupflicht der neuen Heimat gegenüber eingeht und daß eventuell schon seine Kinder Ausländer werden. Das Problem der Grenz- und Minderheitsdeutschen (Schleswig-Holstein, Eupen usw.) gehört dabei nicht in diesen Zusammenhang.

Herr *Hamm* (Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte): Es handelt sich hier wohl in erster Linie um Auslandsdeutsche außerhalb Europas. Die Lage in Europa und außerhalb Europas ist sehr verschieden. Auch von den freiwillig ausgewanderten Deutschen sollten wir jedoch ein Gefühl der Verbundenheit mit der alten Heimat und der angestammten Kultur erwarten, das ihren Pflichten gegenüber der neuen Heimat nicht zu widersprechen braucht.

Herr *Wendorff* (Bundeszentrale für Heimatdienst) machte auf die von seiner Zentrale betreuten zahlreichen Deutschen im europäischen Ausland aufmerksam, die als Zivilarbeiter dort leben.

Herr *Salat*: In diesem Zusammenhang wird weniger an Zivilarbeiter als an Deutsche, die seit langem oder ständig im Ausland leben, gedacht.

Herr *Strohm* (Auswärtiges Amt, Abtlg. 3) brachte die Frage der deutschen Schulen im Ausland erneut zur Sprache und gab das Beispiel der deutschen Schule

in Mailand, die auch von italienischen Kindern besucht wird. Andererseits gäbe es zahlreiche Gruppen von Deutschen in Übersee, die, obwohl sie die Staatsangehörigkeit des Gastlandes erworben haben, den Wunsch hätten, ihre Kinder in deutsche Privatschulen zu schicken. Die Initiative hierzu müsse jedoch von diesen Deutschen im Ausland selbst kommen. Eine Unterstützung von seiten eines Fördererkreises für die deutschen Schulen im Ausland wäre in manchen Fällen zweckmäßiger als eine unmittelbare Unterstützung durch das Auswärtige Amt.

Herr von *Waldheim* (Auswärtiges Amt, Abtlg. 5) erwähnte die deutsche Schule in Madrid, die nach dem Kriege konfisziert worden ist und deren Freigabe jetzt zur Diskussion steht.⁶ Es ergäbe sich die Frage, ob diese Schule von einer Organisation in Deutschland zu übernehmen sei. Einem solchen Plan habe er widersprochen, da nur eine nach lokalem ausländischem Recht konstituierte Organisation als Träger einer solchen Schule in Frage kommen könne.

Herr *Salat*: Auch vor dem Krieg gehörten die meisten deutschen Schulen im Ausland einem nach lokalem Recht gegründeten Schulverein. Die Madrider Schule hat nie dem Deutschen Reich gehört, weshalb die Beschlagnahme ihres Gebäudes noch unverständlicher ist. Die Frage der Förderung dieser Schulen ist zu trennen von der Frage nach ihren Trägern.

Herr *Strohm*: Es ist sehr wünschenswert, daß deutsche Schulen im Ausland nicht nur von Paß-, sondern auch von Kulturdeutschen und sonstigen interessierten Kreisen des Gastlandes gegründet und unterhalten werden.

Herr *Salat*: Vor allem auch in finanzieller Hinsicht hat es sich gut bewährt, daß Schulvereine deutscher Schulen auch Ausländer zu ihren Mitgliedern zählen, da ja die Unterhaltungskosten damit von einem weitaus größeren Personenkreis getragen werden können.

Herr *Dr. Mönning* (Leiter von Inter Nationes): Es mag wohl genügend Einrichtungen zur Betreuung des Auslanddeutschtums geben, sie verfügen jedoch nicht über ausreichende Mittel. Es ist besonders schwierig, die einander oft feindlichen deutschen Gruppen im Ausland, die in den verschiedenen deutschen politischen Epochen während der letzten Jahrzehnte ausgewandert sind, richtig zu behandeln, zumal das Ausland politisch orientierten Vereinen deutscher Auswanderer mit Mißtrauen begegnet. Während eines Besuches der verschiedenen Verlage in den USA 1949 mußte ich feststellen, daß Bücher in deutscher Sprache für die amerikanischen Verleger weitgehend uninteressant geworden sind, da die deutsche Sprache in den USA sehr an Boden verloren hat.

Herr *Dr. Simon* (Auswärtiges Amt, Abtlg. 6): Deutsche Schulen und Schulvereine wirken meist verbindend, nicht trennend.

⁶ Die vor dem Zweiten Weltkrieg in Spanien von örtlichen deutschen Schulvereinen betriebenen zwölf deutschen Schulen wurden – wie eine Reihe weiterer, bereits 1945 blockierter deutscher Vermögenswerte in Spanien – aufgrund eines Gesetzes vom 23. April 1948 und einer Vereinbarung mit den Drei Mächten vom 10. Mai 1948 beschlagnahmt und veräußert. Botschaftsrat Schlitter, Madrid, teilte am 28. Juli 1953 mit, vom spanischen Erziehungsministerium sei in Aussicht gestellt worden, „daß die Frage des Eigentums an den früheren deutschen Schulgebäuden hoffentlich in nicht allzu langer Zeit in zufriedenstellender Weise geregelt werden könne“. Allerdings sei noch unklar, ob die Gebäude, darunter „insbesondere die Madrider Schule [...], zurückgegeben würden“ oder andere Gebäude für die deutschen Schulen zur Verfügung gestellt würden. Vgl. den Schriftbericht; B 86 (Referat V 7), Bd. 809.

Herr *von Waldheim* unterstrich die Bedeutung der gemischten Auslandshandelskammern für die deutsche Stellung im Ausland. Diese Handelskammern wurden, ähnlich wie die Schulvereine, von Kaufleuten beider Länder gegründet und haben im Laufe ihrer Tätigkeit auch weitgehend kulturelle Aufgaben wahrgenommen, was zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft führte.

Herr *von Zahn* (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) warf die Frage der Rechtsnachfolge des Vereins für das Deutschtum im Ausland auf, dessen bedeutendes Vermögen seinerzeit liquidiert wurde und heute zum Teil von den Ländern verwaltet wird. So befinden sich in Berlin drei Grundstücke aus dem Vermögen des ehemaligen VDA. Es ist denkbar, daß eine Landesregierung eines Tages beschließt, dieses Vermögen einer von ihr als Nachfolgerin angesehenen Organisation zu übertragen. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat bisher von Neugründungen abgeraten. Doch ist zu überlegen, ob man nicht der privaten Initiative ein Ventil öffnen müsse.

Herr *Bott*: Man kann die Bildung privater Organisationen nicht verhindern. Es kommt daher darauf an, solche Bestrebungen aufzufangen und in die richtige Bahn zu lenken.

Herr *Salat*: Das Ergebnis der Aussprache darf wohl dahingehend zusammengefaßt werden, daß die bereits bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen ausreichen und Personen, die sich in dieser Richtung betätigen wollen, aufgefordert werden können, ihnen beizutreten oder sie finanziell zu unterstützen.

Es darf als die einhellige Meinung der Teilnehmer an der Besprechung ausgesprochen werden, für absehbare Zeit keine Versuche zur Gründung von Vereinen für die Beziehungen zum Auslandsdeutschtum amtlich zu fördern.

Herr *Dr. Mönnig* machte den Vorschlag, diese Auffassung der obersten Bundesbehörden durch in große Tageszeitungen zu lancierende Artikel der Öffentlichkeit nahezubringen. Er warf ferner die Frage auf, ob dasselbe Problem auch in anderen Staaten bestehe.

Herr *Salat* nannte die Auslandsitaliener und die in der Schweiz bestehende Neue Helvetische Gesellschaft als Beispiele für fremde Bestrebungen zur Unterstützung im Ausland lebender Volksangehöriger.

Herr *von Zahn*: Es empfiehlt sich nicht, die große Presse auf die Frage unserer Beziehungen zum Auslandsdeutschtum aufmerksam zu machen, da das zu Verdächtigungen in der Auslandspresse führen könnte. Dagegen könnte man den Standpunkt der hier vertretenen Ressorts den Innenministerien der Länder und dem Deutschen Städtetag durch ein Rundschreiben mitteilen.

Es wurde vereinbart, daß der Entwurf des vom Bundesministerium des Innern herauszugebenden Rundschreibens von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts gefertigt und vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen mitgezeichnet werden soll.⁷

⁷ Am 22. März 1954 übermittelte Vortragender Legationsrat Frahne den Entwurf eines Rundschreibens „mit Empfehlungen der Bundesregierung zur Behandlung privater Bestrebungen zur Pflege der

Herr von Waldheim gab dann noch den Rat, bei künftigen Förderungsgesuchen von derartigen Gruppen oder Vereinen einen Auszug der Eintragung im Vereinsregister sowie eine Mitgliederliste nach neuestem Stand als Voraussetzung der Bearbeitung zu fordern.⁸ Im Referat Auslandsvermögen der Rechtsabteilung wurde die Erfahrung gemacht, daß die Antragsteller sehr oft dann nichts mehr von sich hören ließen.

Schluß der Sitzung gegen 17.30 Uhr.

B 86 (Referat 506), Bd. 160

13

Botschafter Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein

Geheim

Fernschreiben Nr. 18

Aufgabe: 14. Januar 1954, 23.00 Uhr¹

Ankunft: 15. Januar 1954, 05.30 Uhr

Für Staatssekretär

Hatte heute 3/4 stündiges Gespräch mit Douglas MacArthur, das sich hauptsächlich auf Berliner Konferenz erstreckte. MacArthur betonte wiederholt, wie befriedigt man amerikanischerseits über die in Paris mit Herrn Grewe geführten Verhandlungen² sei, die sich als außerordentlich nützlich erwiesen hätten. Man sei nicht nur mit den Engländern, sondern auch mit den Franzosen über die auf der Konferenz einzuhaltende Linie einig. Amerikanischerseits ginge man bona fide an die Verhandlungen heran, mit der Absicht, wenn auch nicht in der Hoffnung, zu einem Einverständnis zu kommen. Das bedeute, daß man

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

Beziehungen mit dem Auslandsdeutschtum“ an das Bundesministerium des Innern. Vgl. B 90 (Referat 600), Bd. 560.

Das Bundesministerium des Innern leitete den Entwurf am 23. Juni 1954 zur Mitzeichnung an die beteiligten Ressorts und schlug mit Schreiben vom 20. Oktober 1954 „eine gemeinsame kurze Erörterung“ vor, nachdem sowohl das Bundeskanzleramt als auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage Änderungsvorschläge übermittelt hatten. Für dieses Schreiben sowie das Rundschreiben vom 26. Oktober 1954 an die Innen- und Kultusminister der Länder sowie die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände vgl. B 90 (Referat 600), Bd. 560.

⁸ Der CSU-Abgeordnete Graf übergab Staatssekretär Hallstein am 31. März 1955 die Satzung sowie eine Mitgliederliste des soeben in München unter Beteiligung des bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner neu gegründeten „Vereins für das Deutschtum im Ausland – Deutscher Schulverein e. V.“ Vortragender Legationsrat I. Klasse Trützschler von Falkenstein stellte dazu am 6. April 1955 fest, die Neugründung sei trotz der den Ländern mit Rundschreiben vom 26. Oktober 1954 mitgeteilten Auffassung der Bundesregierung „ohne jede Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen des Bundes überraschend erfolgt“. Offenbar sei das Schreiben „den maßgebenden Herren in Bayern nicht vorgelegt“ worden. Vgl. B 90 (Referat 600), Bd. 583.

¹ Hat laut Vermerk des Legationssekretärs Noebel Botschafter Blankenhorn vorgelegen.

² Vom 17. bis 20. Dezember 1953 fanden Gespräche der Pariser Arbeitsgruppe der Drei Mächte mit dem Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe, statt. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 368, Dok. 370 und Dok. 373.

sich in Einzelheiten der Verhandlungsführung nicht starr festlegen könne. Auf der anderen Seite aber würde man auf keinen Fall Prinzipien preisgeben, insbesondere nicht, soweit diese sich aus den allgemeinen Grundlagen der freien Welt ableiten. Diese seien vor allem das Bestehen auf freien Wahlen als Ausgangspunkt der deutschen Wiedervereinigung, ferner, daß das wiedervereinigte Deutschland und seine Regierung volle Handlungsfreiheit haben müßten.

Auf gar keinen Fall dürfe das wiedervereinigte Deutschland durch ihm auferlegte Bindungen zu einer Nation zweiter Klasse herabgewürdigt werden.

Ich brachte meinerseits den deutschen Vorschlag bezüglich Volkskammer-Auflösung und Volkskammer-Neuwahl zusammen mit National-Wahl³ zur Sprache und hinwies auf Notwendigkeit, die Kontinuität des in der Bundesrepublik erreichten demokratischen Aufbaus zu wahren. Dies sei auch unter dem Gesichtspunkt der Weitergeltung der von der Bundesrepublik eingegangenen Verträge wie Schuldenabkommen⁴ und Israel-Abkommen⁵ zwingend. MacArthur sagte dazu, daß ihm das gemeinsame Interesse der Westmächte und der Bundesregierung zu diesen Fragen durchaus bewußt sei.

Auf meine Frage, wie man einer eventuellen Verschleppungstaktik der Sowjets begegnen wolle, sagte MacArthur, alle drei Regierungen wären sich über diese Gefahr im klaren. Als ich Bidaults Äußerung, „er werde mit unendlicher Geduld nach Berlin gehen“⁶, zitierte, bemerkte er, diese Worte seien seines Erachtens nur für die französische öffentliche Meinung bestimmt gewesen. Sowohl Laniel als auch Bidault legten offensichtlich Wert darauf, den Eindruck zu vermeiden, als ob sie sich bei den Berliner Verhandlungen in das Schlepptau der beiden angelsächsischen Mächte begeben werden. Die amerikanische Regierung halte es übrigens für sehr wichtig, daß vor der öffentlichen Meinung der Welt nicht der Eindruck erweckt würde, als ob sie nur zur Konferenz ginge, um zu demonstrieren, daß es unmöglich sei, mit den Sowjets zu einer Einigung zu kommen. Zusammenfassend sagte MacArthur, er zweifle auch angesichts der zitierten Äußerung Bidaults nicht daran, daß die Franzosen zu den in Paris getroffenen Absprachen mutig stehen würden.

Bezüglich EVG erklärte MacArthur unter eingehender Darlegung seiner Auffassung von der innerfranzösischen Situation, daß er immer noch fest glaube, man könne die Franzosen zu einer Ratifikation der EVG-Verträge bringen. Er würde oft nach Alternativen zur EVG gefragt. Aber auch in den vertraulichsten Gesprächen könne er immer nur antworten, daß diese bei weitem die beste Lösung für das gegebene Problem darstelle. Die heute vielzitierte Auffassung, daß das französische Volk zum Unterschied von den Parlamentariern und gewissen einflußreichen Kreisen hinter der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stehe, könne er aus einem eigenen Erlebnis, das er während seiner letzten

³ Zum Vorschlag der Bundesregierung hinsichtlich der Wahlen vgl. Dok. 7, Anm. 3.

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Abkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485.

⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel (Luxemburger Abkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.

⁶ Zu entsprechenden Äußerungen des französischen Außenministers auf einer Tagung am 9/10. Januar 1954 in Paris vgl. den Artikel „Bidault verspricht für Berlin unendliche Geduld“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Januar 1954, S. 1.

Anwesenheit in Frankreich gehabt habe, bestätigen. Er bat, man möge in Deutschland dahin wirken, daß alle Nadelstiche gegenüber Frankreich unterblieben⁷. Er betonte ausdrücklich, daß dies nicht an die Adresse der Bundesregierung gerichtet sei. Man erkenne in Washington hoch an, wie der Herr Bundeskanzler um eine günstige Entwicklung der französischen öffentlichen Meinung in der Frage der europäischen Integration bemüht sei. Er wisse auch, wie schwierig es manchmal für die deutsche Seite sein müsse, die im Interesse eines Ausgleiches notwendige Zurückhaltung zu üben.

Bezüglich Dulles-Rede⁸ sagte MacArthur, diese sei nicht nur im Council of Foreign Relations, sondern auch von den beiden Parteien des Kongresses ausgezeichnet aufgenommen worden. Es sei der Regierung besonders wichtig, auch die Zustimmung einflußreicher demokratischer Senatoren zu haben, weil sie darauf Wert lege, daß die Außenpolitik von den beiden Parteien getragen würde. Der wichtigste Teil der Rede sei der, welcher sich mit der Konzeption einer Sicherungspolitik befasse, die auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt werden könnte, der sogenannten Idee des „long haul“.

[gez.] Krekeler

B 2-VS, Bd. 17A (Büro Staatssekretär)

⁷ Dieser Teilsatz wurde mit Fernschreiben nachträglich korrigiert. Vorher lautete er: „daß ähnlicher Nadelstich gegenüber Frankreich unterbliebe“. Für die Berichtigung vgl. B 130, Bd. 3189 (Abteilung 2).

⁸ Der amerikanische Außenminister Dulles äußerte sich am 12. Januar 1954 vor dem Council of Foreign Relations in New York zu den Veränderungen der Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Amtsantritt des Präsidenten Eisenhower, die angesichts der Verteidigungsausgaben notwendig gewesen seien: „Change was imperative to assure the stamina needed for permanent security. [...] We need allies and collective security.“ Für die USA und die anderen Länder der freien Welt werde „a maximum deterrent at a bearable cost“ angestrebt: „Local defenses must be reinforced by the further deterrent of massive retaliatory power.“ Das von den USA im April 1953 in der NATO vorgestellte neue Konzept des „long haul“, das auf eine kontinuierliche Entwicklung der Verteidigungskräfte unter langfristigen Erhalt der Wirtschaftskraft aller Bündnispartner abziele, sei von den NATO-Mitgliedstaaten angenommen worden. Auch die EVG, die sicherstellen solle „that rearmed Germans will serve the common cause and never serve German militarism“, werde von den USA unterstützt. Die Einsparung unproduktiver Verteidigungsausgaben bei den Verbündeten durch neue gemeinsame Sicherheitskonzepte werde eine Reduzierung amerikanischer Verteidigungshilfe ermöglichen. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 30 (1954), S. 108 f.

Botschafter Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt

518-01 B. 60/54

14. Januar 1954¹

Inhalt: Beschlagnahmtes deutsches Vermögen in USA²

Vorgang: Bericht Nr. 2673/53 vom 9. Dezember 1953³;
 Drahtbericht⁴ Nr. 602 vom 19. Dezember 1953⁵

Über die Entwicklung der Frage des deutschen Vermögens in USA in den letzten Monaten unterrichten die beigefügten Vermerke

- 1) Stand der Beratungen über die im Senat eingebrachten Bills durch den Senatsunterausschuß (Dirksen Committee) (Vermerk vom 8. Januar 1954)⁶;
- 2) Fühlungnahme mit Kongreßmitgliedern und Regierungsstellen gelegentlich des Besuches des Bundestagsabgeordneten Jakob Altmaier (Vermerk vom 9. Januar 1954)⁷.

¹ Hat Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim am 23. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weit[ere] Verfügung] lief besonders, zusammen W[ieder]v[orlage] (Erl[äß] Wash[ington].“

² Auf der Grundlage des Trading with the Enemy Act vom 6. Oktober 1917 wurden seit 1941 deutsche staatliche wie private Vermögenswerte, die sich in den USA befanden, beschlagnahmt und in der Folgezeit enteignet, u. a. mit dem Ziel, den Erlös zum Ausgleich für amerikanische Kriegsgeschädigte zu verwenden. Erst am 17. April 1953 wurden die Enteignungen eingestellt, jedoch blieb die Bestimmung des War Claims Act vom 3. Juli 1948 bestehen, daß keine Rückgabe der Vermögenswerte erfolgen solle. Vgl. dazu DEUTSCHES VERMÖGEN IM AUSLAND, Bd. 1, S. 459–479, und DEUTSCHES VERMÖGEN IM AUSLAND, Bd. 3, S. 570. Vgl. ferner AAPD 1953, I, Dok. 132.

³ Botschafter Krekeler, Washington, übermittelte am 9. Dezember seinen Runderlaß vom 2. November 1953 an die Generalkonsulate und Konsulate in den USA, in dem er diesen ihre Aufgaben bei den Bemühungen erläuterte, für eine Rückgabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens „die Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses und darüber hinaus der öffentlichen Meinung zu erhalten“. Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 72.

⁴ Dieses Wort wurde von Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Drahterlaß“.

⁵ Vortragender Legationsrat von Grolman leitete der Diplomatischen Vertretung in Washington am 19. Dezember 1953 ein Aide-mémoire für die amerikanische Regierung zu, in dem Befriedigung über die amerikanischen Bestrebungen geäußert wurde, das beschlagnahmte deutsche Vermögen zurückzugeben „oder Wertersatz für diese Entziehungen zu leisten“. Zudem wurde auf die innenpolitische Bedeutung des Themas in der Bundesrepublik hingewiesen und darauf, daß die „deutschen Alteigentümer [...] die traditionellen Vermittler der Freundschaft zwischen beiden Nationen gewesen“ seien und in die Lage versetzt werden sollten, „diese Rolle wieder zu übernehmen“. Vgl. B 130, Bd. 5438 A (Referat 506/508).

⁶ Dem Vorgang beigefügt. Auf der Grundlage der Protokolle der Sitzungen des Unterausschusses des Rechtsausschusses des amerikanischen Senats vom 20. bis 22. Juli sowie am 16./17. November 1953 resümierte Gesandtschaftsrat Pelckmann, Washington, „daß sowohl politische wie rechtliche Gesichtspunkte eine für uns günstige Haltung des Dirksen Subcommittee bei seiner Empfehlung an den Senat erwarten lassen. Senator Dirksen traf abschließend die Feststellung, die USA seien der Champion des Kapitalismus, und mit einer solchen Haltung sei die Konfiskation von Privatvermögen rechtlich unvereinbar.“ Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 72.

⁷ Dem Vorgang beigefügt. Gesandtschaftsrat Pelckmann, Washington, berichtete, daß er mit dem SPD-Abgeordneten Altmaier, der sich auf einer privaten Reise in den USA befinde, am 18. Dezember 1953 in New York über „die Lage des deutschen Vermögens in [den] USA“ gesprochen habe. Altmaier habe das Thema dann bei Besuchen vom 2. bis 4. Januar in Chicago und vom 5. bis 8. Januar 1954 in Washington gegenüber amerikanischen Senatoren und der Regierung zur Sprache gebracht. Die Gespräche hätten „wesentlich dazu beigetragen, die Geneigtheit zur Rückgabe zu verstärken, nicht zuletzt, weil er als Angehöriger der Opposition im Bundestag, als Jude und als Beteiligter am deutsch-

Über meine Vorsprache im State Department (Deputy Undersecretary Robert Murphy) am 5. Januar habe ich bereits mit Drahtbericht Nr. 5 vom 7.⁸ Januar 1954 berichtet. Die englische Fassung des mit Drahtbericht⁹ Nr. 602 im deutschen Wortlaut übermittelten und bei dem Besuch übergebenen Aide-mémoire wird beigefügt.¹⁰

Das State Department ist sich jetzt offenbar bewußt, daß es einer Stellungnahme zur Frage der Rückgabe nicht mehr ausweichen kann. Hierfür sprechen folgende Umstände:

1) Die Beratungen des Senatsunterausschusses über die vorliegenden Bills haben gezeigt, daß die Rückgabe von allen einsichtigen und mit der Materie vertrauten Persönlichkeiten (frühere Leiter des Office of Alien Property) als einzige Lösung empfohlen wird. Der noch nicht veröffentlichte Abschlußbericht dieses Unterausschusses wird die Rückgabe empfehlen. Dies ergibt sich aus dem im ersten gedruckten Bericht des Senatsunterausschusses enthaltenen Memorandum des Arbeitsstabes des Unterausschusses (Seite 246 ff.).

2) Die öffentliche Meinung und weitere Kreise des Kongresses, welche an der Frage bisher nicht interessiert waren, sind auf das Problem neuerdings aufmerksam geworden.

3) Auf das Verhalten der Bundesregierung in der Frage des deutschen Vermögens gegenüber neutralen Ländern hat HICOG mit verschiedenen, dieses Verhalten mißbilligenden Noten reagiert¹¹ (vgl. Anlagen zum Erlaß vom 14. Dezember 1953, Nr. 8979/53¹²). Die Initiative der Bundesregierung in der Frage des deutschen Vermögens in USA durch meine Vorsprache im State Department am

Fortsetzung Fußnote von Seite 44

israelischen Vertrag guten Kontakt zu den dieser Frage bisher indifferent oder ablehnend gegenüberstehenden amerikanischen Kreisen hat“. Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 72.

⁸ Die Ziffer „7.“ wurde von Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „6.“

Mit dem am 6. Januar 1954 gefertigten und am folgenden Tag übermittelten Drahtbericht teilte Botschafter Krekeler, Washington, mit, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Murphy, habe hinsichtlich einer Freigabe des deutschen Vermögens „Verständnis für deutsche Auffassung und für Bedeutung der Frage für deutsche Innenpolitik und Weiterentwicklung freundschaftlichen Verhältnisses zu USA“ gezeigt. Seine Mitarbeiter hätten jedoch die Schwierigkeiten hervorgehoben: „1) Für Rückerstattung von bereits an Kriegsgefangene ausgezahlten 225 Millionen Dollar aus Liquidationserlösen müssen neue Mittel im Haushalt bewilligt werden, außerdem schwebt über noch nicht verfügte Vermögenswerte der bekannte Rechtsstreit mit Schweizern. 2) Rückgabe seitens USA würde Abschluß und Durchführung alliierter Vereinbarungen mit Neutralen, beispielsweise Spanien, in Frage stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5; B 11 (Abteilung 2), Bd. 850.

⁹ Dieses Wort wurde von Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Drahterlaß“. Vgl. dazu Anm. 5.

¹⁰ Dem Vorgang nicht beigefügt.

¹¹ Bereits mit Schreiben vom 5. Februar 1953 an Staatssekretär Hallstein nahm die AHK Stellung zu Berichten, denen zufolge Vertreter bzw. Handelsdelegationen aus der Bundesrepublik versucht hätten, mit der portugiesischen, schwedischen und spanischen Regierung über das beschlagnahmte deutsche Auslandsvermögen zu sprechen, und offenbar solche Gespräche mit der österreichischen Regierung bevorzugen. Die AHK erinnerte an ihr Schreiben vom 28. April 1951 an Bundeskanzler Adenauer, in dem sie klargestellt habe, daß die Drei Mächte „cannot agree to the Federal Government entering into bilateral negotiations with other countries on the subject of German external assets“. Die AHK sei jedoch bereit, eventuelle Ersuchen der Bundesregierung um eine Verhandlungsermächtigung mit einzelnen Staaten zu prüfen. Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 160. Vgl. dazu auch AAPD 1953, I, Dok. 83.

¹² Oberregierungsrat Roedel übermittelte der Diplomatischen Vertretung in Washington u. a. den Notenwechsel des Bundeskanzlers Adenauer mit der AHK vom 31. Juli, 6. bzw. 16. Oktober und 7. bzw. 20. November 1953 zu Verhandlungen über das beschlagnahmte deutsche Auslandsvermögen allgemein und zu Verhandlungen mit Chile, Portugal und Brasilien. Für den Schrifterlaß vom 14. Dezember 1953 vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 72.

5. Januar d. J. muß die amerikanische Regierung veranlassen, ihren Standpunkt, den sie als Mitglied von HICOG eingenommen hat, aufgrund der in 2) und 3) gekennzeichneten Entwicklung zu überprüfen.

Wie ich bereits mit Drahtbericht Nr. 5 vom 7. Januar d. J.¹³ mitgeteilt habe, zeigen die führenden Persönlichkeiten des State Departments (John Foster Dulles an der Spitze) Verständnis für unsere Wünsche, während die Beamten der mittleren und unteren Ebene aufgrund ihrer Tätigkeit in der früheren Verwaltung die formalen und rechtlichen Schwierigkeiten in den Vordergrund zu stellen suchen. Auf diese Tatsache bin ich auch von verschiedenen amerikanischen Persönlichkeiten hingewiesen worden. Die Bedeutung dieser Schwierigkeiten und des Einflusses dieser Personengruppe sollte nicht verkannt werden.

Bei der Besprechung mit Mr. Murphy und seinen Mitarbeitern wurde von diesen immer wieder hervorgehoben, daß die Frage der Rückgabe des deutschen Vermögens in USA offenbar so lange nicht gefördert werden könne, als nicht die drei alliierten Regierungen hinsichtlich der deutschen Vermögenswerte in den neutralen Ländern zu einer Regelung gekommen sind. Es wird also von dieser Seite im State Department ebenso wie in dem Notenwechsel der Alliierten Hohen Kommission mit der Bundesregierung versucht, die Entscheidung dieser Frage hinauszuziehen mit dem vagen Hinweis, daß alsdann „die Alliierte Kommission bereit sein wird, die Bedingungen erneut zu überprüfen, unter denen die Bundesregierung ermächtigt würde, mit anderen Ländern über die Frage der deutschen Auslandswerte zu verhandeln“.¹⁴

Es ist aber zu befürchten, daß die alliierten Regierungen, sobald sie erst zu einem Abschluß der Regelung hinsichtlich der deutschen Vermögenswerte mit den Neutralen gekommen sein werden, diese Regelung als Argument benutzen, um Rückgabeverlangen der Bundesregierung hinsichtlich der deutschen Vermögenswerte in ihren Ländern zurückzuweisen, und zwar unter Hinweis darauf, daß die Neutralen ihnen Inkonsequenz und Unaufrichtigkeit vorwerfen würden, wenn die Alliierten von ihnen etwas verlangen, was sie selbst nicht zu tun bereit sind. Es müßte daher gerade unser Bestreben sein, die Rückgabe im Lande des einflußreichsten Alliierten – USA – schon jetzt trotz aller formalen Widerstände zu erreichen, um damit ein Präjudiz auch für die Regelung mit den Neutralen zu schaffen.

Es kann als sicher angenommen werden, daß Mr. Margolies vom State Department, der, wie berichtet, am 6. Januar nach Bonn geflogen ist, um – wie er vertraulich mitteilte – die letzte deutsche Note über die Verhandlungen mit Spanien mit HICOG abzustimmen¹⁵, auch die Stellungnahme der amerikanischen Regie-

¹³ Vgl. dazu Anm. 8.

¹⁴ Vgl. das Schreiben des Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, Hoyer Millar, vom 16. Oktober 1953 an Bundeskanzler Adenauer (AGSEC (53) 891); B 86 (Referat 506), Bd. 145.

¹⁵ Mit Schreiben vom 16. Oktober 1953 an Bundeskanzler Adenauer äußerte der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, Hoyer Millar, Mißbilligung über nicht genehmigte Gespräche „eines Beamten des Auswärtigen Amtes“ in Madrid zum in Spanien beschlagnahmten deutschen Vermögen: „Diese letztere Einmischung müssen die Drei Mächte sehr ernst nehmen, denn sie kann die Verhandlungen, welche die drei Regierungen zur Zeit führen, nur erschweren, und steht im Widerspruch zu der Abmachung zwischen den drei Regierungen und der Bundesrepublik, die dem Sechsten Teil des Überleitungsvertrages zugrunde lag.“ Vgl. 86 (Referat 506), Bd. 145.

Vortragender Legationsrat von Grolman legte am 8. Februar 1954 dar, daß in Gesprächen mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Margolies, am 16. und 18. Januar 1954 klargestellt

rung zu meinem Schritt vom 5. Januar mit HICOG erörtern und die Bedeutung der Lösung der Frage des deutschen Eigentums in USA für die in dem Notenwechsel HICOG–Bundesregierung behandelten Streitfragen darstellen wird.¹⁶

Ich darf deshalb bitten, mich auch über den neuesten Stand dieses Notenwechsels mit HICOG¹⁷, welcher mir bis zum 20. November 1953 bekannt ist, zu unterrichten, da seine Kenntnis für etwaige hier aufkommende Erörterungen von Bedeutung ist.

Krekeler

B 86 (Referat 506), Bd. 72

15

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Salat

6-8/54 geheim

15. Januar 1954

Betr.: Angebot von Stipendien und Freiplätzen in Ferienkolonien für griechische Studenten und Kinder

In einer früheren Aufzeichnung habe ich den Herrn Staatssekretär bereits über den Plan des Europarats unterrichtet, den Regierungen der Mitgliedstaaten

Fortsetzung Fußnote von Seite 46

worden sei, daß der damalige Leiter der Rechtsabteilung, Mosler, am 12. Juni 1953 keine Verhandlungen mit der spanischen Regierung geführt, sondern lediglich „einen informellen Gedankenaustausch“ zur Vermögensfrage gehabt habe. Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 149.

16 Gesandtschaftsrat z. Wv. von Waldheim resümierte am 16. Januar 1954 eine Unterredung mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Margolies, dem vor allem die politischen Aspekte der Frage des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens, „die finanzpolitischen Konsequenzen, insbesondere hinsichtlich der Entschädigung, und [...] die Schwierigkeiten für die Zukunft des deutschen Außenhandels“ dargelegt worden seien. Margolies habe erneut auf die rechtlichen Schwierigkeiten einer Rückgabe und insbesondere auf mögliche Folgen in Drittländern hingewiesen. Diese „seien durch die USA verpflichtet worden, das deutsche Eigentum zu liquidieren“, so daß „von diesen Drittländern die USA für die Liquidationsmaßnahmen politisch und wirtschaftlich verantwortlich gemacht werden könnten“. Vgl. B 86 (Referat 506), Bd. 72.

17 Mit Schreiben vom 21. Januar 1954 (AGSEC (54) 27) teilte der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, Hoyer Millar, Bundeskanzler Adenauer mit, daß und zu welchen Bedingungen die AHK der Bundesregierung Spielraum für Verhandlungen mit anderen Staaten über das beschlagnahmte deutsche Vermögen einzuräumen bereit sei. So sollte sie insbesondere mit Blick auf Verhandlungen mit Spanien zusichern, daß sie sich an Teil 6 des Überleitungsvertrags vom 26. Mai 1952 gebunden fühle, der neben Bestimmungen zum Umfang etwaiger Verhandlungen „auch ergänzende Verpflichtungen seitens der Bundesrepublik“ enthalte. Insgesamt gebe es keine Einwendungen gegen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und einem dritten Staat „unter der Voraussetzung, daß diese Abkommen nicht gegen bestehende internationale Verpflichtungen verstoßen“, die dieser Staat gegenüber den Drei Mächten eingegangen sei. Dies bedeute nicht, daß sich die AHK der Haltung anschließe, „die die Bundesregierung in ihren Verhandlungen mit anderen Staaten gegebenenfalls einnimmt“, und sie würde sich möglicherweise auf Bitte eines Staates, der nicht zu Gesprächen bereit sei, „gezwungen sehen, Einwendungen gegen Verhandlungen zu erheben“. Vgl. B 130, Bd. 5438 A (Referat 506/518).

die Gewährung von zusätzlichen Stipendien für griechische Studenten und von Freiplätzen in Ferienkolonien für griechische Kinder aus den Familien vorzuschlagen, die unter dem Krieg und den Nachkriegswirren besonders gelitten haben. Dabei habe ich mir erlaubt anzuregen, der Herr Bundeskanzler möchte seine Griechenlandreise¹ zum Anlaß nehmen, um ein derartiges Angebot im Namen der Bundesregierung zu machen. Der Herr Staatssekretär hat von diesem Vorschlag zustimmend Kenntnis genommen.

Eine Anfrage der Kulturabteilung bei der Deutschen Botschaft in Athen über die Bedürfnisfrage hat eben vom Herrn Botschafter eine bejahende Antwort gefunden. Der beigelegte Bericht², der auch noch andere Fragen im Zusammenhang mit dem Studium griechischer Studenten in Deutschland aufwirft, befürwortet wärmstens die Gewährung zusätzlicher Stipendien, die in ähnlicher Weise wie beim Amerikabesuch des Herrn Bundeskanzlers³ öffentlich bekanntgegeben werden sollen. Der Herr Botschafter schlägt vor, der Universität Athen, der Universität Saloniki, der Technischen Hochschule Athen und der Hochschule für Politik in Athen je ein Sonderstipendium anzubieten. Die Bekanntgabe könnte im Rahmen der Feier stattfinden, die Rektor und Senat der Universität Athen in der Aula der Hochschule zu Ehren des Herrn Bundeskanzlers zu veranstalten gedenken.

In der Stiftungsurkunde könnte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Stipendien vorzugsweise Flüchtlingen zugute kommen sollen.

Was die Kinder betrifft, so regt der Herr Botschafter an, der Herr Bundeskanzler möchte für acht bis zehn Kinder Freiplätze in deutschen Ferienkolonien anbieten, einschließlich der Kosten für Hin- und Rückfahrt. Diese Kinder könnten sowohl aus Kreisen der Flüchtlingsfamilien wie der von den Erdbeben auf den Ionischen Inseln⁴ heimgesuchten Bevölkerung oder auch aus Orten stammen, die zur Zeit der deutschen Besetzung besonders gelitten haben.

Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit darf ich bitten, recht bald die Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers herbeiführen zu wollen. Die Kulturabteilung wird die weiteren Vorarbeiten für die Stiftungsurkunden der Stipendien übernehmen, während wohl für die Angelegenheit der Kinderfreiplätze Abtei-

¹ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 9. bis 18. März 1954 in Griechenland auf.

² Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Kordt, Athen, äußerte sich am 4. Januar 1954 positiv zu der Idee, Griechenland Stipendien für Studenten und Freiplätze für Kinder in Ferienkolonien anzubieten: „Die Bedürfnisfrage ist unbedingt zu bejahen. [...] Die Armut des Landes bringt es mit sich, daß sehr viele der Studienbewerber nicht in der Lage sind, die Kosten eines Studiums aus eigenen Mitteln zu bestreiten.“ Die drei bislang gewährten Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für die Universitäten in Athen und Saloniki seien „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 15; B 130, Bd. 5139 A (Abteilung 6).

³ Bundeskanzler Adenauer besuchte die USA vom 6. bis 17. April 1953. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 113–115 und Dok. 120.

In seiner Dankesrede bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Georgetown University am 7. April stellte Adenauer der Universität ein Stipendium für einen einjährigen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik zur Verfügung, ebenso der University of Chicago und der Harvard University bei Besuchen am 14. bzw. 17. April 1953. Vgl. dazu JOURNEY TO AMERICA, S. 25 f. und S. 164.

⁴ Am 15. August 1953 vermerkte Ministerialdirektor Kordt, daß in den Tagen zuvor „eine Anzahl starker Erdbeben schwere Zerstörungen auf den griechischen Inseln im Ionischen Meer“ mit mehr als 1000 Toten verursacht habe. Mehr als 100 000 Menschen seien durch die Zerstörungen ganzer Ortschaften obdachlos. Vgl. B 11 (Abteilung 3), Bd. 879.

lung 2 zuständig sein dürfte. Die Mittel müssen wohl gesondert⁵ bereitgestellt werden.⁶

Abteilung Protokoll und Abteilung 2 erhalten Durchdruck des Berichts und der Aufzeichnung.

Herrn Staatssekretär Professor Hallstein⁷ ergebenst vorgelegt.

Salat

B 130, Bd. 5139A (Abteilung 6)

16

Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck

212-19 III 14/54 geheim

16. Januar 1954¹

Der Eifer, mit dem die Sowjetregierung die von Präsident Eisenhower vorgeschlagenen Verhandlungen über Fragen der Atomenergie angenommen hat², führt

⁵ Die Wörter „wohl gesondert“ wurden von Staatssekretär Hallstein hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das?“

⁶ Am 21. Januar 1954 bat Vortragender Legationsrat Salat Legationsrat I. Klasse Hilgard und Hilfsreferent Müller-Horn „um recht baldige Vorlage“ von Entwürfen zu Stiftungsurkunden für die vier Stipendien und die Vorbereitungen hinsichtlich der Freiplätze für griechische Kinder in Ferienkolonien. Über die Bereitstellung der Mittel, die „nicht aus dem Kulturfonds [...] entnommen werden sollen“, für die Stipendien solle mit dem zuständigen Referenten der Verwaltungsabteilung gesprochen werden unter Hinweis darauf, „daß es sich um eine einmalige Ausgabe für das Hochschuljahr 1954/55 handelt, und zwar nur für den Aufenthalt, nicht für die Reise“. Vgl. B 130, Bd. 5139A (Abteilung 6).

⁷ Hat Staatssekretär Hallstein am 16. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort. 1) [Abteilung] VI. Ich bitte sofort m[it] d[en] Vorbereitungen zu beginnen. 2) W[ie]der[v]or[la]ge [Vortrag BK].“

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Gesandtem I. Klasse Freiherr von Welck am 18. Januar 1954 „mit der Bitte um Kenntnisnahme“ an Botschafter Freiherr von Maltzan gesandt. Außerdem verfügte er handschriftlich die Weiterleitung an Gesandten I. Klasse Strohm und Ministerialdirigent z. Vv. Bräutigam. Hat Strohm am 18. Januar und Bräutigam am 19. Januar 1954 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 7045 A (Materialsammlung Blankenhorn).

² Präsident Eisenhower präsentierte der UNO-Generalversammlung am 8. Dezember 1953 einen „Atoms for Peace“-Vorschlag, in dem er sich u. a. für die Förderung weltweiter Forschung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und den Zugang aller Staaten zum dafür notwendigen spaltbaren Material aussprach. Außerdem solle mit dem Abbau der „potential destructive power of the world's atomic stockpiles“ begonnen werden. Die USA seien zudem bereit, mit anderen interessierten Staaten in nichtöffentlichen Verhandlungen eine Lösung für das atomare Wettrüsten zu suchen. Vgl. PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1953, S. 813–822, hier S. 822. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, Bd. 1, S. 6275–6278.

Die sowjetische Regierung antwortete am 21. Dezember 1953 mit dem Vorschlag zu einer Erklärung, mit der sich die Staaten verpflichten sollten, keine Atom-, Wasserstoff- oder anderen Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Sie erklärte sich zudem zu den von Eisenhower vorgeschlagenen vertraulichen Verhandlungen bereit. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, I, S. 401–407. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, Bd. 1, S. 6406–6408.

Am 11. Januar 1954 nahm der amerikanische Außenminister Dulles Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Sarubin, auf. Vgl. dazu den Artikel „Dulles and Zarubin Open

zu der Vermutung, daß die Sowjets diese Verhandlungen bei den kommenden Vier-Mächte-Verhandlungen in Berlin für ihre Zwecke ausnutzen werden.

Geht man von der Voraussetzung aus, daß es den Sowjets bei den Berliner Verhandlungen in erster Linie darauf ankommt, den EVG-Vertrag zu Fall zu bringen und in diesem Sinne auf die französische Öffentlichkeit einzuwirken, so könnten die Sowjets in Berlin wie folgt argumentieren:

Sie stellen zunächst noch einmal die Gefahren des Wiedererstehens eines „deutschen Militarismus“ in den krassesten Farben dar. Sie weisen darauf hin, daß der „deutsche Militarismus“ in den letzten 40 Jahren zweimal einen Weltkrieg vom Zaune gebrochen habe und selbst im Rahmen der EVG nicht in Schranken gehalten werden könne, sondern dank der ihm innewohnenden Dynamik die Franzosen an die Wand drücken würde. So sei das Zögern der französischen Nationalversammlung, den EVG-Vertrag zu ratifizieren, durchaus verständlich.

Dann werden die Sowjets darauf hinweisen, daß in dem Kalten Krieg, der nun schon seit Jahren die Völker beunruhige und sie nicht zu einer friedlichen Entwicklung gelangen lasse, nun endlich das Stadium erreicht sei, in dem die beiden großen Gegenspieler, nämlich die USA und die Sowjetunion, an einem Tisch säßen und daß man deshalb die Gelegenheit nutzen sollte, nach Möglichkeiten zu suchen, um die furchtbarste Waffe, die die Menschheit bisher gekannt habe, die Atom- und Wasserstoffbombe, aus der Welt zu schaffen. Hiermit sei ein vielversprechender Anfang gemacht worden, und die Sowjetunion nehme an, daß es nicht bei diesem Anfang bleibe, sondern daß die Verhandlungen nur den ersten Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung und Entspannung der Weltlage darstellen. Es sei daher absurd, gerade in diesem Augenblick den deutschen Militarismus wiedererstehen zu lassen und die Welt einer neuen Bedrohung auszusetzen. Es wäre doch logisch, mit diesem Schritt wenigstens so lange zu warten, bis ein Ergebnis der amerikanisch-sowjetischen Atombesprechungen vorliege.

Es ist anzunehmen, daß eine solche Argumentierung ihre Wirkung auf die französische Öffentlichkeit nicht verfehlen wird.

Sollten die Sowjets mit der oben skizzierten Propaganda beginnen, so könnte dieser vielleicht am besten entgegengewirkt werden, indem von westlicher Seite betont wird, daß die Atombesprechungen und die Viererkonferenz nichts miteinander zu tun hätten und daß die Westmächte nicht gewillt seien, ein wenn auch verschleiertes Junktim zuzulassen. Die Viererkonferenz in Berlin habe den Zweck, eines der dringlichsten internationalen Probleme, nämlich die Deutschland- und die Österreichfrage, zu behandeln. Diese Verhandlungen dürften nicht dadurch gefährdet werden, daß sie auch noch mit anderen, noch schwierigeren und komplexeren Fragen belastet werden.

Es könnte ferner darauf hingewiesen werden, daß auch im Falle einer Einigung zwischen der SU und den USA über die Abschaffung der Atomwaffen die Wiederbewaffnung Deutschlands sogar eine noch größere Bedeutung erlangen würde, weil alsdann der wichtigste Schutz Westeuropas, die Überlegenheit der USA in Atomwaffen, fortgefallen wäre. Die Wiederbewaffnung Deutschlands würde aber

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

Pre-Atomic Parley Talks“; THE NEW YORK TIMES, International Air Edition vom 12. Januar 1954, S. 1.

auch bei dieser Sachlage im Interesse aller Nachbarn Deutschlands am besten im Rahmen der EVG durchgeführt werden. Endlich könnte hervorgehoben werden, daß ein Entgegenkommen der SU in der Deutschlandfrage gleichfalls zur allgemeinen Entspannung beitragen und möglicherweise den Verlauf der Atomgesprächen günstig beeinflussen würde.

Welck³

B 130, Bd. 7045 A (Materialsammlung Blankenhorn)

17

Memorandum der Bundesregierung für die Drei Mächte

Geheim

16. Januar 1954¹

Ziele der Westmächte auf der Berliner Konferenz und Pläne für das taktische Vorgehen

Die Bundesregierung hat von einigen Mitteilungen Kenntnis genommen, die ihr am 13. Januar 1954 durch den derzeitigen² Herrn Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission über die Ziele und das taktische Vorgehen der Drei Westmächte auf der Berliner Konferenz gemacht worden sind.³ Sie nimmt zu einigen in diesen Mitteilungen berührten Punkten folgenden Standpunkt ein:

1) Jede Verschleppung der Konferenz bedeutet im Hinblick auf die Lage in Frankreich und im amerikanischen Kongreß⁴ einen Erfolg der Moskauer Politik. Aber auch ein Auseinandergehen der Konferenz ohne klaren Abschluß oder ein Schlußkommuniqué, dessen Formulierung die Auslegung erlaubt, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist gefährlich, weil sie allen Kräften Nahrung bietet, die eine Festigung und Weiterentwicklung der westlichen Verteidigungsbemühungen für überflüssig halten. Für die Politik der europäischen Integration würde es verhängnisvoll sein, wenn weiterhin das Argument vorgebracht werden

³ Paraphe vom 18. Januar 1954.

¹ Der Entwurf des Memorandums wurde vom Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe, am 15. Januar 1954 gefertigt. Für den Entwurf vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 362.

Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen, der am 18. Januar 1954 handschriftlich auf der Reinschrift vermerkte: „Ein[ver]st[anden].“

Am 18. Januar 1954 teilte Staatssekretär Hallstein den Diplomatischen Vertretungen in London, Paris und Washington mit, daß die AHK „heute zwei Aide-mémoires, die Standpunkt der Bundesregierung zu Fragen Berliner Konferenz enthalten“, erhalten werde, und übermittelte Informationen zu den einzelnen Punkten der beiden Papiere. Vgl. den Drahterlaß Nr. 24; B 2-VS, Bd. 17 A (Büro Staatssekretär).

Für das zweite Memorandum vgl. Dok. 18.

² Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, Hoyer Millar, am 13. Januar 1954 vgl. BDFD I, S. 170–174.

Für die von Hoyer Millar übergebene Aufzeichnung „Die Berliner Konferenz – Ziele und Taktik“ sowie einen beigefügten Vorschlag zu einer Tagesordnung vgl. Nachlaß Grewe, Bd. 27.

⁴ Der Passus „im Hinblick ... Kongreß“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

könnte, die Verhandlungen seien nicht zu Ende und würden in Kürze wieder aufgenommen. Die gleiche Gefahr besteht, wenn Ausschüsse nach Schluß der Konferenz weiterbestehen blieben zur Bearbeitung von anderen Fragen als solchen, die jetzt auch schon Gegenstand von Verhandlungen sind, z. B. Verkehr, Ost-West-Handel.⁵

2) Nach Auffassung der Bundesregierung sollten sich die Westmächte auf keinen Fall auf eine sowjetische Anregung einlassen, die Berliner Konferenz als 7. Vollsitzung des Rates der Außenminister anzusehen.

Die Bundesregierung hält diesen Gedanken aus folgenden Gründen für außerordentlich gefährlich und daher für unannehmbar:

a) Der Rat der Außenminister ist durch das Potsdamer Abkommen vom Jahre 1945⁶ begründet worden. Er ist ein Organ, das mit den Zielen und Absichten dieses Abkommens unlöslich verbunden ist und dessen Aufgabe es sein sollte, diese Ziele und Absichten zu verwirklichen. Wenn man jetzt einem etwaigen Verlangen der Sowjetunion zustimmt, die Konferenz als 7. Vollsitzung des Außenministerrats zu betrachten, kann daraus nicht ohne triftigen Grund von SU die Folgerung gezogen werden, daß auch die übrigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens noch in Kraft seien.⁷ Die Westmächte haben jedoch der Sowjetunion gegenüber selbst mit großer Entschiedenheit den Standpunkt eingenommen, daß das Potsdamer Abkommen durch die Entwicklung überholt ist und keine geeignete Grundlage für die Lösung der Deutschland-Frage darstellt (Noten vom 10.7.52 und vom 23.9.52⁸).

b) Das Potsdamer Abkommen sieht unter II, 3 (I) vor:

The Council shall be utilized for the preparation of a peace settlement for Germany to be accepted by the Government of Germany when a Government adequate for the purpose is established.⁹

Eine Deutschland einseitig auferlegte Friedensregelung – wie sie hier vorgesehen ist – ist in der Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 23. September 1952 ausdrücklich abgelehnt und als eine „Beleidigung für das deutsche Volk“ bezeichnet worden.

c) Dem Rat der Außenminister gehört außer den vier in Berlin vertretenen Mächten¹⁰ auch China an. Es war zwar nicht vorgesehen, daß alle fünf Mächte

⁵ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

⁶ Die Bildung eines Rates der Außenminister war nach Abschnitt II des Communiqués vom 2. August 1945 über die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA in Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vorgesehen. Für den Wortlaut vgl. DzD II/1, S. 2103–2105 bzw. S. 2126–2129. Vgl. dazu auch Abschnitt I des Verhandlungsprotokolls vom 2. August 1945; DzD II/1, S. 2150–2153 bzw. S. 2174–2178.

⁷ Dieser Satz wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

⁸ Für den Wortlaut der Noten der Drei Mächte vom 10. Juli bzw. vom 23. September 1952 an die UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5093 f. und S. 5207 f.

⁹ Vgl. DzD II/1, S. 2104.

¹⁰ So in der Vorlage.

Auf der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam waren Großbritannien, die UdSSR und die USA vertreten. Die französische Provisorische Regierung wurde mit Noten vom 31. Juli 1945 über die gefaßten Beschlüsse informiert und gebeten, sich diesen anzuschließen. Dies erfolgte mit Noten vom 7. August 1945. Vgl. dazu DzD II/1, S. 2203–2209 und S. 2211–2218.

gleichmäßig an allen Entscheidungen des Rates teilnehmen sollten. Vielmehr wurde bestimmt:

For the discharge of each of these tasks the Council will be composed of the Members representing those States which were signatory to the terms of surrender imposed upon the enemy State concerned.¹¹

Diese Bestimmung hat schon im Jahre 1945 zu Differenzen geführt. China hat an den späteren Tagungen des Außenministerrates nicht teilgenommen.¹² Die Bestimmung bietet jedoch den Sowjets einen Anknüpfungspunkt, um die Forderung nach einer Hinzuziehung Chinas zur Konferenz zu erheben.¹³ Es bedarf keiner Erläuterung, daß es nicht ratsam wäre, auf der Konferenz eine Diskussion darüber aufkommen zu lassen, ob eine solche Einladung etwa an die Regierung in Peking oder die in Formosa zu richten sei.

d) In den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über den Außenministerat findet sich unter II, 4 (I) weiterhin folgende Bestimmung:

Whenever the Council is considering a question of direct interest to a State not represented thereon, such State should be invited to send representatives to participate in the discussion and study of that question.¹⁴

Zwar wird man 1945 bei dieser Bestimmung kaum an Deutschland gedacht haben. Sie könnte aber heute gleichwohl von den Sowjets benutzt werden, um die Forderung auf Hinzuziehung deutscher Vertreter zu stützen¹⁵. Die Bundesregierung stimmt jedoch mit den Westmächten¹⁶ darin überein, daß eine solche Hinzuziehung solange nicht möglich ist, als sie auch die Teilnahme von Mitgliedern der kommunistischen Regierung der Sowjetzone bedeuten würde.

Die Konstituierung der Berliner Konferenz als 7. Sitzung des Außenministerrates würde daher eine weitgehende materielle und verfahrensmäßige Präjudizierung des Konferenzablaufs bedeuten. Die Frage ist¹⁷ so bedeutsam, daß ein Zurückweichen keinesfalls in Erwägung gezogen werden darf. Auch das Argument, man dürfe die Konferenz nicht an einer solchen Frage der äußeren Bezeichnung scheitern lassen, ist in diesem Falle nicht stichhaltig. Die äußere Bezeichnung enthält in diesem Fall tatsächlich Entscheidungen von größter politischer Bedeutung. Übrigens haben die Russen ihre Forderung, daß abwechselnd eine Sitzung in Westberlin und in Ostberlin stattfinden müsse, damit

¹¹ Vgl. DzD II/1, S. 2104.

¹² An der ersten Sitzung des Rates der Außenminister vom 11. September bis 2. Oktober 1945 in London, auf der die Vorbereitung der Friedensverträge für Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn im Mittelpunkt stand, nahm neben den Außenministern Bevin (Großbritannien), Bidault (Frankreich), Byrnes (USA) und Molotow (UdSSR) auch der chinesische Außenminister Wang Shi-jie teil. Vgl. dazu FRUS 1945, II, Dok. 56–185, S. 112–557. Vgl. dazu auch DBPO I/II, S. 100–481.

¹³ Mit der Note vom 26. November 1953 an die Drei Mächte, in der die sowjetische Regierung ihr Einverständnis zu einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte erklärte, kündigte sie an, daß sie auf dieser Konferenz die Einberufung einer weiteren Außenministerkonferenz der Vier Mächte unter Einbeziehung der Volksrepublik China „mit dem Ziel der Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen“ thematisieren werde. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, Bd. 2, S. 6230.

¹⁴ Vgl. DzD II/1, S. 2104.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unterstützen“.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „weiterhin“.

¹⁷ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „daher“.

begründet, daß nur zwei Parteien auf der Konferenz seien: SU sei die eine, die drei Westalliierten die andere.¹⁸ Dieser Auffassung haben sich die drei Westalliierten durch die Annahme der russischen Forderung bezüglich der Tagungsstätte angeschlossen.¹⁹ Dem Außenministerrat lag eine andere Konstruktion zu Grunde. Es kann sich also nicht um die 7. Sitzung handeln.²⁰

3) Bedenklich wäre auch die Aufnahme eines besonderen Tagesordnungspunktes über den deutschen Friedensvertrag. Wenn es für unumgänglich gehalten wird, die russischen Ansichten über einen deutschen Friedensvertrag anzuhören, so sollten die Westmächte doch vollkommen passiv bleiben und keinerlei ausdrückliche Zustimmung zur Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung und zu seiner Erörterung geben.²¹

Nachlaß Grewe, Bd. 27

¹⁸ Zu den Gesprächen der Stadtkommandanten der Drei Mächte in Berlin, Coleman (Großbritannien), Manceaux-Demiau (Frankreich) und Timberman (USA), mit dem Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission, Dengin, über die Frage des Tagungsortes der für den 25. Januar 1954 anberaumten Außenministerkonferenz der Vier Mächte vgl. Dok. 7, besonders Anm. 17.

¹⁹ Zum Stand der „Berliner Vorverhandlungen“ teilte Botschafter Hausenstein, Paris, am 14. Januar 1954 mit, im französischen Außenministerium halte man es für „höchst unwahrscheinlich, daß Westmächte auf russisches Verlangen eingehen, jeweils eine Sitzung im Osten und im Westen Berlins abzuhalten. Anerkennung solcher Parität ginge zu weit, nachdem Westen bereits nachgegeben habe, indem er Karlshorst und Sowjetbotschaft als Konferenzorte akzeptiert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; B 2-VS, Bd. 17 A (Büro Staatssekretär).

In ihrem fünften Treffen am 16./17. Januar 1954 einigten sich die Stadtkommandanten der Drei Mächte in Berlin, Coleman (Großbritannien), Manceaux-Demiau (Frankreich) und Timberman (USA), und der Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission, Dengin, darauf, daß die Außenminister in der ersten und dritten Konferenzwoche im Alliierten Kontrollratsgebäude in Berlin (West) und in der zweiten Woche in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin tagen sollten. Vgl. dazu FRUS 1952–1954, VII/1, Dok. 338, S. 770–772.

²⁰ Der Passus „Übrigens haben die Russen ... 7. Sitzung handeln“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

²¹ Zu der am 25. Januar 1954 vom Abteilungsleiter im britischen Hochkommissariat, Johnston, übergebenen Stellungnahme der Drei Mächte vermerkte der Sonderbevollmächtigte für die Berliner Konferenz, Grewe, am 26. Januar 1954, zu einer Fortsetzung der Beratungen in Unterausschüssen nach der Konferenz hätten die Drei Mächte erklärt, „daß nur eine Untergruppe ins Auge gefaßt sei, nämlich die zur Ausarbeitung des Wahlgesetzes“. Das Thema „Außenministerrat des Potsdamer Abkommens“ sei wohl ebenso erledigt wie die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zum Friedensvertrag für Deutschland, nachdem beides in der Eröffnungsrede des sowjetischen Außenministers Molotow vom 25. Januar unerwähnt geblieben sei. Vgl. B 130, Bd. 11267 A (Handakten von Welck).

18

Memorandum der Bundesregierung für die Drei Mächte**Geheim****18. Januar 1954¹****I. Organisation freier gesamtdeutscher Wahlen**

1) Die Bundesregierung empfiehlt größte Zurückhaltung bei der Einsetzung von Unterkommissionen und technischen Arbeitsgruppen. Sie hält es insbesondere für nicht akzeptabel, daß in solchen Untergruppen nach dem Prinzip der Einstimmigkeit entschieden werden soll.² Solche Untergruppen bieten den Sowjets eine Möglichkeit, entweder die Konferenz zu verschleppen oder aber – wenn den Untergruppen eine begrenzte Frist gesetzt ist – sie mit nebensächlichen und technischen Fragen an einen toten Punkt zu führen. Im Hinblick auf die Lage in Frankreich und im amerikanischen Kongreß würde aber eine Verschleppung der Konferenz unter Umständen einer Vereitelung der EVG gleichkommen.³

2) Mit besonderer Sorge erfüllt die Bundesregierung das Vorhandensein einer außerordentlich starken (mehr als 200 000 Mann) und stark bewaffneten Volkspolizei in der Sowjetzone. Die bloße Existenz einer solchen bewaffneten Macht in den Händen kommunistischer Machthaber muß auf die Bevölkerung einschüchternd wirken. Solange den Kommunisten eine solche Polizeimacht zur Verfügung steht, sind die Wahlen in der Sowjetzone nicht wahrhaft frei. Eine nach gesamtdeutschen Wahlen gebildete gesamtdeutsche Regierung, die ja keine Polizeikräfte zur Verfügung hat, würde, wenn sie in der Sowjetzone eine demokratische Ordnung durchsetzen will, auf den unüberwindlichen Widerstand der kommunistischen Volkspolizei stoßen. Zwischenfälle, die den Russen einen willkommenen Anlaß zum Eingreifen mit ihren Truppen geben, werden leicht kommen. Die westlichen Alliierten könnten mit ihren Streitkräften leicht in diese Auseinandersetzung verwickelt werden. Aus all diesen Gründen muß die Forderung erhoben werden, daß die Volkspolizei vor der Wahl zur Nationalversammlung und zur Volkskammer auf den ziffernmäßigen und bewaffnungsmäßigen Bestand des Grenzschutzes der Bundesrepublik herabgesetzt wird.

3) Die Bundesregierung gibt einer Vier-Mächte-Überwachungsorganisation (zusammengesetzt möglichst aus uniformierten Angehörigen der Streitkräfte der vier Besatzungsmächte) den Vorzug vor jeder anderen Zusammensetzung der Überwachungsorganisation. Aus den bisherigen Stellungnahmen der Sowjets ergibt sich kein Anhaltspunkt dafür, daß sie einer Vier-Mächte-Organisation in stärkerem Maße ablehnend gegenüberstehen als einer neutralen Überwachungsorganisation. Es könnte vielmehr an frühere sowjetische Vorschläge angeknüpft

¹ Der undatierte Entwurf des Memorandums wurde von Staatssekretär Hallstein und Bundeskanzler Adenauer überarbeitet. Am 18. Januar 1954 vermerkte Adenauer handschriftlich auf der Reinschrift: „Ein[ver]st[anden].“ Vgl. Nachlaß Grewe, Bd. 27.

Zur Übermittlung des Memorandums an die Drei Mächte am selben Tag vgl. Dok. 17, Anm. 1.

² Zur Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag der Drei Mächte, eine Vier-Mächte-Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen zu beauftragen, vgl. Dok. 7.

³ Zu den Überlegungen der Drei Mächte zu einer eventuellen Einsetzung von Untergruppen vgl. Dok. 17, Anm. 21.

werden, die an Stelle einer UN-Untersuchungskommission damals eine Untersuchungskommission bestehend aus Vertretern der Vier Mächte empfahl.⁴

II. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung

1) Die oberste Forderung der Westmächte und der Bundesregierung, aus der alle anderen Forderungen in bezug auf die gesamtdeutsche Frage sich ableiten, ist stets die Forderung nach freien Wahlen gewesen. Aus ihr ergibt sich, daß in Deutschland Wahlkörperschaften, die nicht ordnungsmäßig nach demokratischen Regeln gebildet sind, aufgelöst und neu gebildet werden müssen. Daher hat die Bundesregierung den Vorschlag gemacht, daß zusammen mit der Wahl für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung Neuwahlen für ein sowjetzonalen Parlament, das an die Stelle der Volkskammer tritt, stattfinden sollen.⁵ Dieser Vorschlag, für den sich das Bundeskabinett nach eingehender Überlegung entschieden hat⁶, wird nachdrücklich wiederholt. Wenn man Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung vornimmt, dabei aber die kommunistische Volkskammer, in deren Händen sich nach „volksdemokratischen“ Grundsätzen nicht nur die gesamte gesetzgebende, sondern auch die oberste vollziehende und richterliche Gewalt befindet, [...] so ist es unvorstellbar, daß die gesamtdeutsche Regierung sich, wenn sie erst gebildet ist, in der Sowjetzone tatsächlich durchsetzen kann. Auch würde die Sowjetzonenbevölkerung schon bei den gesamtdeutschen Wahlen unter der Furcht vor Racheakten der kommunistischen Machthaber stehen. Schließlich sollte der Vorteil, daß die gesamtdeutschen Wahlen unter objektiver Kontrolle stattfinden, auch den Wahlen für die sowjetzonale parlamentarische Vertretung zugute kommen. Überläßt man es der gesamtdeutschen Regierung, solche Wahlen später zu veranstalten, so ist der Kontrollapparat, der für die gesamtdeutschen Wahlen zur Verfügung steht, nicht mehr vorhanden. Der Einwand, daß es schwierig sei, Kandidaten für diese Wahl aufzustellen⁸, geht fehl. Es stehen genügend Persönlichkeiten zur Verfügung, die geeignet und willens sind, zu kandidieren. Wenn die gelegentlich von Experten geäußerte Befürchtung zuträfe, daß die Kandidaten sich fürchten, den Wahlkampf in der Sowjetzone zu führen, so würde das nur beweisen, daß die Garantien für eine freie Wahl (und zwar auch für die Nationalversammlung) überhaupt nicht gegeben sind.

⁴ Mit Note vom 9. April 1952 an die Drei Mächte erklärte sich die UdSSR bereit, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern; die von den Drei Mächten geforderte internationale Kontrolle von Wahlen durch eine Kommission der UNO lehnte sie jedoch ab. Statt dessen favorisierte sie die Überprüfung durch einen Ausschuß der Vier Mächte unter Hinzuziehung von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4866 f.

⁵ Der Vorschlag wurde vom Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe, am 18. Dezember 1953 in der Sitzung mit der Pariser Arbeitsgruppe der Drei Mächte vorgelegt. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 370.

⁶ Vgl. dazu die Kabinettsitzung am 18. Dezember 1953; KABINETTSPROKOLLE 1953, S. 580 f. Der amerikanische Hohe Kommissar Conant berichtete am 21. Januar 1954, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende von Brentano habe ihn über „serious disagreement“ der Mehrheit der Fraktion und der Bundesregierung mit Bundeskanzler Adenauer in dieser Frage informiert. Dessen Haltung sei nach Ansicht der Fraktion von „excessive caution“ geprägt und habe zu komplizierten Vorschlägen geführt, die für den Bundestag wie für die Öffentlichkeit unverständlich seien. Vgl. FRUS 1952–1954, VII/1, Dok. 340, S. 776.

Vgl. dazu auch die Kabinettsitzung am 12. Januar 1954; KABINETTSPROKOLLE 1954, S. 27–29.

⁷ Unvollständiger Teilsatz in der Vorlage.

⁸ Der britische Hohe Kommissar Hoyer Millar wies im Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein am 13. Januar 1954 auf diese Schwierigkeit hin. Vgl. dazu BDFD I, S. 172.

Kommt es zur Neuwahl der Volkskammer und zur Bildung einer demokratischen Regierung in der Sowjetzone, so sollte die Übertragung der Regierungs-, Gesetzgebungs- und Verhandlungsbefugnisse auf die Nationalversammlung und die gesamtdeutsche Regierung im Zusammenwirken der west- und ostdeutschen Teilparlamente und -regierungen erfolgen.

3) Die gesamtdeutsche Verfassung sollte keiner Genehmigung durch die Vier Mächte bedürfen. Ein solches Genehmigungsverfahren bringt erhebliche Gefahren mit sich. Wird es durch Mehrheitsbeschluß gehandhabt, so bedeutet es praktisch eine Genehmigung der Verfassung nur durch die Westmächte. Die Sowjets werden sich daher dem Mehrheitsprinzip in dieser Frage mit größter Zähigkeit widersetzen. Kommt es zur Annahme des Einstimmigkeitsprinzips, so erlangen die Sowjets ein Vetorecht gegenüber der Verfassung und damit von vornherein einen starken Einfluß auf ihre inhaltliche Gestaltung. Auf der anderen Seite haben die drei Westmächte durch ein solches Genehmigungsrecht wenig zu gewinnen. Wenn die endgültige gesamtdeutsche Regierung nach den Grundsätzen des Bonner Vertrages⁹ behandelt wird, so wird sie auch in ihrer Verfassungspolitik völlig frei sein. Sie würde dann die Möglichkeit haben, die von den Mächten genehmigte Verfassung nach kurzer Zeit wieder abzuändern.

Die Genehmigung der Verfassung ist eine Maßnahme, die ihrem Charakter nach einer inzwischen überholten Phase eines Besatzungsregimes angehört und die schlecht zu dem Bild der von den Westmächten gegenwärtig befolgten Gesamtpolitik paßt. Eine solche Maßnahme würde in der deutschen Bevölkerung nicht verstanden werden, zumal einer der wesentlichen Programmpunkte für die gesamtdeutsche Lösung „völlige Handlungsfreiheit für die gesamtdeutsche Regierung“ ist; sie würde unnötige Ressentiments gegen die Politik der Westmächte säen.

4) Aus den gleichen Erwägungen erscheint es auch nicht ratsam, die Bundesregierung bis zum Zeitpunkt ihrer endgültigen Auflösung unter dem Regime des Besatzungsstatuts¹⁰ zu belassen. Das Besatzungsstatut sollte schon im Jahre 1952 nach der alsbaldigen Ratifikation der damals unterzeichneten Verträge verschwinden. Es würde in Deutschland einen sehr ungünstigen Eindruck machen und der sowjetischen Propaganda unnützer Weise Nahrung geben, wenn es jetzt abermals auf eine gewisse, nicht genau abzusehende Zeit in seiner Geltungskraft verlängert würde, um so mehr, als es in der Sowjetischen Besatzungszone kein Besatzungsstatut mehr gibt¹¹ und daher der Anschein erweckt wird, als seien die dortigen deutschen Regierungsorgane freier als die Bundesregierung.¹²

Nachlaß Grewe, Bd. 27

⁹ Für den Wortlaut der am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Verträge, die neben dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten den Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik (Truppenvertrag), den Finanzvertrag und den Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) sowie Briefe und Briefwechsel und ein Protokoll zu Berichtigungen der Vertragstexte umfaßten, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 59–332.

¹⁰ Zum Besatzungsstatut und seiner revidierten Fassung vom 6. März 1951 vgl. Dok. 7, Anm. 13.

¹¹ Zur besatzungsrechtlichen Situation in der DDR vgl. Dok. 7, Anm. 14.

¹² Am 25. Januar 1954 übergab der Abteilungsleiter im britischen Hochkommissariat, Johnston, Stellungnahmen der Drei Mächte zum Memorandum der Bundesregierung. Der Sonderbevollmächtigte für

Generalleutnant a.D. Heusinger, Dienststelle Blank, an Staatssekretär Hallstein

19. Januar 1954¹

Sehr verehrter Herr Hallstein!

wie aus dem Versteigerungskatalog der königlich ägyptischen Sammlungen zu entnehmen ist, soll bei den Versteigerungen im Februar und März im Koubbeh-Palast Faruks in Kairo² auch der Marschallstab des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch versteigert werden.³ Der Gedanke, daß dieser Stab dann evtl. in irgendeine Privathand übergeht, ist nicht sehr erfreulich. Es handelt sich hier schließlich um ein besonderes Stück, nämlich den Marschallstab des letzten Oberbefehlshabers eines deutschen Heeres, den es gegeben hat. Am besten wäre es, er könnte von deutscher Seite ersteigert werden, aber ich habe mich überzeugen lassen müssen, daß irgendwelche staatlichen Mittel für dergleichen Ankäufe nicht zur Verfügung stehen.

Ich wende mich daher heute an Sie mit der Bitte, zu prüfen, ob es möglich ist, über die deutsche Botschaft in Kairo wenigstens zu erreichen, daß der Stab von der Versteigerung zurückgezogen wird und im ägyptischen Staatsbesitz verbleibt.⁴ Daß Kriegstrophäen in fremdem Staatsbesitz bleiben, ist ja nichts Außergewöhnliches.⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 57

die Berliner Konferenz, Grewe, notierte am 26. Januar 1954, daß der Vorschlag, bei gesamtdeutschen Wahlen „einer Vier-Mächte-Überwachungskommission den Vorzug gegenüber einer neutralen Überwachungsorganisation zu geben, [...] nicht akzeptiert“ worden sei. Was die Genehmigung einer Verfassung betreffe, so hielten die Drei Mächte „daran fest, daß die Vier Mächte die gesamtdeutsche Verfassung zu genehmigen haben“. Allerdings sei die Begründung „vollkommen unlogisch und nahezu unverständlich“. Es werde nämlich argumentiert, daß dies – obwohl ja dann die UdSSR beteiligt und die Durchsetzbarkeit des Mehrheitsprinzips keineswegs sicher sei – „die deutschen Stellen vor sowjetischer Obstruktion schützen könnte“. Abgelehnt worden sei auch eine vorzeitige Beendigung des Besatzungsstatuts. Vgl. B 130, Bd. 3189 (Abteilung 2).

¹ Hat Staatssekretär Hallstein am 23. Januar 1954 vorgelegen, der handschriftlich für Gesandten I. Klasse Freiherr von Welck vermerkte: „Können wir etwas tun?“

² Zu der geplanten Versteigerung des nach der Ausrufung Ägyptens zur Republik am 18. Juni 1953 verstaatlichten Besitzes des ehemaligen Königs Faruk sowie sämtlicher Mitglieder der Dynastie vgl. den Artikel „Auktion des Jahrhunderts“; DER SPIEGEL, Nr. 1, Neujahr 1954, S. 16–18.

³ Der Passus „der Marschallstab ... versteigert werden“ wurde von Staatssekretär Hallstein hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist er dorthin gelangt?“ Am 26. Januar 1954 notierte Gesandter I. Klasse Freiherr von Welck für Hallstein: „Der Marschallstab ist seinerzeit von einem britischen Kommando unter Führung eines Oberleutnants ‚beschlagnahmt‘ worden, wahrscheinlich nicht auf rechtmäßigem Wege, jedoch hat ein britischer General die Maßnahme gedeckt. Auf welchem Wege der Marschallstab in den Besitz Faruks gelangt ist, ist nicht bekannt.“ Vgl. B 23 (Referat 203), Bd. 27.

⁴ Mit Schreiben vom 25. Januar 1954 übermittelte Oberregierungsrat von Heyden, Bundespräsidialamt, die Unterstützung des Bundespräsidenten Heuss für das Votum der Dienststelle Blank, daß versucht werden müsse, „eine öffentliche Versteigerung des Marschallstabes zu verhindern, auch wenn er von deutscher Seite nicht erworben werden kann“. Vgl. B 23 (Referat 203), Bd. 27.

⁵ Staatssekretär Hallstein antwortete am 26. Januar 1954, daß das Auswärtige Amt bereits „Anfang Januar auf Veranlassung von Frau von Brauchitsch durch den ehemaligen General der Luftwaffe W. Kreipe auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht worden“ sei. Die Botschaft in Kairo sei

In der Hoffnung, daß Sie Verständnis dafür haben, daß ich diese etwas abseits liegende Bitte trotz Ihrer Arbeitsbelastung an Sie herantrage, bin ich

mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener
Heusinger

B 23 (Referat 203), Bd. 27

20

Aufzeichnung des Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz, Grewe

20. Januar 1954¹

Betr.: Berliner Konferenz;

hier: Informationsreise nach Berlin am 19.1.1954

Bei meinem gestrigen Aufenthalt in Berlin habe ich dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Schreiber, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, den drei Stadtkommandanten² und Mr. Parkman (stellv. amerikanischer Hoher Kommissar) Besuche abgestattet. Am Abend bot sich Gelegenheit, im Rahmen eines vom Berliner Senat für die ausländischen Missionen veranstalteten Empfangs eine Reihe von deutschen und ausländischen Persönlichkeiten zu treffen.

Bei meinem Gespräch mit den Stadtkommandanten ergab sich, daß weitere Verhandlungen mit dem sowjetischen Kommandanten Dengin³ nicht beabsichtigt sind und daß die gegenwärtigen technischen Verhandlungen von Expertengruppen bis zur Ankunft der Außenminister weitergeführt werden. Die Einigung über den Konferenzort umfaßt – wie sich im Verlaufe dieser Gespräche herausstellte – keinerlei Einigung über die Frage des Vorsitzes. Die Sowjets haben es auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 58

angewiesen worden, sich darum zu bemühen, „den Marschallstab aus der Auktion zurückziehen zu lassen und ihn der Witwe wieder zur Verfügung zu stellen“. Vgl. das Schreiben an Generalleutnant a. D. Heusinger, Dienststelle Blank; B 23 (Referat 203), Bd. 27.

Am 28. Januar 1954 berichtete Botschafter Pawelke, Kairo, daß ihm der ägyptische Außenminister Fawzi sowie Verkehrsminister Salem zugesagt hätten, „sich für die Zurückziehung des Marschallstabes aus der Versteigerungsmasse einzusetzen“. Einen entsprechenden Auftrag habe Präsident Naguib „heute seinem Adjutanten in meiner Gegenwart“ erteilt: „Der Präsident will sich für die Rückgabe an die Witwe einsetzen.“ Vgl. den Schriftbericht; B 23 (Referat 203), Bd. 27.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat von Grolman am 26. Januar 1954 vorgelegen.

² Charles Coleman (Großbritannien), Pierre Manceaux-Demiau (Frankreich) und Thomas S. Timberman (USA).

³ Zu den Gesprächen der Stadtkommandanten der Drei Mächte in Berlin, Coleman (Großbritannien), Manceaux-Demiau (Frankreich) und Timberman (USA), mit dem Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission, Dengin, vgl. Dok. 17, Anm. 19.

abgelehnt, auf der bisherigen Ebene über diese Frage zu verhandeln. Auf alliierter Seite rechnet man damit, daß keine Schwierigkeiten für die Eröffnung der Konferenz durch den amerikanischen Außenminister Dulles entstehen werden, da die erste Sitzung im US-Sektor stattfindet.⁴ Man hofft, daß die Russen, dem normalen Brauch folgend, mit einem täglichen Wechsel des Vorsitzes unter den vier Außenministern einverstanden sein werden, und geht davon aus, daß in diesem Falle der Vorsitz am ersten Tag des Zusammentritts im Ostsektor an den sowjetischen Außenminister fallen wird.⁵ Ich fragte, ob man nicht mit der Möglichkeit rechne, daß die Sowjets in Konsequenz ihres beim Tagungsort verfolgten und durchgesetzten Prinzips verlangen würden, daß alle Sitzungen in der ersten Woche von den drei westlichen Außenministern abwechselnd, in der zweiten Woche – d. h. im Gebäude Unter den Linden – ausschließlich von dem sowjetischen Außenminister präsiert werden sollten. Dieser Gedanke schien eine gewisse Überraschung auszulösen und ist offenbar auf westlicher Seite noch nicht ins Auge gefaßt worden. Ich wies auf die Gefahr eines solchen russischen Vorstoßes hin, der im Falle des Erfolges ein zweites Präjudiz für das Verfahren der Konferenz nach dem Paritätsgrundsatz Ost zu West wie 1:1 bedeuten würde. Ich äußerte auch mein Erstaunen, daß man nun doch die Außenminister der Gefahr aussetze, über einen solchen technischen Punkt wie den Konferenzvorsitz tagelang mit den Russen diskutieren zu müssen. Auf alliierter Seite scheint man sich jedoch bereits damit abgefunden zu haben, daß die Außenminister selbst diesen Punkt regeln müßten.

In Kreisen der Berliner Bevölkerung sieht man übrigens in der erzielten Einigung über das Konferenzgebäude ein für den Westen noch ungünstigeres Prinzip als das der Parität: Da das Kontrollratsgebäude gleicherweise in die Zuständigkeit aller Vier Mächte gehöre, kann man in Berlin hören, daß sich die Westmächte sozusagen auf das Prinzip West: Ost wie 0,75: 1 eingelassen hätten.

Eine Einigung über ein gemeinsames Konferenzsekretariat konnte noch nicht erzielt werden. In Kreisen der westlichen Stadtkommandanten rechnet man nicht mehr damit, daß es zur Bildung eines gemeinsamen Konferenzsekretariats mit den Sowjets kommen werde.

Auffällig war die gewollt optimistische Beurteilung der Lage, die der französische Stadtkommandant zur Schau trug. Er versicherte immer wieder, daß die Russen trotz aller Schwierigkeiten in den Verhandlungen sehr freundlich gewesen seien und daß an ihrem guten Willen nicht zu zweifeln sei. Er erwähnte zustimmend das Wort des französischen Außenministers Bidault, daß man unendlich viel Geduld beweisen müsse.⁶ Er rechne nicht mit einem Zusammenbruch der Konferenz, sondern eher damit, daß es zu langwierigen Kommissionsverhandlungen oder zu neuen Konferenzverabredungen kommen werde. Ich wies demgegenüber auf die Gefahren eines solchen Ausganges hin. Der Kommandant sprach auch

⁴ Zur Eröffnung der Berliner Außenministerkonferenz am 25. Januar 1954 vgl. Dok. 30, besonders Anm. 4.

⁵ Der amerikanische Außenminister Dulles unterbreitete dem sowjetischen Außenminister am 25. Januar 1954 die Vorschläge zur Regelung des Konferenz-Vorsitzes, mit denen Molotow sich einverstanden erklärte. Vgl. dazu FRUS 1952–1954, VII/1, Dok. 354, S. 809–811.

⁶ Zu entsprechenden Äußerungen des französischen Außenministers auf einer Tagung am 9/10. Januar 1954 in Paris vgl. den Artikel „Bidault verspricht für Berlin unendliche Geduld“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Januar 1954, S. 1.

die Vermutung aus, daß die Sowjets sofort das chinesische Thema ansprechen würden.⁷ Bei dem Abendempfang steuerte er noch ein weiteres charakteristisches Stichwort bei: Als einer der Redner des Abends scherzhaft das Sprichwort „in vino veritas“ abwandelte in „in vino unitas“ rief General Manceaux-Demiau einige Worte dazwischen, in denen das Motto „unité et patience“ eine Rolle spielte.

Mit dem Regierenden Bürgermeister, Dr. Schreiber, und einigen seiner Mitarbeiter erörterte ich die Frage von Neuwahlen in Berlin, falls mit den Wahlen zur Nationalversammlung auch Wahlen zur Volkskammer stattfinden würden.⁸ Die Lage in Berlin unterscheidet sich von der Situation in der Ostzone u. a. dadurch, daß es in Ostberlin überhaupt keine dem Westberliner Abgeordnetenhaus entsprechende Körperschaft gibt. Die Forderung nach Neuwahl einer solchen Körperschaft würde demgemäß hier ins Leere zielen. Würde sie so verstanden, daß erst jetzt in Ostberlin die Bildung und Wahl eines Stadtparlaments gefordert würde, so würde man das in Westberlin entschieden ablehnen und darin einen Schritt sehen, der nur die Spaltung und Trennung der Gesamtberliner Stadtverwaltung verschärfen und vertiefen würde. Man hält daher in Westberlin nur einen Vorschlag für akzeptabel, der auf die Wahl eines Gesamtberliner Parlaments abzielt. Der Ausgang einer solchen Wahl wird auch für den Fall zuversichtlich beurteilt, daß die Sektorengrenzen noch fortbestehen und die sowjetische Besetzung in Ostberlin bleibt. Unerläßliche Voraussetzung wären allerdings die Garantien der Wahlfreiheit, wie sie auch für die Nationalwahlen vorgesehen sind. In den Kreisen der Westberliner Koalitionsparteien⁹ scheut man auch unter innerpolitischen Gesichtspunkten Neuwahlen nicht. Ohnehin sollten solche Neuwahlen noch im Laufe dieses Jahres abgehalten werden.¹⁰

Der Berliner Senat wird heute eine Erklärung von wenigen Sätzen herausgeben, in der er in sehr allgemeinen Wendungen seiner Hoffnung auf ein positives Ergebnis der Konferenz Ausdruck geben will.¹¹ Weitergehende Absichten, die der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, verfolgte und die wohl darauf zielten, von der Konferenz mindestens eine „kleine Lösung“ (Verbesserungen für den Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland und zwischen den Berliner Sektoren)¹² zu fordern, konnten offenbar verhindert werden. Ich habe

⁷ Vgl. dazu die sowjetische Note vom 26. November 1953 an die Drei Mächte; Dok. 17, Anm. 13.

⁸ Zu den Überlegungen der Bundesregierung, im Falle von Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung gleichzeitig Wahlen zur Volkskammer stattfinden zu lassen, vgl. Dok. 18.

⁹ Nach dem Tod des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Reuter, am 29. September 1953 wurde am 22. Oktober 1953 Walther Schreiber (CDU) zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Dieser führte eine Koalition aus CDU und FDP, nachdem die SPD eine Fortsetzung ihrer Beteiligung an der Koalition abgelehnt hatte.

¹⁰ Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus fanden am 15. Dezember 1954 statt.

¹¹ Zu der am 21. Januar 1954 im Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegten Erklärung vgl. den Artikel „Berlin heißt die Konferenz willkommen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Januar 1954, S. 3.

¹² Referent Meesmann, Berlin (West), berichtete am 23. Dezember 1953 über ein Gespräch mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses. Suhr habe die Auffassung geäußert, „daß die Berliner Konferenz auf keinen Fall scheitern dürfe“, denn ohne Fortschritte „würden die Bewohner der Ostzone der Verzweiflung anheimfallen, und der Flüchtlingsstrom, der gegenwärtig täglich 300–400 Menschen umfasse, würde auf 3[000]–4000 anschwellen“. Vor diesem Hintergrund habe er am 17. Dezember 1953 „den Antrag betr. Aufhebung aller Sperren zwischen West- und Ostberlin [...] durch die SPD-Fraktion“ einbringen lassen und dies auch „mit den drei westalliierten Stadtkomman-